



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

01 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Korrigierte Fassung vom 29.01.2016

Aus dem Inhalt:

Wanderungen

Hochschulen 2013/14

Straßenverkehrsunfälle 2013





Fotonachweis

Titelfoto: Iris Stadler

Die Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz war 2013 so hoch, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Mehr als 51 000 Personen zogen aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz, netto waren das rund 20 000 Menschen. Die Mehrheit der Zuwanderinnen und Zuwanderer kam aus einem anderen EU-Land, zog bevorzugt in die kreisfreien Städte und war im Durchschnitt wesentlich jünger als die rheinland-pfälzischen Bevölkerung.

01 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE

68. Jahrgang

kurz + aktuell	3
Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Gewer- meldungen ■ Insolvenzen ■ Dienstleistungen ■ Tourismus Handwerk ■ Soziales ■ Bildung ■ Gesundheitswesen Umwelt ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	17
Verbraucherpreise	20
Rheinland-Pfalz in Karten: Baulandpreise 2013 nach Verwaltungsbezirken	21
Hochschulen 2013/14, Teil II	22
Wanderungsbewegungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland – Struktur und Entwicklung der Zu- und Fortzüge	32
Straßenverkehrsunfälle 2013 – Zahl der Getöteten erreicht historischen Tiefstand	45
Daten zur Konjunktur	62
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	95
Neuerscheinungen	111

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Oktober 2014 rückläufig

Im Oktober 2014 verzeichnete die rheinland-pfälzische Industrie einen Produktionsrückgang von 2,1 Prozent im Vergleich zum September 2014. In zwei der drei Industriebauptgruppen lag der Output leicht über dem Niveau des Vormonats: Im Investitionsgüter- sowie im Konsumgüterbereich erhöhte sich der Güterausstoß um 1,3 bzw. 0,1 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduzenten meldeten einen Rückgang um 5,1 Prozent. In den drei größten Branchen gab es ebenfalls unterschiedliche Entwicklungen. Im Maschinenbau stieg der Output um 6,9 Prozent. In der Chemischen Industrie sowie im Fahrzeugbau war der Güterausstoß dagegen niedriger als im September 2014 (-12 bzw. -2,2 Prozent).

Im Vergleich zum Oktober 2013 sank die Industrieproduktion im Berichtsmonat um fünf Prozent. Am stärksten nahm der Output der Vorleistungsgüterhersteller ab (-7,1 Prozent). Im Investitions- und im Konsumgüterbereich wurde ebenfalls weniger produziert (-4,8 bzw. -1,2 Prozent). In den drei größten Branchen des Landes verlief die Entwicklung dagegen unterschiedlich: Während der Güterausstoß im Fahrzeugbau sowie in der Chemischen Industrie kräftig zurückging (-21 bzw. -15,5 Prozent), lag der Output im Maschinenbau um 14 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Oktober 2014		Jan. bis Okt. 2014	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	September 2014	Oktober 2013	Jan. bis Okt. 2013	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-2,1 % ↓	-5,0 % ↓	-0,4 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-5,1 % ↓	-7,1 % ↓	-0,3 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	1,3 % ↗	-4,8 % ↓	-1,0 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	0,1 % ↗	-1,2 % ↓	0,5 % ↗	
Chemie	-12,1 % ↓	-15,5 % ↓	-2,4 % ↓	
Fahrzeugbau	-2,2 % ↓	-21,1 % ↓	-8,7 % ↓	
Maschinenbau	6,9 % ↑	14,0 % ↑	7,0 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	2,4 % ↑	-3,8 % ↓	-2,6 % ↓	
Inland	4,9 % ↑	-6,3 % ↓	-5,6 % ↓	
Ausland	1,0 % ↗	-2,2 % ↓	-0,7 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,3 % ↓	-8,4 % ↓	-1,8 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	9,1 % ↑	5,1 % ↑	-2,8 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-12,5 % ↓	-18,6 % ↓	-6,5 % ↓	
Chemie	-0,1 % ↓	-11,5 % ↓	-4,6 % ↓	
Fahrzeugbau	18,5 % ↑	9,2 % ↑	-10,8 % ↓	
Maschinenbau	0,2 % ↗	1,8 % ↗	6,6 % ↑	

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Auftragseingänge der Industrie im Oktober 2014 höher als im Vormonat

Im Oktober 2014 gingen in der rheinland-pfälzischen Industrie 2,4 Prozent mehr Bestellungen ein als im Vormonat. Der Anstieg wurde vor allem durch die Nachfrage aus dem Ausland verursacht (+4,9 Prozent). Aus dem Inland gab es ein leichtes Auftragsplus von einem Prozent. In den drei industriellen Hauptgruppen

verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Hersteller von Investitionsgütern meldeten eine deutliche Verbesserung (+9,1 Prozent). Bei den Vorleistungsgüterproduzenten blieb die Nachfrage nahezu unverändert (-0,3 Prozent). Die Konsumgüterproduzenten mussten hohe Einbußen hinnehmen (-12,5 Prozent). Von den drei größten Branchen verzeichnete lediglich der Fahrzeugbau einen kräftigen Anstieg des Ordervolumens (+18,5 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



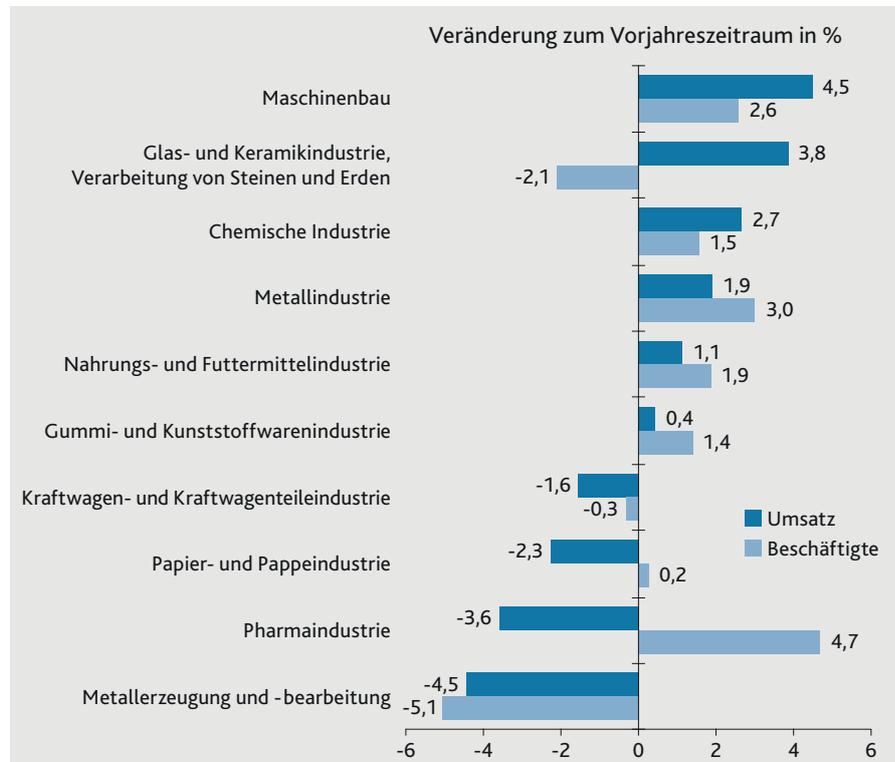
Im Maschinenbau sowie in der Chemischen Industrie blieben die Aufträge auf dem Niveau des Vormonats (+0,2 bzw. -0,1 Prozent).

Im Oktober 2014 war der Auftragszugang um 3,8 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor, was vor allem auf den Rückgang der Inlandsnachfrage zurückzuführen ist, die um 6,3 Prozent hinter dem Niveau des Vormonats zurückblieb. Die Bestellungen aus dem Ausland nahmen um 2,2 Prozent ab. Von den drei Hauptgruppen verzeichneten nur die Investitionsgüterproduzenten steigende Auftragseingänge (+5,1 Prozent). Dagegen verringerte sich im Konsumgüter- sowie im Vorleistungsgüterbereich das Ordervolumen deutlich (-19 bzw. -8,4 Prozent). Die drei größten Branchen entwickelten sich unterschiedlich: Im Fahrzeugbau wurde das Niveau des Vormonats am stärksten übertroffen (+9,2 Prozent). Auch im Maschinenbau war die Situation günstiger als ein Jahr zuvor (+1,8 Prozent). Die Chemische Industrie wies dagegen einen zweistelligen Rückgang auf (-11,5 Prozent).

Industrie weiter mit Umsatz- und Beschäftigtenplus – Auslandsgeschäfte begünstigen Entwicklung

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Zeitraum von Januar bis Oktober 2014 Umsätze in Höhe von 71,4 Milliarden Euro. Das waren 1,2 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Deutschland: +2,1 Prozent). Im gesamten Zehnmonats-Zeitraum waren sowohl der

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Oktober 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Auslands- als auch der Inlandsumsatz positiv (+2 bzw. +0,2 Prozent) positiv. Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag bei 54,6 Prozent (Deutschland: 48,3 Prozent).

Die Inlandserlöse erhielten im Oktober 2014 jedoch einen deutlichen Dämpfer und sanken im Vergleich zu dem besonders günstigen Oktoberwert des Vorjahres um 9,1 Prozent (Deutschland: -0,6 Prozent). Dabei gingen die stärksten negativen Einflüsse von den Herstellern chemischer Erzeugnisse und den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus. Auf der anderen Seite legten die Auslandsumsätze im Vergleich zum Vormonatswert um 4,7 Prozent zu (Deutschland: +6,3 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Oktober 2014 bei 253 043 Personen, das waren 2 955 bzw. 1,2 Prozent mehr als im Vormonatszeitraum (Deutschland: +1,1 Prozent). Von Januar bis Oktober 2014 wurden 321 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was einem Anstieg von 1,3 Prozent gegenüber dem Vormonatszeitraum entspricht (Deutschland: +0,9 Prozent).

Der Maschinenbau erzielte in den ersten zehn Monaten im Branchenvergleich das höchste Umsatzplus (+4,5 Prozent). Hier liefen die Inlands- und Auslandsgeschäfte ähnlich gut (+4,6 bzw. +4,4 Prozent). Insgesamt sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten von Januar bis Oktober 2014 Umsatzzuwächse, die

im Maschinenbau, in der Chemischen Industrie und bei den Herstellern von Metallerzeugnissen überdurchschnittlich ausfielen, ebenso wie bei den Herstellern von Glas und Glaswaren, Keramik sowie in der Verarbeitung von Steinen und Erden. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verfehlten dagegen den Gesamtumsatz des Jahres 2013, weil das Inlandsgeschäft deutlich negativ ausfiel. Rückläufig waren die Umsätze unter anderem in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen.

Bei den Beschäftigten erzielten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen die höchste Zunahme gegenüber Oktober 2013 (+4,7 Prozent), gefolgt von den Herstellern von Metallerzeugnissen (+3 Prozent) sowie dem Maschinenbau (+2,6 Prozent). Die größte Branche, die Chemische Industrie, legte um 1,5 Prozent zu.

Bauhauptgewerbe im Oktober 2014: Aufträge niedriger, Umsätze höher als im Vormonat

Im Oktober 2014 war die Nachfrage nach Bauleistungen im Bauhauptgewerbe um zehn Prozent niedriger als im September 2014. Während im Tiefbau die Bestellungen zunahmen (+4,5 Prozent), wurde im Hochbau ein kräftiger Nachfragerückgang registriert (-22,5 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber wiesen der gewerbliche sowie der öffentliche Hochbau die größten prozentualen Einbußen auf

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Oktober 2014		Jan. bis Okt. 2014
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	September 2014	Oktober 2013	Jan. bis Okt. 2013
Auftragseingang	-10,4 % ↓	-13,8 % ↓	7,2 % ↑
Hochbau insgesamt	-22,5 % ↓	-12,6 % ↓	5,7 % ↑
Wohnungsbau	6,4 % ↑	-12,3 % ↓	1,6 % ↗
gewerblicher Hochbau	-32,4 % ↓	-23,9 % ↓	13,8 % ↑
öffentlicher Hochbau	-32,3 % ↓	6,5 % ↑	-5,3 % ↓
Tiefbau insgesamt	4,5 % ↑	-15,1 % ↓	8,6 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-25,4 % ↓	-18,0 % ↓	26,5 % ↑
öffentlicher Tiefbau	11,4 % ↑	-32,7 % ↓	-2,8 % ↓
Straßenbau	19,5 % ↑	-3,1 % ↓	7,9 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	6,5 % ↑	-1,4 % ↓	3,6 % ↑
Hochbau insgesamt	3,8 % ↑	-3,6 % ↓	3,7 % ↑
Wohnungsbau	6,2 % ↑	-4,7 % ↓	3,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	5,6 % ↑	1,2 % ↗	7,3 % ↑
öffentlicher Hochbau	5,0 % ↑	-5,1 % ↓	-2,6 % ↓
Tiefbau insgesamt	9,6 % ↑	1,6 % ↗	3,5 % ↑
gewerblicher Tiefbau	9,9 % ↑	12,3 % ↑	-1,7 % ↓
öffentlicher Tiefbau	15,0 % ↑	10,8 % ↑	6,2 % ↑
Straßenbau	6,8 % ↑	-6,8 % ↓	4,4 % ↑

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

(jeweils -32 Prozent). Dagegen verzeichneten vor allem der Straßenbau sowie der öffentliche Tiefbau deutlich steigende Auftragszahlen (+19,5 bzw. +11 Prozent).

Der bereinigte baugewerbliche Umsatz legte im Oktober 2014 gegenüber dem Vormonatsergebnis zu (+6,5 Prozent). Sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau stiegen die Erlöse (+9,6 bzw. +3,8 Prozent). Diese positive Entwicklung zeigte sich in allen Baubereichen. Die stärksten prozentualen Umsatzzuwächse meldeten der öffentliche sowie der gewerbliche Tiefbau (+15 bzw. +9,9 Prozent).

Gegenüber Oktober 2013 sind die bereinigten Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe um 14 Prozent gesunken.

Sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau ging die Nachfrage zurück (-15 bzw. -13 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verzeichneten der öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Hochbau die stärksten Einbußen (-33 bzw. -24 Prozent). Zuwächse meldete nur der öffentliche Hochbau (+6,5 Prozent).

Im Vergleich zum Oktober 2013 verringerte sich der baugewerbliche Umsatz kalender- und saisonbereinigt um 1,4 Prozent. Während im Tiefbau die Erlöse leicht zunahm (+1,6 Prozent), blieben sie im Hochbau unter dem Niveau vom Oktober 2013 (-3,6 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die größten prozentualen Rückgänge gab es im

Straßenbau sowie im öffentlichen Hochbau (–6,8 bzw. –5,1 Prozent). Die stärksten Umsatzsteigerungen errechneten sich für den gewerblichen sowie den öffentlichen Tiefbau (+12 bzw. +11 Prozent).

Industrie investiert 2013 deutlich mehr in Maschinen, Anlagen und Gebäude

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe investierten im Jahr 2013 gut drei Milliarden Euro und damit 264 Millionen Euro mehr als 2012 (+9,6 Prozent). Damit wuchs die Investitionsneigung der Industrie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 im vierten Jahr in Folge; der bisherige Spitzenwert aus dem Jahr 2002 wurde übertroffen. Der Hauptanteil der Bruttoanlageinvestitionen entfiel mit rund 2,6 Milliarden Euro auf Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (+5,3 Prozent), rund 402 Millionen Euro wurden für

Grundstücke und Gebäude angelegt (+49 Prozent). Das Investitionsvolumen der Industriebetriebe in ganz Deutschland lag im Jahr 2013 bei 55,9 Milliarden Euro (–0,8 Prozent). Die Messzahl für Bruttoanlageinvestitionen in Rheinland-Pfalz lag 2013 erstmals seit 2002 wieder über dem entsprechenden Deutschlandwert. Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Gesamtumsatz, erreichte 3,3 Prozent (Deutschland: 3,2 Prozent).

In den Branchen „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (204,4 Millionen Euro; +16 Prozent), „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (150,1 Millionen Euro; +16 Prozent), „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (127,3 Millionen Euro; +15 Prozent) sowie „Getränkeherstellung“ (98,9 Millionen Euro; +16 Prozent) wurde sehr viel mehr als 2012 investiert. Auf der anderen Seite gingen die Investitionen in der

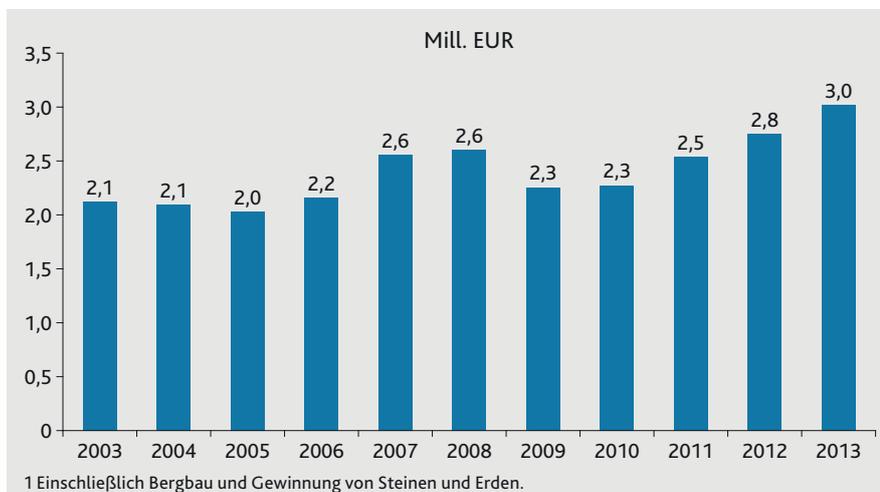
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (284,4 Millionen Euro; –18 Prozent), im Maschinenbau (194,7 Millionen Euro; –14 Prozent) und in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (137,7 Millionen Euro; –21 Prozent) kräftig zurück.

Mehr Kleinbetriebe, deutlicher Rückgang bei mittelgroßen Betrieben im Bauhauptgewerbe

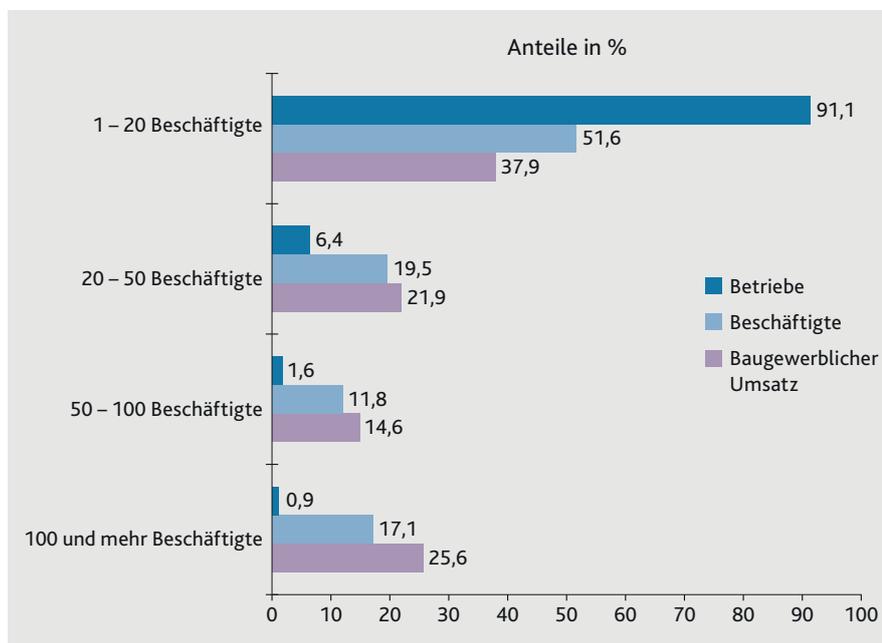
Im rheinland-pfälzischen Baugewerbe waren im Juni 2014 in 4 137 Betrieben insgesamt 38 997 Beschäftigte tätig. Die Zahl der Betriebe stieg im Vergleich zum Juni 2013 um sechs Prozent, wobei fast ausschließlich Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten für den Zuwachs sorgten. Auch der Anstieg der Beschäftigten um 0,7 Prozent wird von den Kleinbetrieben getragen. Dort wuchs die Beschäftigung um 4,5 Prozent, während sie in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um 3,1 Prozent sank. Der baugewerbliche Umsatz belief sich im Jahr 2013 auf fast 4,8 Milliarden Euro, was im Vergleich zum Jahr 2012 einem Rückgang um 1,1 Prozent entsprach. In den Kleinbetrieben wuchs der Umsatz um vier Prozent, in den größeren sank er um 3,9 Prozent.

Insbesondere die Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten verzeichneten 2014 deutliche Rückgänge. Die Zahl der Betriebe sank um 9,5 Prozent, die der Beschäftigten um 8,5 Prozent. Die Umsätze der Betriebe dieser Größenklasse gingen um fast 21 Prozent zurück.

Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹ 2003–2013



Betriebe und Beschäftigte im Juni 2014 sowie baugewerblicher Umsatz 2013 im Bauhauptgewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen



Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe besteht in der Mehrzahl aus Betrieben mit weniger als 20 Mitarbeitern (91 Prozent), in denen gut die Hälfte (52 Prozent) der tätigen Personen beschäftigt ist. Die kleineren Betriebe erwirtschafteten rund 1,8 Milliarden Euro des baugewerblichen Umsatzes, das waren 38 Prozent des gesamten Branchenumsatzes.

Etwas mehr als 1,5 Milliarden Euro (+4,9 Prozent gegenüber 2012) des baugewerblichen Umsatzes wurden 2013 mit sonstigen spezialisierten Bautätigkeiten (z. B. Dachdeckerei, Zimmerei, Gerüstbau) erwirtschaftet. Weitere annähernd 1,4 Milliarden Euro (–1,5 Prozent) entfielen auf den Bau von Gebäuden. Durch den Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken wurden Umsätze in Höhe von 949 Millionen Euro (–4,5 Prozent) getätigt.

Rekordergebnis im Außenhandel

Die rheinland-pfälzischen Ausfuhren legten in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 zu. Nach vorläufigen Berechnungen wurden von Januar bis September 2014 Güter im Wert von 36 Milliarden Euro exportiert; 2,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +3,5 Prozent). Das war das bisher beste Ergebnis für die ersten neun Monate eines Jahres.

Gut 60 Prozent der rheinland-pfälzischen Exporte (21,6 Milliarden Euro; +4,8 Prozent) gingen in Mitgliedstaaten der EU. Dabei bezogen die Länder der Eurozone Waren im Wert von 14,8 Milliarden Euro; 2,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das wichtigste Partnerland war Frankreich, das Waren im Wert von über 3,8 Milliarden Euro (–1,6 Prozent) aus Rheinland-Pfalz abnahm. Mit einem Anteil von neun

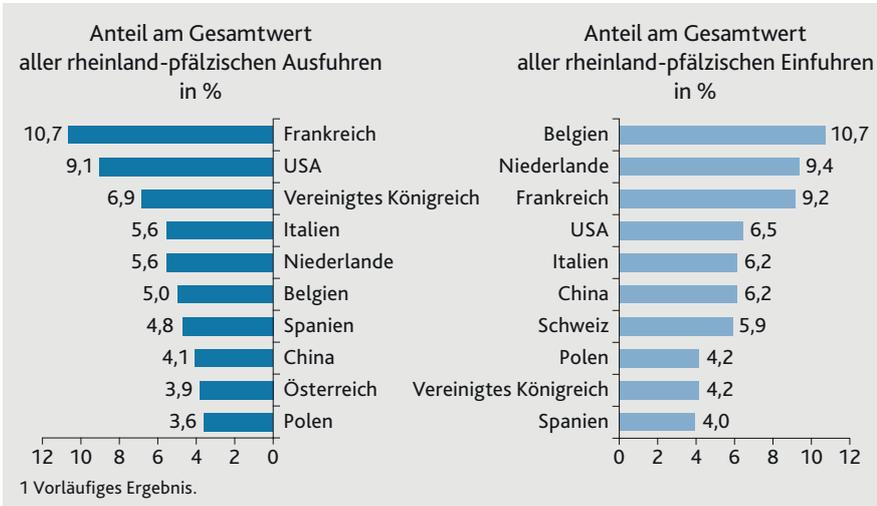
Prozent stellten die USA den zweitwichtigsten Absatzmarkt. Hier stiegen die Exporte in den ersten neun Monaten 2014 um 7,1 Prozent auf fast 3,3 Milliarden Euro. Die Ausfuhren nach Russland gingen um fast 20 Prozent auf einen Wert von 759 Millionen Euro zurück. Russland lag damit auf Rang 13 unter den rheinland-pfälzischen Ausfuhrländern.

In den für den rheinland-pfälzischen Export bedeutenden Branchen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Chemische Industrie (–1,6 Prozent), die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (–2,1 Prozent) sowie der Metallbau (–9,3 Prozent) lieferten in den ersten neun Monaten 2014 weniger Waren ins Ausland als im Vorjahreszeitraum. Dagegen erhöhten sich die Exporte der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+4,8 Prozent), der Maschinenbauer (+7,3 Prozent) sowie der Hersteller von pharmazeutischen und ähnlichen Erzeugnissen (+6,7 Prozent).

Die rheinland-pfälzischen Importe erreichten ebenfalls ein Rekordergebnis. Von Januar bis September 2014 wurden Waren im Wert von über 24,2 Milliarden Euro eingeführt, 4,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +2,3 Prozent).

Aus EU-Ländern wurden Waren im Wert von 15,6 Milliarden Euro (+4,5 Prozent) bezogen. Das waren 64 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren. Aus der Eurozone kamen dabei Waren im Wert von 11,6 Milliarden Euro (+1,8 Prozent). Aus den Ländern der Nicht-Eurozone stammten Waren im Wert von 3,9 Milliarden

Die zehn wichtigsten Handelspartner von Januar bis September 2014¹



Euro (+13 Prozent). Waren im Wert von über 3,5 Milliarden Euro wurden aus Asien importiert (+6,9 Prozent). Das waren annähernd 15 Prozent aller Einfuhren. Importe aus Amerika machten mit einem Wert von fast 2,3 Milliarden Euro (-0,7 Prozent) gut neun Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus. Zwei Prozent der eingeführten Waren kamen aus Afrika sowie 0,2 Prozent aus Australien und Ozeanien. Die wichtigsten Handelspartner waren Belgien, die Niederlande und Frankreich. Die Einfuhren aus Russland legten in den ersten neun Monaten 2014 um 14 Prozent auf einen Wert von fast 372 Millionen Euro zu. Russland belegte damit Platz 17 unter den Einfuhrländern.

Weniger Betriebs- und sonstige Neugründungen

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten drei Quartalen 2014 insgesamt 27 000 Gewerbe angemeldet. Dies waren vier Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Neugründungen von Betrieben, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz erwartet wird, lag mit 4 300 um drei Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Jahres 2013.

Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 24 Prozent der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“. Es folgte das Baugewerbe mit einem Anteil von 17 Prozent.

Im regionalen Vergleich erreichte unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 20 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner die höchste, die Stadt Trier mit 8,2 die niedrigste Quote. Bei den Landkreisen nahm Mainz-Bingen mit einer Quote von 12,2 Betriebsgrün-

Betriebsgründungen¹ von Januar bis September 2013 und 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



¹ Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

dungen je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner die Spitzenposition ein, der geringste Wert errechnete sich für den Landkreis Trier-Saarburg (6,1).

Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keinen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen sowie Nebenerwerbsbetriebe gehören zu den sonstigen Neugründungen. Deren Anzahl verringerte sich gegenüber den ersten neun Monaten 2013 um 1 100 auf 17 600, und zwar insbesondere in den Wirtschaftsabschnitten „Wasserversorgung, Entsorgung“, „Energieversorgung“ sowie „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“. Unter den sonstigen Neugründungen waren 10 100 Gründungen im Nebenerwerb, 5,1 Prozent weniger als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2013.

Insgesamt wurden 25 200 Gewerbe abgemeldet, das waren 4,2 Prozent

weniger als im gleichen Zeitraum 2013. Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie stellen das Pendant zu den Betriebsgründungen dar – ging um 9,8 Prozent auf 3 600 zurück. Die sonstigen Stilllegungen, bei denen es sich um die vollständige Aufgabe von Kleinunternehmen handelt, lagen mit 16 900 um 4,2 Prozent unter dem Wert der ersten drei Quartale 2013.

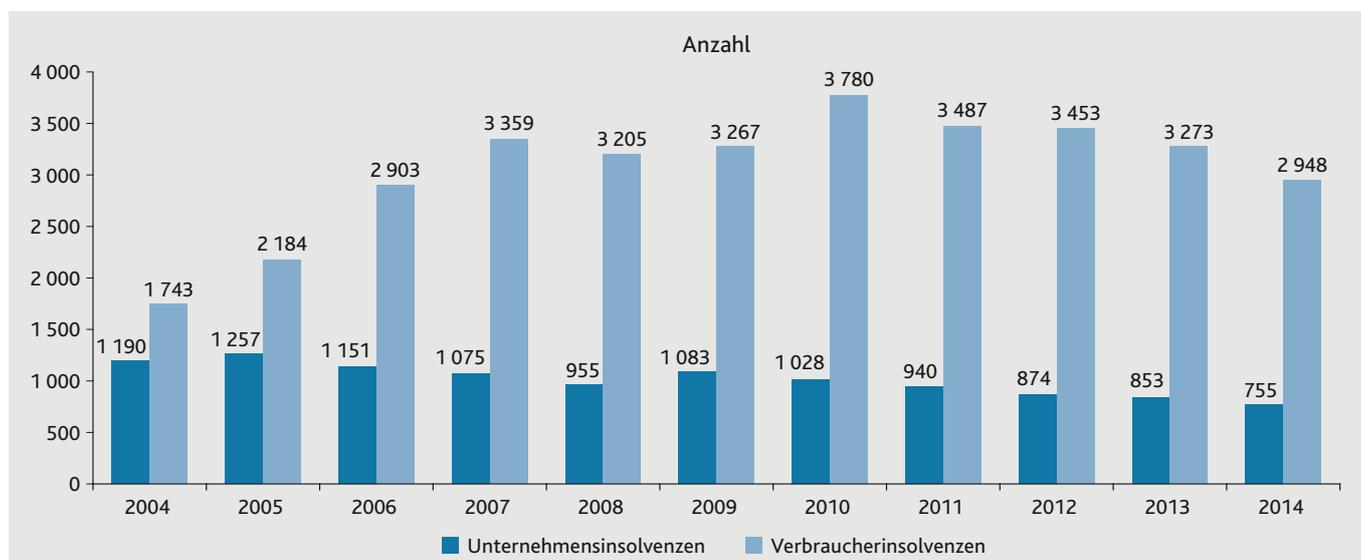
Zahl der Insolvenzen geht weiter zurück

In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 mussten weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging im Vergleich zu 2013 um 11,5 Prozent auf 755 zurück. Ebenso deutlich abgenommen hat die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Von Januar bis September 2014 wurden 2 948 Fälle registriert, zehn Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Von den beantragten Unternehmensinsolvenzen waren insgesamt 3 530 Beschäftigte betroffen; die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze ging damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich um 21,5 Prozent zurück. Auch die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen verringerte sich; sie sank um sechs Prozent auf 473 Millionen Euro. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 626 690 Euro verschuldet (Januar bis September 2013: 589 231 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (153 Unternehmen) und dem Wirtschaftszweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (129). Mit großem Abstand folgten der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (85), das Gastgewerbe (69) und das Verarbeitende Gewerbe (61).

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 1.–3. Quartal 2004–2014



Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern mit 7,7 Unternehmensinsolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Unter den Kreisen verzeichnete auch der Landkreis Kaiserslautern den höchsten Wert (10,4). Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 2,4 Unternehmensinsolvenzen je 1000 Unternehmen. Von allen Landkreisen registrierte der Kreis Alzey-Worms den günstigsten Wert (2,2).

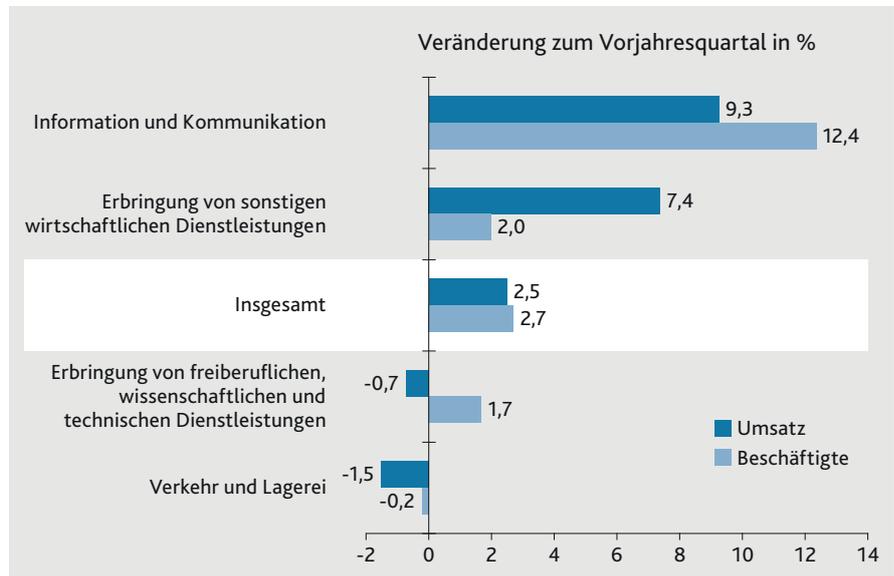
Die Summe der voraussichtlichen Forderungen der Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 165 Millionen Euro, das waren 13 Prozent weniger als von Januar bis September 2013. Die durchschnittlichen Schulden je Verbraucherinsolvenz betragen 56 050 Euro (2013: 57 986 Euro).

Mit 33,4 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner kamen Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens am häufigsten vor. Unter den Landkreisen registrierte der Kreis Kusel den höchsten Wert (18). Den niedrigsten Wert aller kreisfreien Städte erreichte die Landeshauptstadt Mainz (4,1). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit im Landkreis Cochem-Zell (2,5).

Wichtige Dienstleistungsbereiche verzeichnen Anstieg der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen

Die rheinland-pfälzischen Dienstleistungsbereiche, die überwiegend unternehmensnahen Service anbie-

Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 3. Quartal 2014



ten, erzielten im dritten Quartal 2014 mehr Umsatz. Die Erlöse stiegen gegenüber dem dritten Quartal 2013 um 2,5 Prozent (Deutschland: +2,4 Prozent). Das war der dritte Umsatzanstieg in Folge: Im ersten Quartal 2014 nahmen die Umsätze bereits um 1,2 Prozent und im zweiten Quartal 2014 um 2,4 Prozent zu. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich um 2,7 Prozent (Deutschland: +2,1 Prozent). Im ersten und zweiten Quartal 2014 lag das Beschäftigtenplus bei 2,6 bzw. 3,3 Prozent.

Zwei Bereiche trugen die insgesamt günstige Umsatzentwicklung. Das war zum einen der Wirtschaftsabschnitt „Information und Kommunikation“ (+9,3 Prozent) – hierzu gehören z. B. Anbieter von Programmier-tätigkeiten, Verlage und Rundfunkveranstalter – zum anderen der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (+7,4

Prozent), zu dem beispielsweise die Vermittlung von Arbeitskräften sowie Hausmeister- und Reinigungsdienste zählen. Im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, zu denen Architektur- und Ingenieurbüros sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen gehören, lag der Umsatz um 0,7 Prozent unter dem des Vergleichszeitraumes Juli bis September 2013. Im Bereich „Verkehr und Lagerei“ – dazu zählen z. B. der Straßen- und Schienenverkehr, die Schiff- und Luftfahrt sowie Post-, Kurier- und Expressdienste – sanken die Quartalsumsätze um 1,5 Prozent.

Zur insgesamt positiven Beschäftigtenentwicklung trug mit einer Zunahme von über zwölf Prozent vor allem der Bereich „Information und Kommunikation“ bei. Der Bereich „Erbringung von sonstigen

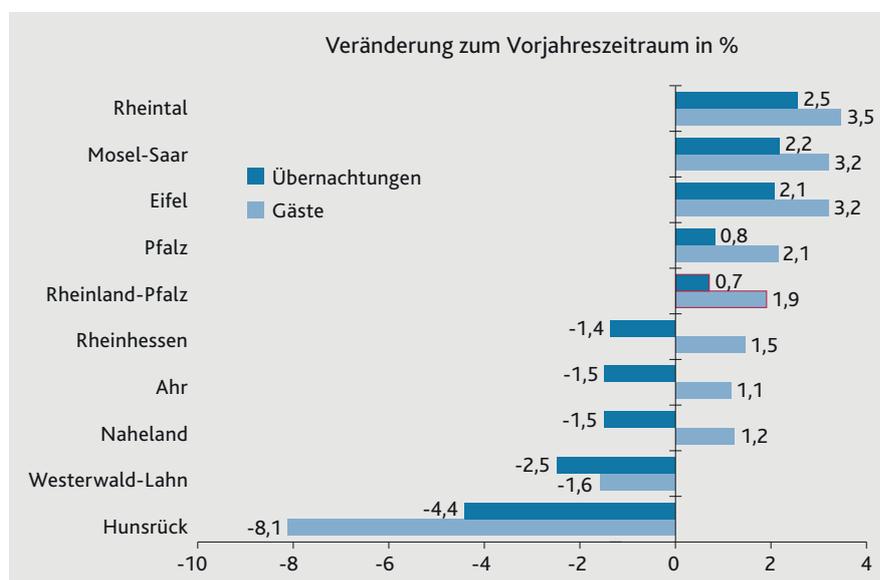
wirtschaftlichen Dienstleistungen“ verzeichnete einen Anstieg um zwei Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ stieg die Beschäftigtenzahl um 1,7 Prozent, im Bereich Verkehr und Lagerei ging sie leicht zurück.

Neuer Gästerekord im Tourismus

Der rheinland-pfälzische Tourismus verzeichnete im Zeitraum von Januar bis Oktober 2014 ein Rekordergebnis bei den Gästezahlen. Nahezu 8,1 Millionen Gäste übernachteten im Land, das waren 1,9 Prozent mehr als in den ersten zehn Monaten des Jahres 2013. Das sehr gute Ergebnis aus dem Jahr 2011 – damals fand die Bundesgartenschau in Koblenz statt – wurde um fast 10 000 Gäste übertroffen. Die Besucherinnen und Besucher blieben jedoch im Durchschnitt etwas kürzer und buchten insgesamt 21,8 Millionen Übernachtungen; das waren 0,7 Prozent mehr als in der Zeit von Januar bis Oktober 2013.

Vier der neun Tourismusregionen – Rheintal, Mosel-Saar, Eifel, Pfalz – wiesen eine positive Entwicklung des Gäste- und Übernachtungsaufkommens aus. Dagegen nahmen in Rheinhessen, an der Ahr und im Naheland zwar die Besucherzahlen zu, die Übernachtungen gingen jedoch zurück. In den Gebieten Westerwald-Lahn und Hunsrück waren beide Werte rückläufig, wobei der Hunsrück von einem starken Nachfragerückgang, insbesondere in der Region um den Flughafen Hahn, betroffen war.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Oktober 2014 nach Tourismusregionen



Ein höheres Gäste- und Übernachtungsaufkommen als von Januar bis Oktober 2013 wurde im Campingtourismus, in Pensionen, in Hotels, in den großen Ferienzentren sowie in Ferienhäusern und Ferienwohnungen registriert. Die Hotels garnis, die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe, die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime wiesen zwar ein erhöhtes Gästeaufkommen aus; die Übernachtungszahlen gingen hier jedoch zurück. Gasthöfe sowie Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen verzeichneten ein Minus bei Gästen und Übernachtungen.

Nahezu 6,3 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz. Das waren 2,3 Prozent mehr als im Zeitraum Januar bis Oktober 2013. Die Zahl ihrer Übernachtungen lag bei fast 16,5 Millionen und stieg damit um 0,6 Prozent. Dazu

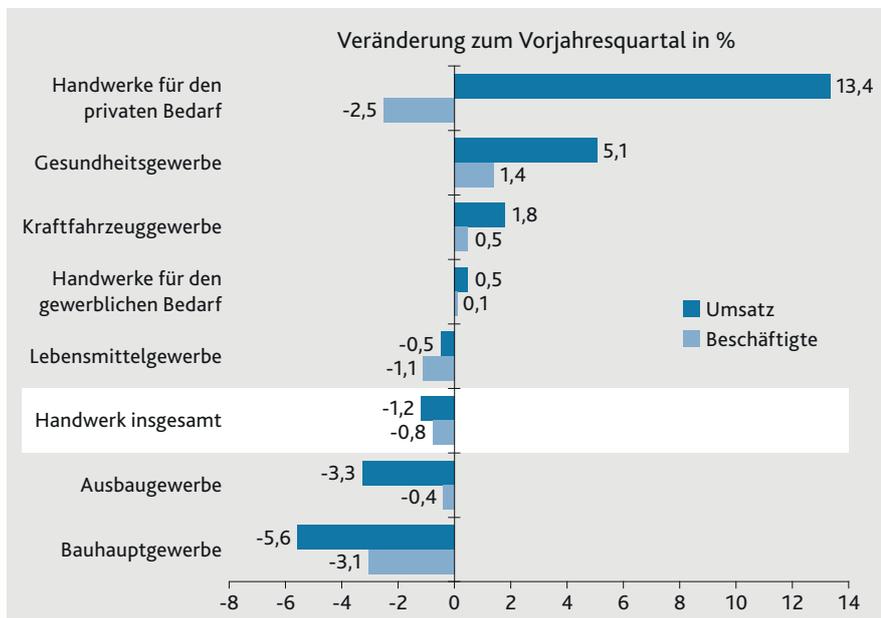
kamen mehr als 1,8 Millionen Gäste (+0,6 Prozent) aus dem Ausland, die über 5,3 Millionen Übernachtungen buchten (+1 Prozent).

Handwerk im dritten Quartal 2014 mit Umsatz- und Beschäftigtenminus

Nach deutlichen Zuwächsen im ersten sowie einem moderaten Plus im zweiten Quartal 2014, musste das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz im dritten Quartal 2014 ein Umsatzminus hinnehmen. Die Umsätze gingen gegenüber dem dritten Quartal 2013 um 1,2 Prozent zurück (Deutschland: +0,8 Prozent).

Drei der sieben Gewerbegruppen verbuchten niedrigere Umsätze. Das deutlichste Minus verzeichnete dabei mit 5,6 Prozent das Bauhauptgewerbe. Im Ausbaugewerbe lag der Rückgang bei 3,3 Prozent und im

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 3. Quartal 2014 nach Gewerbegruppen



Lebensmittelgewerbe bei 0,5 Prozent. Die übrigen Gewerbegruppen wiesen dagegen eine positive Bilanz aus, wobei die Handwerke für den privaten Bedarf ein zweistelliges Umsatzplus verbuchen konnten.

Die insgesamt negative Umsatzentwicklung wirkte sich auch auf die Beschäftigtenzahlen aus, die im dritten Quartal 2014 mit einem Minus von 0,8 Prozent (Deutschland: -0,7 Prozent) unter dem Niveau des Vorjahresquartals lagen. Die Bandbreite innerhalb der sieben Gewerbegruppen lag dabei zwischen -3,1 Prozent im Bauhauptgewerbe und +1,4 Prozent im Gesundheitsgewerbe.

Staatliche Hilfen für den Lebensunterhalt: 274 000 Menschen erhalten Unterstützung

In Rheinland-Pfalz waren Ende des Jahres 2013 rund 274 000 Menschen

auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit erhielten 6,9 Prozent der Bevölkerung, also fast jeder 15. Einwohner, Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Unter den Bundesländern wies Rheinland-Pfalz nach Bayern (4,5 Prozent) und Baden-Württemberg (5,1 Prozent) die drittniedrigste Quote auf. Deutschlandweit waren 9,1 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

Im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren ist ein Anstieg bei den Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu verzeichnen. So lag deren Zahl im Jahr 2012 noch bei rund 265 000; im Jahr 2011 waren es knapp 266 000.

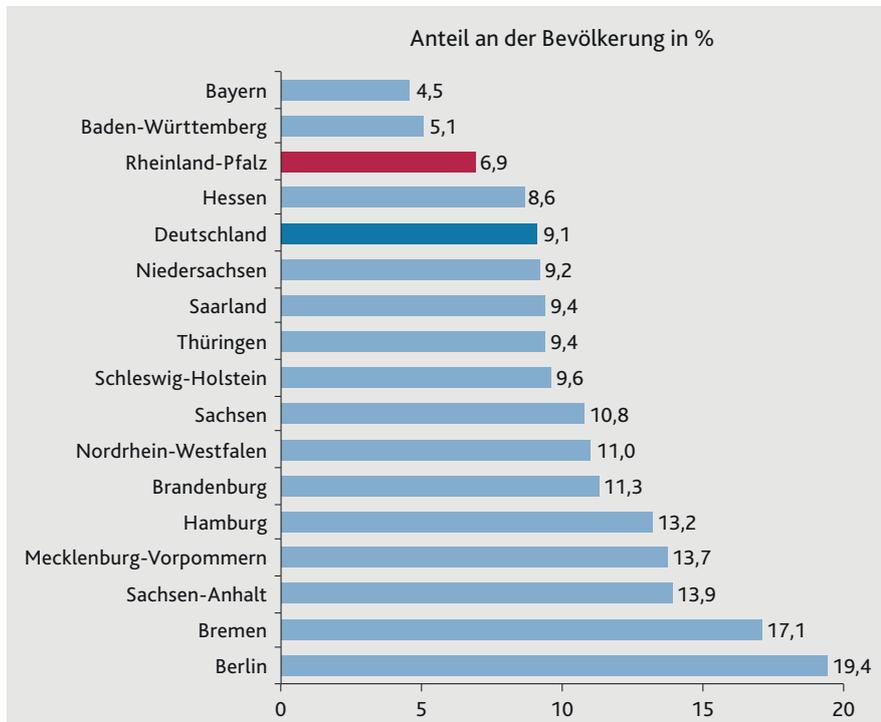
Zu den Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme zählen:

- Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) – auch als Grundsicherung für Arbeitsuchende oder „Hartz IV“-Leistungen bezeichnet,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII,
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII – „Sozialhilfe“ im engeren Sinne,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2013 mehr als 217 000 Empfängerinnen und Empfänger, das waren 6,8 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren (Deutschland: 9,4 Prozent). Davon erhielten rund 153 500 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den restlichen knapp 63 800 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, insbesondere Kinder, denen das so genannte Sozialgeld gezahlt wurde.

Rund 42 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2013 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren nahezu 20 000 zwi-

Mindestsicherungsquote 2013 nach Bundesländern



schen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung, knapp 22 000 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

Die „originäre Sozialhilfe“, also die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV-Reform“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentnerinnen und -rentner mit niedriger Rente. In Rhein-

land-Pfalz waren dies Ende des Jahres 2013 rund 4 500 Personen.

Fast 650 000 Personen nehmen Weiterbildungsangebote wahr –

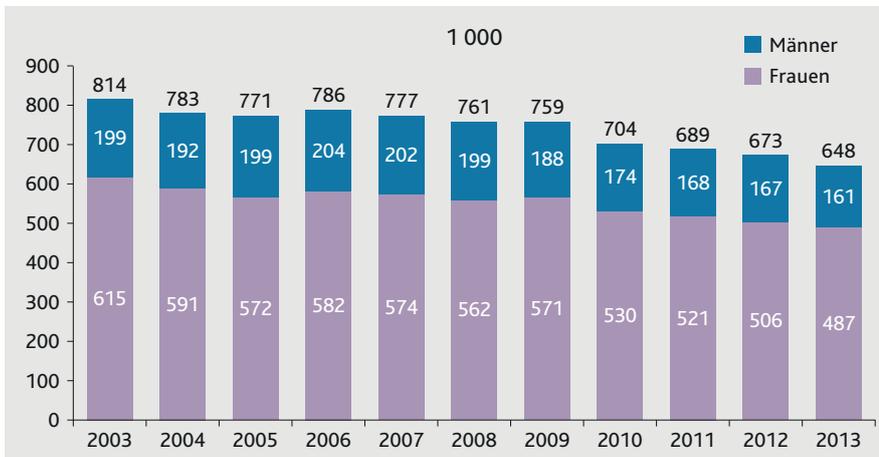
Im Jahr 2013 beteiligten sich in Rheinland-Pfalz 648 000 Personen an den Weiterbildungsmaßnahmen der Volkshochschulen und der sechs weiteren staatlich anerkannten Weiterbildungsträger. Das waren 3,7 Prozent weniger im Jahr 2012. Auch 2013 wurden die Bildungsangebote wieder sehr stark von Frauen genutzt. Sie stellten etwa drei Viertel der Teilnehmenden.

Die Nutzung von Weiterbildungsmaßnahmen war regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Bezogen auf die Bevölkerungszahl gab es die meis-

ten Teilnehmenden in der kreisfreien Stadt Koblenz. Pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner besuchten hier 26,5 Personen die staatlich geförderten Weiterbildungsangebote. Vergleichsweise hoch war die Teilnahmequote auch im Landkreis Kusel (24,7). Relativ wenige Teilnehmende gab es in den Landkreisen Trier-Saarburg (8,8) und Cochem-Zell (neun). Der durchschnittliche Wert für ganz Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2013 bei 16,2. Bei der Interpretation dieser Werte ist zu beachten, dass in der Weiterbildungsstatistik nicht Personen, sondern Teilnahmefälle nachgewiesen werden, da Teilnehmende, die mehrere Veranstaltungen besuchen, auch mehrfach gezählt werden. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Angebote in den Städten auch von Interessenten aus dem Umland wahrgenommen werden.

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab es in den Veranstaltungen der Bereiche „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (195 831) sowie „Kunst, kreatives Gestalten und Freizeitbildung“ (89 542). Die meisten Weiterbildungsstunden wurden in der Sprachausbildung erteilt. Gut drei von zehn der insgesamt 706 744 erteilten Stunden entfielen auf diesen Bereich (30,5 Prozent). Es folgte das Themengebiet „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ mit 23,5 Prozent aller Weiterbildungsstunden. Der mit Abstand größte Anbieter waren die Volkshochschulen. Sie organisierten fast die Hälfte aller Veranstaltungen und 70,5 Prozent der anerkannten Weiterbildungsstunden.

Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2003–2013 nach Geschlecht



Das Land Rheinland-Pfalz stellte im Haushaltsjahr 2013 fast 8,7 Millionen Euro für die Förderung der Weiterbildung zur Verfügung. Hiervon entfielen 8,5 Millionen Euro auf Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und 150 000 Euro auf Ausgleichszahlungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

Krankenhauskosten steigen 2013 um 4,4 Prozent – Durchschnittlich 545 Euro je Behandlungstag

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern fielen im Jahr 2013 Gesamtkosten in Höhe von 4,2 Milliarden Euro an. Das waren 4,4 Prozent mehr als im Jahr 2012. Bundesweit lag der Kostenanstieg mit 3,2 Prozent niedriger.

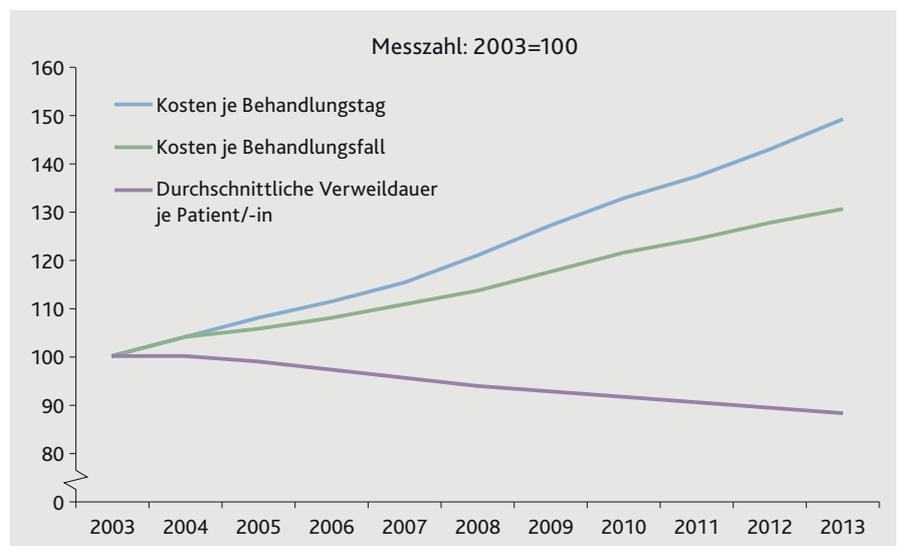
Mit 2,6 Milliarden Euro entfielen zwei Drittel der Gesamtausgaben auf die Personalkosten. Das waren 4,7 Prozent mehr als im Jahr 2012 und 40 Prozent mehr im Vergleich zu den Aufwendungen im Jahr als 2003.

Der Pflegedienst stellt mit 840 Millionen Euro (+3,6 Prozent) den größten Anteil, gefolgt vom ärztlichen Personal mit 777 Millionen Euro (+6,7 Prozent). Die Kostensteigerungen im ärztlichen Dienst sind zumindest teilweise auf die Ausweitung des Personalbestandes zurückzuführen. Ende 2013 arbeiteten 7 355 Ärztinnen und Ärzte in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern, das waren 242

Personen mehr als im Jahr 2012. Im Zehn-Jahres-Vergleich zeigt sich, dass die Steigerung der Kosten im Pflegedienst mit einem Plus von 22 Prozent deutlich moderater ausfiel als in anderen Berufsgruppen. Auch dies ist eine Folge der Personalentwicklung. Die Zahl der vollbeschäftigten Ärztinnen und Ärzte hat sich gegenüber 2003 um ein Drittel erhöht, im Pflegedienst stieg die Beschäftigtenzahl um fünf Prozent.

Die Sachkosten erhöhten sich gegenüber dem Jahr 2012 um 3,9 Prozent auf nunmehr 1,4 Milliarden Euro. Mit ursächlich für diese Entwicklung waren, neben den kontinuierlich steigenden Patientenzahlen und den damit verbundenen Mehraufwendungen für Lebensmittel und medizinische Bedarfe, die stark gestiegenen Kosten für Wasser, Energie und Brennstoffe. Im Vergleich zum Jahr 2003 mussten die Krankenhäuser 70 Prozent mehr für den energetischen Betrieb aufbringen.

Entwicklung ausgewählter Zahlen im Krankenhausbereich 2003–2013



Die Gesamtkosten werden um Aufwendungen bereinigt, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit stationären Leistungen stehen (z. B. Kosten der Ambulanz, Aufwand für Forschung und wissenschaftliche Lehre). Daraus ergeben sich die sogenannten pflegesatzfähigen Kosten. Diese lagen im Jahr 2013 bei 3,7 Milliarden Euro. Je Behandlungstag wurden 2003 durchschnittlich 365 Euro aufgewendet, 2013 lag dieser Wert bei 545 Euro (+50 Prozent). Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,4 Tagen bei den vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten errechnen sich pro Behandlungsfall Kosten von 4 011 Euro. Dieser Wert liegt unter dem Bundesdurchschnitt (4 152 Euro).

Energieverbrauch der Industrie 2013 um knapp drei Prozent gestiegen – 72 Prozent entfallen auf die Chemische Industrie

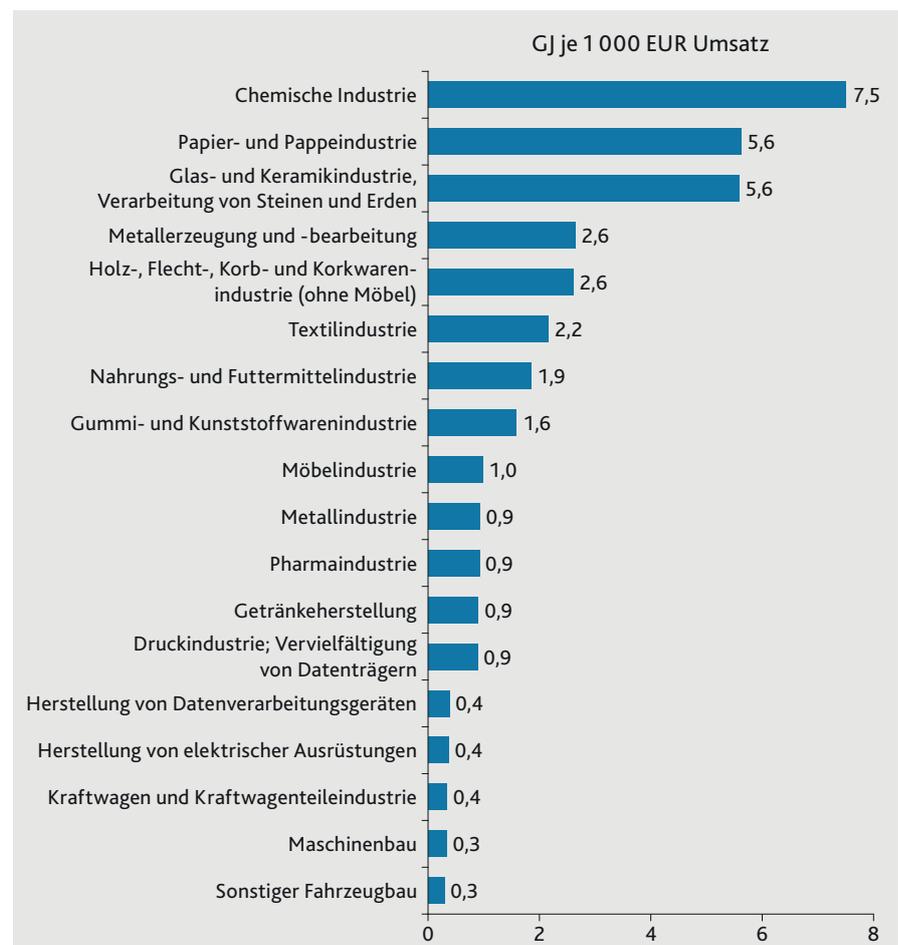
Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte im Jahr 2013 fast 89 250 Gigawattstunden Energie. Das stellt einen neuen Höchststand dar. Im Vergleich zum Jahr 2012 stieg die Energieverwendung um 2,9 Prozent. Im Gegensatz dazu wurde in Deutschland ein Rückgang der industriellen Energieverwendung von 2,1 Prozent auf 1,12 Millionen Gigawattstunden registriert. Der rheinland-pfälzische Anteil am bundesweiten Verbrauch stieg damit auf fast acht Prozent. Zum Vergleich: Der Anteil des Landes am deutschen Bruttoinlandsprodukt lag 2013 bei 4,4 Prozent.

In Rheinland-Pfalz ist die Chemische Industrie mit knapp 72 Prozent der Wirtschaftszweige mit dem größten Anteil an der Energieverwendung. Bundesweit kommt die Chemische Industrie auf einen Anteil von 30 Prozent. Die Betriebe des Wirtschaftszweigs „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ wiesen einen Anteilswert von 5,6 Prozent auf, dicht gefolgt von den Betrieben, die Papier, Pappe und Waren daraus herstellen (5,4 Prozent). In Deutschland folgten auf die Chemische Industrie die Metallerzeugung und -bearbeitung

(22 Prozent) sowie die Kokereien und Mineralöl verarbeitenden Betriebe (zehn Prozent).

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte zur Erzielung von 1 000 Euro Umsatz durchschnittlich knapp 1 000 Kilowattstunden Energie. In Deutschland lag der Wert bei 640 Kilowattstunden. Die Chemische Industrie in Rheinland-Pfalz kam auf einen Wert von 2 100 Kilowattstunden. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass insbesondere die Chemische Industrie einen beachtlichen Teil der Energieträger nicht energetisch, sondern als

Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Ausgangsstoff für Produkte nutzt. Mehr als ein Drittel des Energieverbrauchs (39 Prozent) der Industrie in Rheinland-Pfalz entfällt auf diese Verwendung.

Wichtigster Energieträger der rheinland-pfälzischen Industrie ist Erdgas. Auf ihn entfielen fast 47 Prozent des Energieverbrauchs (46 300 Gigawattstunden). Mineralöle bzw. Mineralölprodukte trugen 27 Prozent bei (24 500 Gigawattstunden). Der Bedarf an Strom belief sich auf 14 900 Gigawattstunden, was einem Anteil von 17 Prozent entsprach. Rund 49 Prozent des Stroms wurde von der Industrie in eigenen Kraftwerken erzeugt.

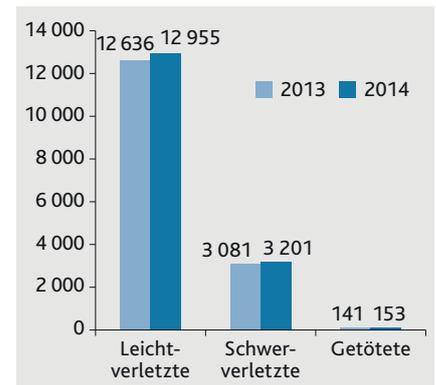
Viele Todesopfer bei Verkehrsunfällen im Oktober 2014

Im Oktober 2014 starben 23 Menschen bei Unfällen auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 14 mehr als im Oktober 2013. Von Januar bis Oktober 2014 wurden insgesamt 153 Menschen getötet, das waren zwölf mehr als in den ersten zehn Monaten 2013. Schwer verletzt wurden 3 201 Unfallbeteiligte, 3,9 Prozent mehr als von Januar bis Oktober 2013. Die Zahl der Leichtverletzten stieg um 2,5 Prozent auf 12 954.

Die Polizei registrierte bis Ende Oktober 2014 insgesamt 108 346 Straßenverkehrsunfälle, 1,4 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeit-

raum. In 95 797 Fällen entstand nur Sachschaden (-2 Prozent). Die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, stieg um 3,7 Prozent auf 12 549.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Oktober 2013 und 2014



Aus der amtlichen Statistik

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz Strukturen und Entwicklungen

Im Jahr 2013 erzeugten die rheinland-pfälzischen Winzerinnen und Winzer 5,7 Millionen Hektoliter Weinmost. Zwei Drittel des deutschen Weins stammen aus Rheinland-Pfalz. Gut fünf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz sind Öko-Betriebe. Diese und zahlreiche andere interessante Daten nennt die aktuell erstellte Publikation „Die Landwirtschaft 2013“. Sie liefert den Akteurinnen und Akteuren in Politik, Verwaltung und Wissenschaft, wie auch den Landwirtinnen und Landwirten selbst, erneut ein umfassendes Bild über die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Der Statistische Band „Die Landwirtschaft 2013“ basiert überwiegend auf den Ergebnissen der laufenden Agrarstatistiken, so der Agrarstrukturerhebung 2013. Behandelt werden unter anderem die Themen

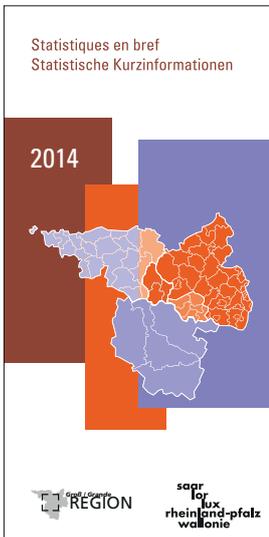
- Betriebe und Arbeitskräfte
- Bodennutzung und Ernte
- Weinbau
- Gemüse- und Obstbau
- Viehhaltung und tierische Produkte
- Forstwirtschaft.

Tabellen, Grafiken und Karten mit ausgewählten Zahlen zu Kreisen und Weinanbaugebieten gewähren Einblicke in die Situation der Landwirtschaft auf regionaler Ebene. Ergänzt wird das Informationsangebot durch Tabellen mit ausgewählten Daten für die Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten.

Die Publikation „Die Landwirtschaft 2013“ kann unter www.statistik.rlp.de kostenfrei als PDF-Datei heruntergeladen werden.



Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie: Großregion in einer neuen Broschüre porträtiert



Zum 14. Gipfel der Großregion, der am 4. Dezember 2014 in Mainz stattfand, hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Nachbarregionen Saarland, Lothringen, Luxemburg und Wallonien die zehnte Fassung der gemeinsamen Broschüre „Statistische Kurzinformationen“ zusammengestellt. Die Broschüre liefert auf 50 Seiten viel Wissenswertes über die Großregion „Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie“ aus den Themenbereichen Gebiet

und Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Gesellschaft, Wirtschaft, Verdienste und Preise sowie Umwelt.

Die Großregion liegt im Zentrum Europas. Sie hat 11,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (vergleichbar mit Belgien oder Griechenland) und ist mit 65 400 Quadratkilometern ähnlich groß wie Litauen. Die Bevölkerung der Großregion ist seit 1975 um gut sieben Prozent gewachsen. Den mit Abstand höchsten Einwohnerzuwachs verzeichnete Luxemburg mit einem Plus von mehr als 50 Prozent. Die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz ist im gleichen Zeitraum um rund acht Prozent gestiegen. Nach den aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen wird die Einwohnerzahl in der Großregion insgesamt bis zum Jahr 2050 voraussichtlich nur noch um 0,4 Prozent steigen. Dabei sind die Prognosen für die einzelnen Teilgebiete sehr unterschiedlich: Für Luxemburg wird ein Bevölkerungszuwachs von rund einem Drittel projiziert, in Rheinland-Pfalz ist mit einem Rückgang von 15 Prozent zu rechnen, im Saarland sogar von 23 Prozent.

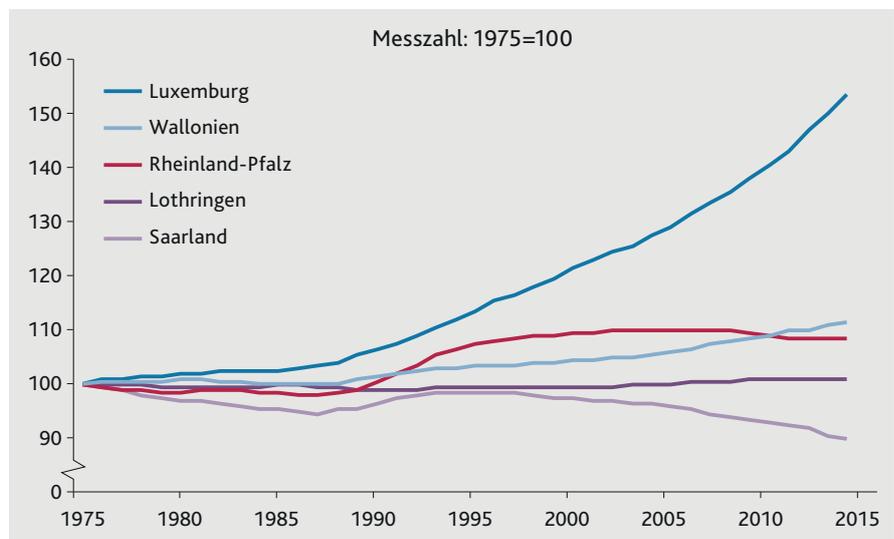
Im Jahr 2013 waren knapp 4,9 Millionen Menschen in der Region erwerbstätig, das entspricht einer leichten Erhöhung um 0,6 Prozent gegenüber 2011. Die Erwerbstätigenquote (am Wohnort) ist dabei in Rheinland-Pfalz am höchsten: Hier sind 79 Prozent der Männer und 68 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren

erwerbstätig. In der Großregion insgesamt sind es nur 70 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen. Täglich pendeln gut 220 000 Berufstätige in eine andere der fünf Regionen, um dort ihrer Arbeit nachzugehen. Damit ist die Großregion der größte grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in Europa. Rund 55 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gehen in einem anderen Teilgebiet der Großregion ihrem Beruf nach. Die meisten davon pendeln ins Saarland oder nach Luxemburg.

Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen nur wenig gestiegen ist, hat die Wirtschaftsleistung der Großregion sichtbar zugenommen. Im Jahr 2013 lag das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen bei 343 Milliarden Euro. Gegenüber 2011 ist es um rund sieben Prozent gestiegen. Damit erbringt die Großregion etwa 2,6 Prozent der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union (EU-28). Je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen errechnet sich ein Bruttoinlandsprodukt von durchschnittlich 70 400 Euro.

Rund 318 000 Gästebetten in Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen und gut 33 Millionen Gästeübernachtungen kennzeichneten 2013 den Tourismus in der Großregion. Rheinland-Pfalz ist dabei mit einer überdurchschnittlich hohen Übernachtungsintensität von gut 4 700 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner die stärkste Tourismusregion innerhalb des Gebiets. In der Großregion insgesamt liegt die Anzahl an Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner bei rund 2 900.

Bevölkerungsentwicklung in der Großregion 1975–2014



Broschüre „Oberrhein – Zahlen und Fakten 2014“ erschienen: Positive Entwicklung der Wirtschaftskraft in der Grenzregion



Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit den Statistischen Ämtern Baden-Württemberg, Elsass und der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Jura und Solothurn eine aktualisierte und überarbeitete Fassung der Veröffentlichung „Oberrhein – Zahlen und Fakten“ vorgelegt. Die neue zweisprachige Ausgabe bietet umfangreiche Informationen zum Oberrheingebiet. Auf 23 Seiten informiert sie mit Texten, Tabellen, Grafiken und Karten über die

Themen Gebiet und Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Verkehr, Tourismus, Gesundheitswesen sowie Bildung.

Die Region Oberrhein besteht aus den vier Teilgebieten Elsass, Nordwestschweiz, Südpfalz und Baden. Zusammen wohnten im Jahr 2012 fast sechs Millionen Menschen am Oberrhein. Im rheinland-pfälzischen Teil der Region leben gut 300 000 Menschen, das sind fünf Prozent der Gesamtbevölkerung der Region Oberrhein. Die Bevölkerungszahl in der Region Oberrhein ist seit 2008 insgesamt leicht gestiegen (0,7 Prozent).

Nach den aktuellen Vorausberechnungsergebnissen wird die Einwohnerzahl am Oberrhein bis 2030 voraussichtlich noch auf 6,3 Millionen steigen. Dabei verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung erheblich. Die Zahl der Personen im Erwerbsalter wird besonders deutlich zurückgehen, die Zahl der Älteren und der Hochbetagten wird hingegen steigen. Aktuell weisen das Elsass und die Nordwestschweiz einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf: 2012 wurden dort mehr Menschen geboren als gestorben sind. In den deutschen Gebieten des Oberrheins gab es hingegen ein Geburtendefizit.

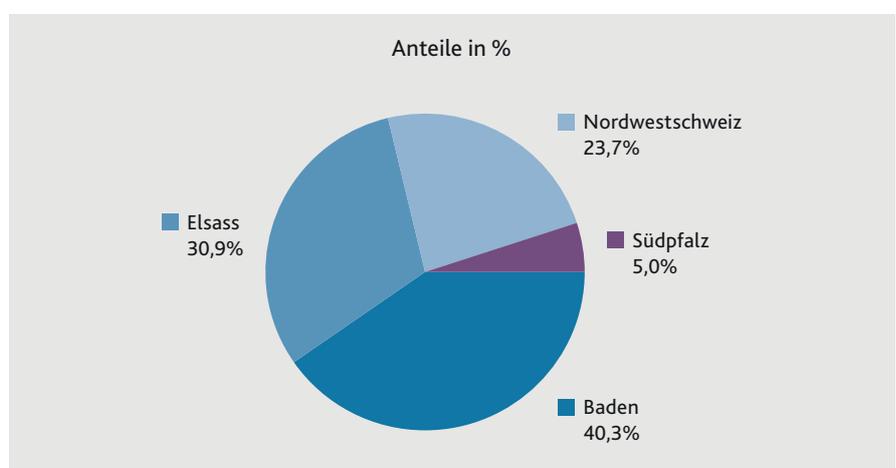
Die Wirtschaftskraft der Region hat sich positiv entwickelt. Das nominale, d. h. nicht preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt erreichte 2012 ein Volumen von

234,5 Milliarden Euro bzw. 39 300 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Um den Wechselkurseffekt bereinigt, entspricht das einer Steigerung von fünf Prozent gegenüber 2008. Dabei hat sich die Wirtschaftskraft in der Südpfalz mit einem Plus von zwölf Prozent überdurchschnittlich gut entwickelt. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin bzw. Einwohner erzielte die Nordwestschweiz mit 61 600 Euro (2011), gefolgt von Baden mit 35 500 Euro. Im Elsass und in der Südpfalz wurde ein Bruttoinlandsprodukt von 28 900 bzw. 28 600 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner erwirtschaftet.

Im Elsass ist die Arbeitslosenquote gegenüber 2008 weiter gestiegen. Sie liegt hier mit 9,2 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Oberrheinregion (5,1 Prozent). In der Südpfalz ist die Arbeitslosenquote mit 4,6 Prozent dagegen unterdurchschnittlich.

Die Region Oberrhein ist touristisch sehr attraktiv. Die Zahl der Übernachtungsgäste ist seit 2010 um fast 9,6 Prozent auf 10,4 Millionen gestiegen. Insgesamt wurden 1 730 Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner gezählt, das entspricht einer Zunahme der Gästeintensität um 9,3 Prozent. Dabei haben alle Gebiete ein Plus zu verbuchen: Am dynamischsten gewachsen ist die Gästeintensität in Baden (+12 Prozent). Die geringste Zunahme verzeichnete die Nordwestschweiz mit +2,4 Prozent. Die Zunahme lag im Elsass mit +9,4 Prozent leicht über, in der Südpfalz mit +7,6 Prozent unter dem Durchschnitt.

Bevölkerung der Region Oberrhein 2012 nach Teilgebieten



Verbraucherpreise im Dezember 2014

Der Verbraucherpreisindex lag im Dezember nur 0,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dies ist der niedrigste Wert seit November 2009.

Ausschlaggebend hierfür war die rückläufige Entwicklung der Preise für Mineralölprodukte. Vor allem Heizöl verbilligte sich gegenüber Dezember 2013 erheblich (-23 Prozent). Aber auch die Preise für Kraftstoffe sanken deutlich (-12 Prozent). Dabei fiel der Preistrückgang bei Diesel (-14 Prozent) noch etwas stärker aus als bei Superbenzin (-11 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Mineralölprodukte hätte die Teuerungsrate bei einem Prozent gelegen.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verbilligten sich binnen Jahresfrist um ein Prozent. Für die Verbrau-

cherinnen und Verbraucher günstig entwickelten sich insbesondere die Preise für Speisefette und -öle (-13 Prozent) sowie für Gemüse (-8,5 Prozent). So verbilligten sich beispielsweise Butter um 21 Prozent und Kartoffeln um 20 Prozent gegenüber Dezember 2013. Verteuert haben sich u. a. Brot und Getreideerzeugnisse (+1,4 Prozent) sowie Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte (+0,5 Prozent).

Gegenüber November 2014 erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 0,1 Prozent. Während saisonal bedingt die Preise in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur anstiegen (+3 Prozent; darunter Pauschalreisen: +12 Prozent), waren in den Hauptgruppen Verkehr (-1,8 Prozent; darunter Kraftstoffe: -7,3 Prozent) sowie Bekleidung und Schuhe (-0,7 Prozent) Preistrückgänge festzustellen.

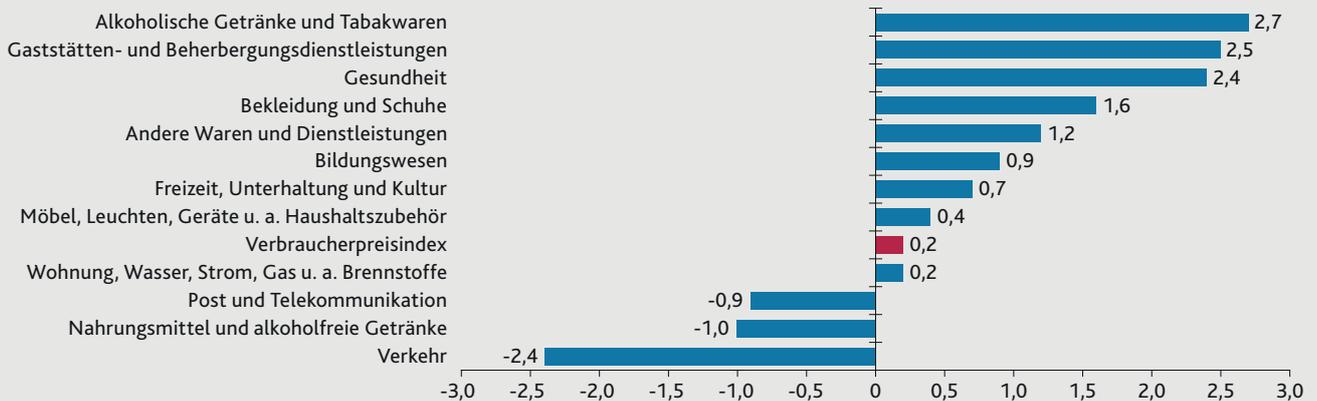
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2014

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2013 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

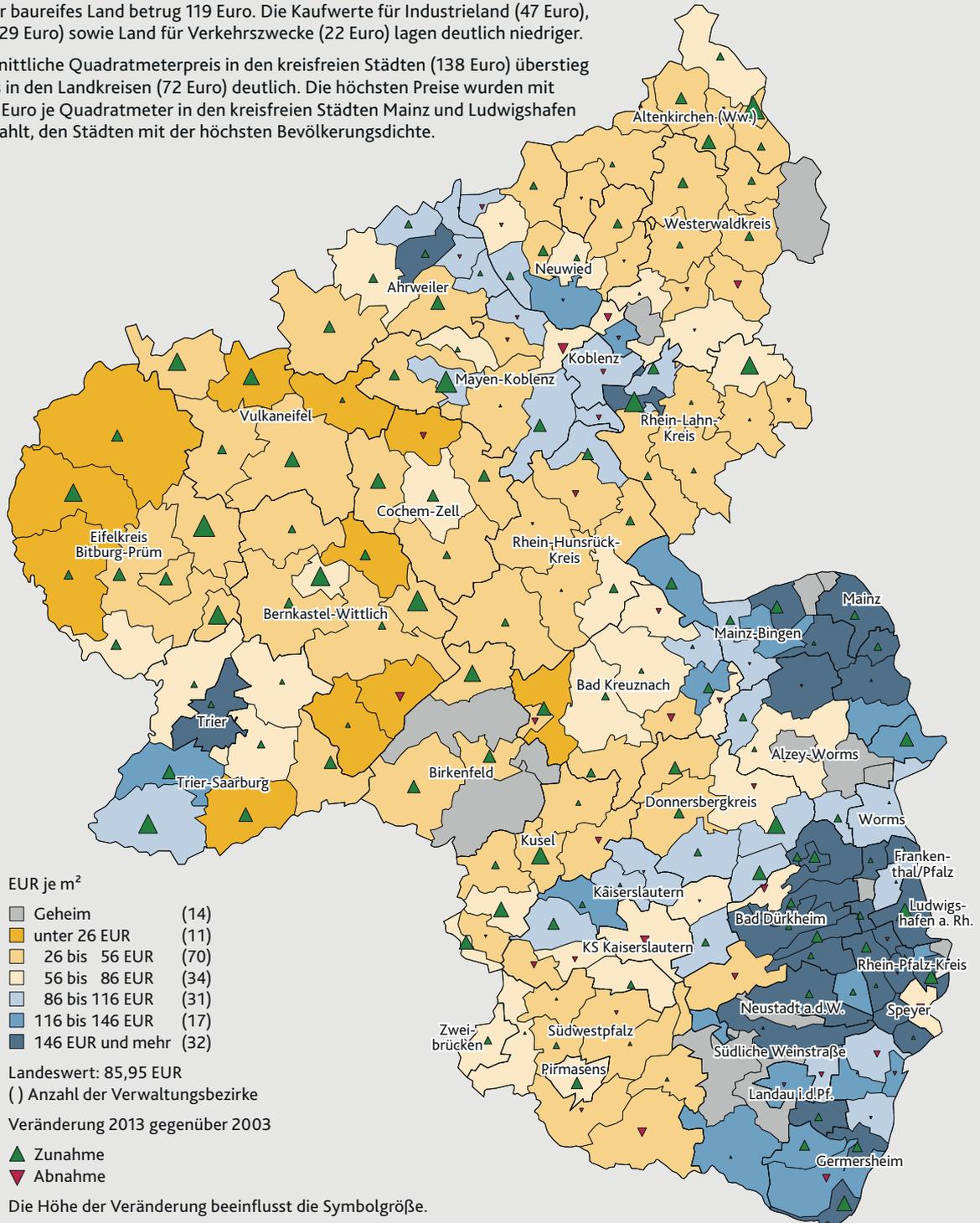


Baulandpreise 2013 nach Verwaltungsbezirken

Durchschnittlicher Kaufpreis bei 86 Euro

Der durchschnittliche Kaufwert für Bauland lag in Rheinland-Pfalz 2013 bei rund 86 Euro je Quadratmeter. Das waren 24 Euro bzw. 39 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Der Quadratmeterpreis für baureifes Land betrug 119 Euro. Die Kaufwerte für Industrieland (47 Euro), Rohbauland (29 Euro) sowie Land für Verkehrszwecke (22 Euro) lagen deutlich niedriger.

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis in den kreisfreien Städten (138 Euro) überstieg den Kaufpreis in den Landkreisen (72 Euro) deutlich. Die höchsten Preise wurden mit 322 bzw. 318 Euro je Quadratmeter in den kreisfreien Städten Mainz und Ludwigshafen am Rhein bezahlt, den Städten mit der höchsten Bevölkerungsdichte.



Hochschulen 2013/14

Teil II: Mehr wissenschaftliches und künstlerisches Personal – Forschung und Lehre immer häufiger in Teilzeit



Von Bettina Link

Innerhalb der letzten fünf Jahre strömten so viele Menschen an die Hochschulen wie nie zuvor. In der Folge haben die Hochschulen ihre Studienplatzkapazitäten massiv erweitert. Die Entwicklung der Studienanfängerinnen und -anfänger-, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen wurde bereits in der letzten Ausgabe des Statistischen Monatsheftes dargestellt. Dieser Teil befasst sich mit den Themen Studienfachwahl, Studierendenwanderungsverhalten, Frauen an Hochschulen sowie mit dem Bereich Personal.

MINT-Fächer – noch immer Männerdomäne

In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eine besondere Stellung ein. Absolventinnen und Absolventen dieser Fachrichtungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

Ein Drittel aller Studierenden belegt MINT-Fächer

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2013/14 absolvierten in Rheinland-Pfalz 41 188 Personen und damit mehr als ein Drittel aller Studierenden ein Studium in einem der MINT-Fächer.

Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

Frauen entschieden sich relativ selten für ein MINT-Fach. Lediglich 22 Prozent der Studentinnen des Wintersemesters 2013/14 waren in einem entsprechenden Studiengang eingeschrieben. Bei den Männern lag dieser Anteil mit 46 Prozent doppelt so hoch.

Studentinnen im MINT-Bereich unterrepräsentiert

Insgesamt dominierten bei den am häufigsten von Frauen gewählten Studiengängen auch im Wintersemester 2013/14 die sprachwissenschaftlichen und pädagogischen Fächer, während Studenten häufig in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern eingeschrieben waren. Eine zahlenmäßig hohe Bedeutung für beide

T 1 Eckdaten zu MINT-Fächern¹ 2003–2013

Jahr ²	Studienanfänger/-innen			Studierende			Absolventen/-innen		
	ins- gesamt	Frauen		ins- gesamt	Frauen		ins- gesamt	Frauen	
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
2003	6 259	2 122	33,9	29 350	9 937	33,9	2 728	891	32,7
2004	5 989	2 029	33,9	30 622	10 438	34,1	2 940	1 057	36,0
2005	6 197	2 092	33,8	31 870	10 814	33,9	3 351	1 176	35,1
2006	6 195	2 211	35,7	32 314	10 997	34,0	3 354	1 229	36,6
2007	7 074	2 583	36,5	33 919	11 613	34,2	3 674	1 370	37,3
2008	7 141	2 452	34,3	34 751	11 822	34,0	4 020	1 511	37,6
2009	7 581	2 686	35,4	36 781	12 462	33,9	4 608	1 578	34,2
2010	7 812	2 717	34,8	37 842	12 913	34,1	5 040	1 783	35,4
2011	8 761	2 634	30,1	39 385	12 990	33,0	5 695	2 124	37,3
2012	8 201	2 770	33,8	40 571	13 383	33,0	6 295	2 380	37,8
2013	8 533	2 861	33,5	41 188	13 281	32,2	6 808	2 606	38,3

¹ Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – ² Studienanfänger/-innen: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen/-innen: Prüfungsjahr.

Geschlechter hatten die Fächer Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften.

Mit vielfältigen Initiativen versuchen Akteure in Politik und Wirtschaft seit Jahren den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen“. Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch die Zahl der „MINT-Studentinnen“ zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

Gemessen an dem anhaltend geringen MINT-Anteil der weiblichen Studierenden haben diese Initiativen kaum nachhaltige Veränderungen bewirkt. Nach Ansicht des

Wissenschaftsrates liegt das auch daran, dass sie mehrheitlich darauf ausgerichtet waren, Schülerinnen zur Aufnahme eines MINT-Studiums zu motivieren, während eine Reform der Studienstrukturen nur selten angegangen wurde. Es sei aber ebenso bedeutend, die Curricula weiterzuentwickeln, so dass sie auch für Frauen attraktiv werden, beispielsweise durch Integration von „interdisziplinären Themen mit gesellschaftlicher Relevanz“.¹

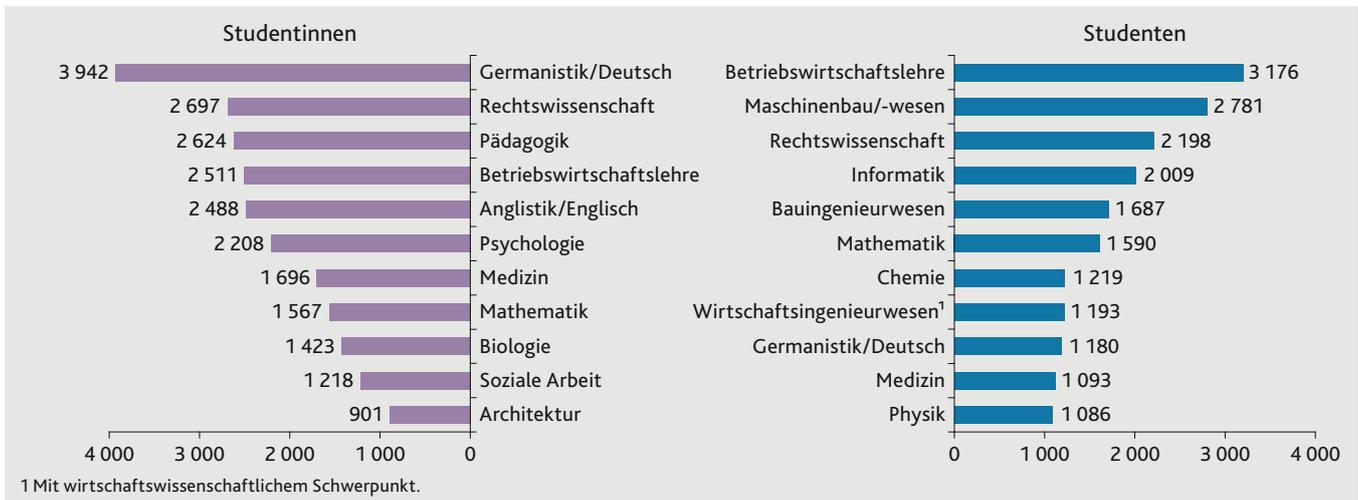
Die Daten des Wintersemesters 2013/14 zeigen, dass es unter den MINT-Fächern gleichwohl Studienbereiche gibt, in denen Studentinnen einen wesentlichen Anteil stellen. So waren die Männer in den ingenieurwissenschaftlichen und technischen Studienbereichen Elektrotechnik, Maschinenbau und Informatik zwar weitgehend unter sich. In den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie im pharmazeutischen Bereich war der Frauenanteil aber relativ groß.

Kaum Veränderungen des MINT-Anteils bei Studentinnen

¹ Wissenschaftsrat: Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Bremen 2012. S. 37.

G 1

Beliebteste Studienfächer im Wintersemester 2013/14 nach Geschlecht



Insgesamt waren knapp ein Drittel der Studierenden in MINT-Fächern Frauen (32 Prozent).

Jede fünfte Professur von einer Frau besetzt

55 Prozent aller Absolventinnen und Absolventen sind Frauen

Frauen sind bei den Studienanfängerinnen und -anfängern (51 Prozent), den Studierenden (50 Prozent) sowie den Absolventinnen und Absolventen (55 Prozent) mittlerweile in der Mehrzahl.

Trotz ihrer starken Präsenz in der Studierendenschaft gilt für die akademische Laufbahn jedoch noch immer: Je höher die „Statusgruppe“, desto geringer der Frauenanteil.

Relativ ausgeglichen ist die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier wuchs der Frauenanteil in den vergangenen fünf Jahren um 4,9 Prozentpunkte auf 47 Prozent. Insgesamt schlossen im vergangenen Prüfungsjahr 483 Frauen und 541 Männer ein Promotionsverfahren erfolgreich ab.

² Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Bremen 2012. S. 25 ff.

Bei den Habilitationen schwankte die Gesamtzahl wie auch der Frauenanteil in den vergangenen Jahren recht stark. Im Jahr 2013 wurden 6 der insgesamt 43 Habilitationen von Frauen abgeschlossen. Fünf Jahre zuvor waren es 7 von insgesamt 67.

2013: 6 von 43 Habilitationen von Frauen

Unter den wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten an den Hochschulen konnten die Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Weiterhin gering ist der Frauenanteil allerdings in der Professorenschaft. Lediglich jede fünfte Professur wird derzeit von einer Frau besetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv. In seiner im Mai 2012 veröffentlichten Bestandsaufnahme zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verweist der Wissenschaftsrat zudem wiederholt auf die informellen Rekrutierungs- und Förderpraktiken im Hochschulbetrieb, die sich für Frauen eher nachteilig auswirken.²

T 2

Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2013/14 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	7 035	1 287	18,3	5 748	81,7
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	6 374	1 032	16,2	5 342	83,8
Mathematik	3 838	1 853	48,3	1 985	51,7
Biologie	3 424	2 153	62,9	1 271	37,1
Bauingenieurwesen	2 571	573	22,3	1 998	77,7
Chemie	2 556	1 094	42,8	1 462	57,2
Architektur, Innenarchitektur	2 266	1 394	61,5	872	38,5
Geografie	2 167	1 060	48,9	1 107	51,1
Ingenieurwesen allgemein	2 092	405	19,4	1 687	80,6
Elektrotechnik	1 932	175	9,1	1 757	90,9
Wirtschaftsingenieurwesen ¹	1 747	274	15,7	1 473	84,3
Physik, Astronomie	1 573	334	21,2	1 239	78,8
Raumplanung	1 340	595	44,4	745	55,6
Geowissenschaften	767	293	38,2	474	61,8
Pharmazie	601	440	73,2	161	26,8
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	524	262	50,0	262	50,0
Vermessungswesen	253	51	20,2	202	79,8
Verkehrstechnik, Nautik	128	6	4,7	122	95,3
Insgesamt	41 188	13 281	32,2	27 907	67,8

1 Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnete jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen.

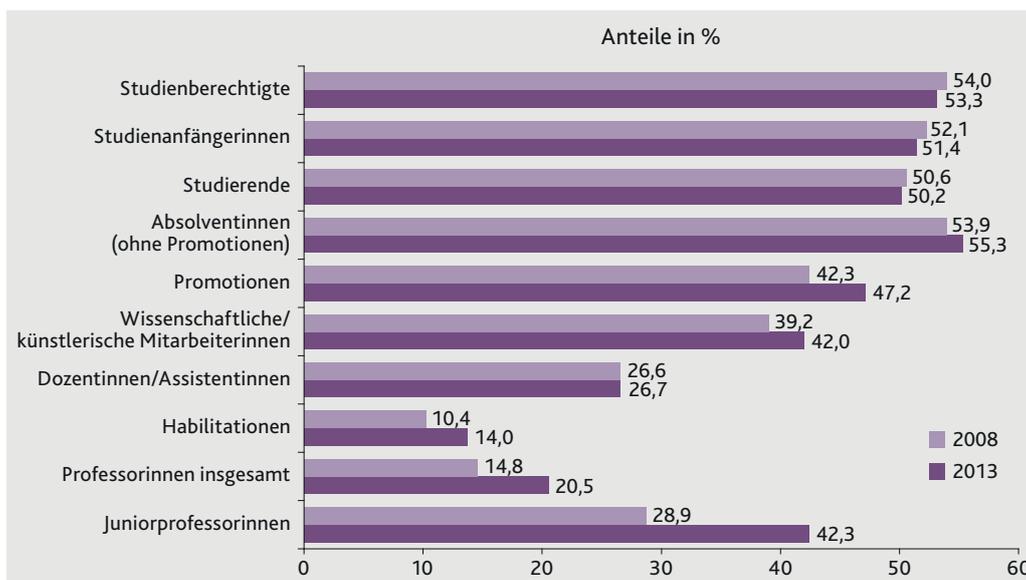
Im Jahr 2013 waren 42 Prozent der Juniorprofessuren mit Frauen besetzt. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch, wie der in der gesamten Professorenschaft.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel – ein großer Teil

42 Prozent aller Juniorprofessuren von Frauen besetzt

G 2

Frauen an Hochschulen 2008 und 2013



der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

Der Erhöhung des Frauenanteils sind allerdings in jenen Disziplinen Grenzen gesetzt, die nur selten von Frauen studiert werden. Hierzu zählen, wie bereits dargestellt, insbesondere die sogenannten MINT-Fächer.

55 Prozent aller Studierenden sind keine „Landeskinder“

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2013/14 waren 55 Prozent aller Studierenden keine „Landeskinder“. Unter den „Zugewanderten“ stellten neben den Studierenden aus dem Ausland (6,9 Prozent)

die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen (13 Prozent), Nordrhein-Westfalen (9,9 Prozent) und Baden-Württemberg (9,1 Prozent) erlangt hatten, die größten Anteile.

Bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufnahmen, waren die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen am beliebtesten. Hier studierten 15 Prozent der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz. Ebenfalls viele Studienberechtigte hatten sich für Hochschulen in Baden-Württemberg (13 Prozent) und Hessen (zehn Prozent) entschieden. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen ins Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewan-

Wanderungs-saldo: +1341 Studierende

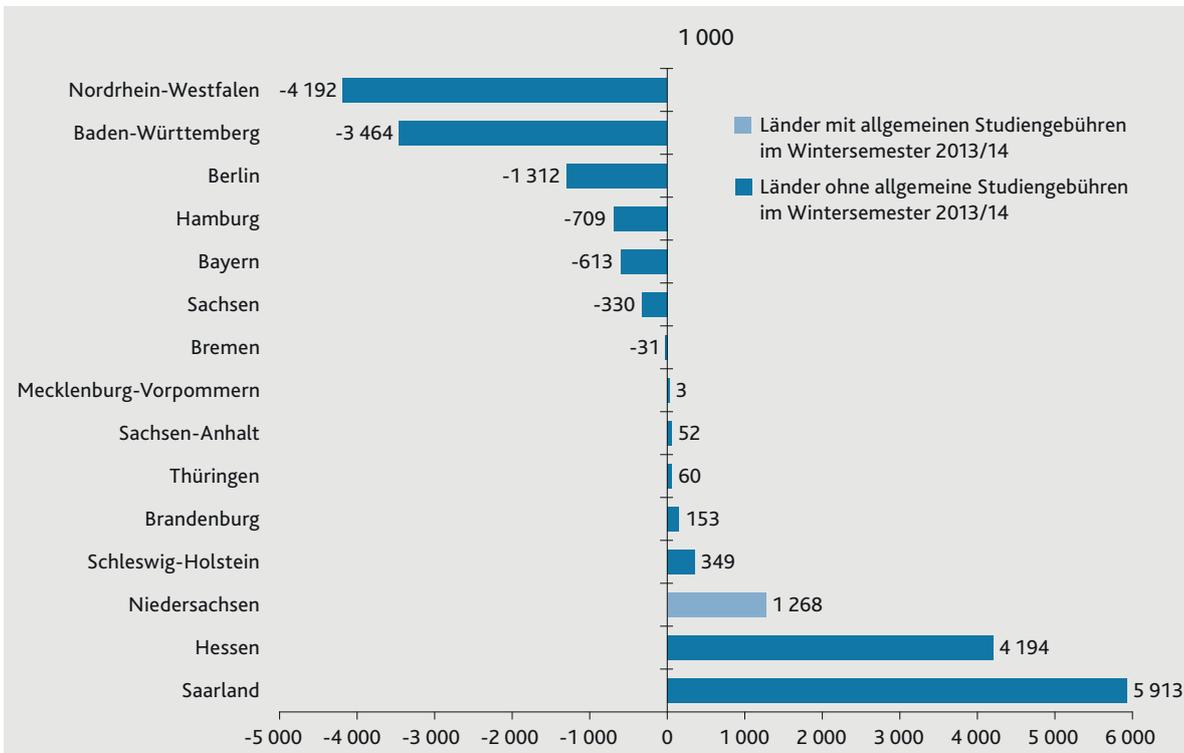
T 3 Studierende im Wintersemester 2013/14 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹ und dem Land des Studienortes

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungsüberschuss/-defizit Anzahl
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Innerhalb des Bundesgebietes	112 896	100	114 237	93,1	1 341
Baden-Württemberg	14 661	13,0	11 197	9,1	-3 464
Bayern	3 715	3,3	3 102	2,5	-613
Berlin	2 213	2,0	901	0,7	-1 312
Brandenburg	369	0,3	522	0,4	153
Bremen	255	0,2	224	0,2	-31
Hamburg	1 216	1,1	507	0,4	-709
Hessen	11 410	10,1	15 604	12,7	4 194
Mecklenburg-Vorpommern	343	0,3	346	0,3	3
Niedersachsen	1 399	1,2	2 667	2,2	1 268
Nordrhein-Westfalen	16 382	14,5	12 190	9,9	-4 192
Rheinland-Pfalz	55 470	49,1	55 470	45,2	-
Saarland	2 917	2,6	8 830	7,2	5 913
Sachsen	1 100	1,0	770	0,6	-330
Sachsen-Anhalt	432	0,4	484	0,4	52
Schleswig-Holstein	389	0,3	738	0,6	349
Thüringen	625	0,6	685	0,6	60
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben ²	.	.	8 409	6,9	.
Insgesamt	112 896	100	122 646	100	.

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

G 3

Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2013/14



Erläuterungen

Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben.

Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Betreuungsrelation

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/

künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittel-finanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängerinnen und -anfänger,
- Studierenden, Gasthörerinnen und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen
- Hochschulfinanzen und
- Deutschlandstipendium

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bildung/

dert sind, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Wintersemester 2013/14 bei +1 341 Studierenden. D. h., dass die Zahl derer, die aus anderen Bundesländern zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen, deutlich höher ist, als die Zahl derjenigen, die für das Studium in ein anderes Bundesland wechseln.

Die höchsten Wanderungsgewinne unter den Flächenländern verzeichneten Nordrhein-Westfalen (+29 065) und Sachsen (+15 757), die höchsten Wanderungsverluste Niedersachsen (-52 859) und Baden-Württemberg (-25 815).

Der Zuwanderungsgewinn kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. In der Vergangenheit wurde er sicherlich auch durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. Im Wintersemester 2013/14 gab es allerdings nur noch in Niedersachsen allgemeine Studiengebühren. Die größten Wanderungsverluste verzeichnete Rheinland-Pfalz gegenüber Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg,

die größten Überschüsse gab es gegenüber dem Saarland und Hessen.

Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer bei 6,8 Prozent

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer“ bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland. Der Anteil der „Bildungsausländerinnen und -ausländer“ lag im Wintersemester 2013/14 bei 6,8 Prozent und damit zwei Prozentpunkte unter dem Wert des Wintersemesters 2008/09.

Unter den „Bildungsausländerinnen und -ausländern“ stellten im Wintersemester 2013/14 die Studierenden mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (903), gefolgt von Studentinnen und Studenten aus China (641) und Russland (445).

Luxemburgerinnen und Luxemburger stellten größte Gruppe

T 4 Bildungsinländer/-innen und Bildungsausländer/-innen in den Wintersemestern 2003/04–2013/14

Wintersemester	Bildungsausländer/-innen				Bildungsinländer/-innen			
	insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...		insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...	
			Universitäten ¹	Fachhochschulen			Universitäten ¹	Fachhochschulen
Anzahl	%		Anzahl	%				
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3	3 037	2,8	2,6	3,2
2010/11	8 554	7,6	7,5	7,7	3 123	2,8	2,5	3,2
2011/12	8 335	7,1	7,2	6,9	3 334	2,8	2,6	3,3
2012/13	8 273	6,8	7,0	6,4	3 609	3,0	2,7	3,5
2013/14	8 335	6,8	7,2	6,0	3 777	3,1	2,8	3,7

¹ Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

T 5

Bildungsausländer/-innen im Wintersemester 2013/14 nach Herkunftsland

Land der Staatsangehörigkeit	Anzahl
Luxemburg	903
China	641
Russische Föderation	445
Kamerun	423
Ukraine	367
Marokko	335
Indien	291
Bulgarien	268
Polen	252
Italien	228
Übrige	4 182
Insgesamt	8 335

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländerin bzw. -inländer“ bezeichnet. Der Anteil der „Bildungsinländerinnen und -inländer“ an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz lag im Wintersemester 2013/14 bei 3,1 Prozent und damit leicht über dem Wert des Wintersemesters 2008/09 (2,7 Prozent).

Mehr Beschäftigte an Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz beschäftigten im Jahr 2013 insgesamt 26 049 Personen und damit 23 Prozent mehr als im Jahr 2008. Von den Beschäftigten waren 14 325 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 11 724 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

Seit 2008 verzeichnen die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+31 Prozent). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen sehr unterschiedlich aus. So wuchs insbesondere die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte (+220 Prozent) und die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (+37 Prozent). Bei den Professorinnen und Professoren fiel der Anstieg demgegenüber wesentlich geringer aus (+15 Prozent). Die

31 Prozent mehr wissenschaftlich/künstlerisches Personal

T 6

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2008 und 2013

Beschäftigte	2008				2013				Veränderung VZÄ ¹ 2013 gegenüber 2008 in %
	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹	
		Anzahl	%			Anzahl	%		
Hauptberufliches Personal	7 125	2 569	36,1	5 841	8 754	3 594	41,1	6 957	19,1
Professoren/-innen	1 743	104	6,0	1 691	2 006	144	7,2	1 934	14,4
Dozenten/-innen und Assistenten/-innen	64	13	20,3	58	15	5	33,3	13	-78,3
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen	4 620	2 097	45,4	3 572	6 328	3 232	51,1	4 712	31,9
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	698	355	50,9	521	405	213	52,6	299	-42,7
Nebenberufliches Personal	3 790	3 790	100	758	5 571	5 571	100	1 114	47,0
Gastprofessoren/-innen, Emeriti	70	70	100	14	52	52	100	10	-25,7
Lehrbeauftragte	3 110	3 110	100	622	3 564	3 564	100	713	14,6
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	610	610	100	122	1 955	1 955	100	391	220,5
Insgesamt	10 915	6 359	58,3	6 599	14 325	9 165	64,0	8 071	22,3

1 VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte Personal mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

T 7

Betreuungsrelationen 2013 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt ¹		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen ¹	
	Studierende ² je					
	Lehrperson ³	Professor/-in	Lehrperson ³	Professor/-in	Lehrperson ³	Professor/-in
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	18,3	33,6	-	-	18,3	33,6
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	5,0	72,7	4,1	75,0	31,6	64,6
Ingenieurwissenschaften	23,7	46,0	19,9	64,4	25,5	41,6
Kunst, Kunstwissenschaft	14,6	34,0	13,2	40,6	17,4	27,1
Mathematik, Naturwissenschaften	18,8	56,3	16,9	58,8	33,8	48,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	29,6	70,6	29,6	92,9	29,5	54,2
Sport	31,0	126,2	31,0	126,2	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	26,9	99,1	26,6	98,7	60,0	126,0
Insgesamt (einschließlich zentrale Einrichtungen)	19,0	64,0	16,8	78,1	26,3	46,3

1 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2 Studierende im Wintersemester 2013/14. – 3 Wissenschaftliches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal und studentische Hilfskräfte) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

generelle Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen.

Hoher Anteil
Teilzeit-
beschäftigter

Diese ist in den vergangenen fünf Jahren um 5,7 Prozentpunkte auf nunmehr 64 Prozent gestiegen. Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte“ vergleichen zu können, lassen sich sogenannte Vollzeitäquivalente berechnen. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet.

Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 8 071 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2013. Gegenüber dem Jahr 2008 war ein Anstieg von 22 Prozent zu verzeichnen. Zudem zeigt sich, dass insbesondere die Personalkapazitäten der wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie die der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt wurden.

3 Ohne drittmittelfinanziertes Personal und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

4 Für die Jahre 2003–2010 kann das drittmittelfinanzierte Personal der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität nicht differenziert ausgewiesen werden.

Der gegenüber dem Jahr 2008 deutliche Rückgang der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Zahl an Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (–78 Prozent) ist Folge des 2003 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Dozenten- und Assistentendienstverhältnissen nicht mehr zulässig.

Um das Verhältnis des Lehrpersonals zur Studierendenentwicklung abzubilden, lassen sich verschiedene Betreuungsrelationen (siehe Erläuterungen) errechnen. Rein rechnerisch betreute im Jahr 2013 eine Lehrkraft 19 Studierende.³ Auf eine Professorin bzw. auf einen Professor kamen im Schnitt 64 Studierende.

Eine Lehrkraft
betreut
19 Studierende

Im Vergleich zum Jahr 2008 hat sich damit das Verhältnis von Studierenden pro Lehrkraft leicht verbessert (–0,4).⁴ Deutliche Unterschiede finden sich zwischen den Hochschularten. So entfielen im Jahr 2013 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende (78) auf eine

Professorin bzw. einen Professor als an den Fachhochschulen (46). Hier spiegelt sich u. a. die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -professoren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungs-

relationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit fünf Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe Sport werden dagegen durchschnittlich 31 Studierende von einer Lehrperson betreut.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat „Bildung, Verdienste und Preise“.

Info

Detaillierte Informationen zum Themenbereich Bildung finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Wanderungsbewegungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland

Struktur und Entwicklung der Zu- und Fortzüge



Von Sofie Jedinger

Die Zuwanderung nach Deutschland und Rheinland-Pfalz war 2013 so hoch, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit für mittel- und osteuropäische EU-Länder, die Krise in Südeuropa, die vergleichsweise gute Wirtschaftslage in Deutschland, und verschiedene Konflikte im Ausland machten sich in Deutschland und Rheinland-Pfalz durch hohe Wanderungsgewinne bemerkbar. Die Mehrheit der zugewanderten Personen kam aus einem anderen EU-Land, zog in Relation zur Bevölkerungsgröße bevorzugt in die kreisfreien Städte und war im Vergleich zur rheinland-pfälzischen Bevölkerung deutlich jünger.

Höchste Nettozuwanderung über die Grenzen Deutschlands seit 20 Jahren

Deutschland ist beliebtes Ziel für Zuwanderinnen und Zuwanderer

Begleitet von großem öffentlichem Interesse meldeten die statistischen Ämter 2013 die höchste Zuwanderung seit rund 20 Jahren. Mehr als 51 000 Personen zogen aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz, netto waren das rund 20 000 Personen.¹ Bereits 2012 war Deutschland nach den USA das zweitbeliebteste Ziel für Zuwanderinnen und Zuwanderer in den OECD-Raum.²

Diese Entwicklung weckt zugleich Sorgen und Hoffnungen. Einerseits wird vor den Folgen einer vermeintlichen „Armutsmigration“

gewarnt, andererseits gibt es Hoffnungen, dass der vorausberechnete Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Gesellschaft geringer ausfallen könnten.

Die Wanderungsbewegungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland schwankten in der Vergangenheit stark. Mit Beginn des „Wirtschaftswunders“ gab es eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland, da ab 1955 gezielt ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden. Im Jahr 1970 war der Wanderungsgewinn mit über 21 000 Personen etwa so hoch wie 2013. Mehrere Rezessionen ließen die Nettozuwanderung aus dem Ausland zwischen dem Ende der 60er- und der Mitte der 80er-Jahre wiederholt einbrechen, sodass die Wanderungsbilanz mit dem Ausland zeitweise ins Defizit geriet.

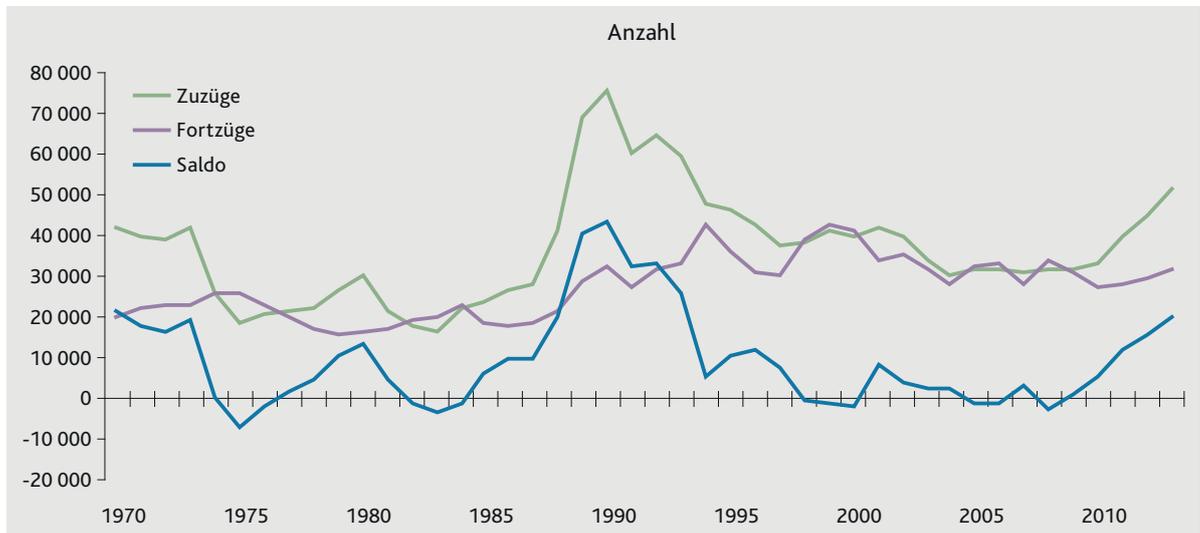
Wanderungsbewegungen schwanken stark

¹ Die Zuzüge aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz und die Fortzüge aus Rheinland-Pfalz ins Ausland werden einschließlich der Gebietszuordnung unbekannt, ungeklärt und ohne Angabe ausgewiesen.

² Vgl. OECD: Is Migration Really Increasing? In: Migration Policy Debates (May 2014). S. 1–4.

G 1

Wanderungsbewegungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland 1970–2013



Höchste Nettozuwanderung im Jahr 1990 infolge des Zerfalls der Sowjetunion und der Wiedervereinigung

Die bis heute höchste Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz wurde 1990 registriert. In diesem Jahr zogen mehr als 75 000 Personen aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz, die Nettozuwanderung betrug mehr als 43 000 Personen. Dies war vor allem Folge des Zerfalls der Sowjetunion, der Öffnung der Grenzen der mittel- und osteuropäischen Staaten und der Wiedervereinigung. Bis Ende der 2000er-Jahre nahm die Zuwanderung deutlich ab und es gab wiederholt Defizite in der rheinland-pfälzischen Wanderungsbilanz mit dem Ausland.³ Seit 2010 steigt die Nettozuwanderung steil an.

In diesem Beitrag soll die Altersstruktur der Zuwanderinnen und Zuwanderer, ihre regionale Verteilung, die Herkunfts- und Zieländer sowie die Staatsangehörigkeit näher betrachtet werden. Abschließend werden die Hintergründe der aktuellen Entwicklung umrissen.

³ Das Wanderungsdefizit 2008 und der sehr geringe Wanderungsüberschuss 2009 dürften aber auch Folge von Melderegisterbereinigungen gewesen sein.

⁴ Messziffer zur Beschreibung der Altersstruktur einer Bevölkerung. Die Bevölkerung wird in zwei gleich große Gruppen geteilt; 50 Prozent der Bevölkerung sind jünger und 50 Prozent älter als das Medianalter. Die Zunahme des Medianalters einer Bevölkerung bedeutet, dass sie demografisch altert, eine Abnahme, dass sie sich demografisch verjüngt.

Zuwanderinnen und Zuwanderer sind deutlich jünger

Die Zuwanderinnen und Zuwanderer nach Deutschland und Rheinland-Pfalz sind im Durchschnitt wesentlich jünger als die ansässige Bevölkerung. Im Jahr 2013 waren von den aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz zugezogenen Personen 88 Prozent jünger als 50 Jahre.

Zum Vergleich: Lediglich 57 Prozent der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung war 2013 unter 50 Jahre alt. Das Medianalter⁴ der Zuwanderinnen und Zuwanderer über die Bundesgrenze lag 2013 bei 29 Jahren, das der ansässigen Bevölkerung dagegen bei 46 Jahren. Die Fortziehenden sind etwas älter, als die Zuziehenden: Von ihnen waren 84 Prozent unter 50 Jahre alt; das Medianalter lag bei 32 Jahren. Selbst ohne Wanderungsgewinne, würde sich die Bevölkerung durch Zuwanderung also leicht verjüngen.

Das geringere Alter der Zuwanderinnen und Zuwanderer beruht auf der höheren räumlichen Mobilität von Jüngeren. Zudem ist der demografische Wandel in manchen

Die Hälfte aller Zuwanderinnen und Zuwanderer ist 29 Jahre alt oder jünger

Zuwanderung führt zu Verjüngung der Bevölkerung

T 1

Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland 2013 nach Alter

Altersgruppen	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungs-saldo
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Ausland insgesamt	51 656	100	31 564	100	20 092
unter 20 Jahre	9 250	17,9	3 915	12,4	5 335
20 – 30 Jahre	16 820	32,6	9 517	30,2	7 303
30 – 50 Jahre	19 348	37,5	12 940	41,0	6 408
50 – 65 Jahre	5 248	10,2	4 094	13,0	1 154
65 – 75 Jahre	727	1,4	800	2,5	-73
75 Jahre und älter	263	0,5	298	0,9	-35
darunter					
Europäische Union¹	34 087	100	19 899	100	14 188
unter 20 Jahre	4 702	13,8	1 683	8,5	3 019
20 – 30 Jahre	10 629	31,2	5 954	29,9	4 675
30 – 50 Jahre	14 183	41,6	8 792	44,2	5 391
50 – 65 Jahre	3 992	11,7	2 905	14,6	1 087
65 – 75 Jahre	420	1,2	420	2,1	0
75 Jahre und älter	161	0,5	145	0,7	16

1 Aktueller Gebietsstand.

Herkunftsländern noch nicht so weit fortgeschritten wie in Deutschland und in Rheinland-Pfalz.⁵

Zuwanderung mildert die Folgen des demografischen Wandels

Die mit der Zuwanderung einhergehende Verjüngung der Bevölkerung erweist sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland und in Rheinland-Pfalz als Vorteil. Da die Geburtenrate seit

den 70er-Jahren auf sehr niedrigem Niveau liegt, könnte nur eine hohe Nettozuwanderung den Rückgang und die Überalterung der Bevölkerung abmildern. Aber selbst eine über Jahre anhaltende hohe Nettozuwanderung wird den demografischen Wandel in Deutschland und in Rheinland-Pfalz nicht mehr aufhalten können.

Für den demografischen Wandel ist besonders bedeutsam, dass der wanderungsbedingte Verjüngungseffekt den Bevölkerungsanteil an Personen im erwerbsfähigen Alter erhöht. Der Arbeitsmarkt profitiert vor allem von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die in Branchen mit Fachkräftemangel ausgebildet sind und arbeiten können (z. B. in den Gesundheits- und Pflegeberufen). Aber auch der Sozialstaat kann durch Zuwanderung entlastet werden, solange die zusätzlichen Einnahmen aus den Steuer- und Sozialversicherungszahlungen die Transferzahlungen an Zuwanderinnen und Zuwanderer übersteigen.⁶

Der wanderungsbedingte Verjüngungseffekt erhöht den Bevölkerungsanteil an Personen im erwerbsfähigen Alter

Qualifizierte Zuwanderung bietet Chance für Arbeitsmarkt

5 Beispielsweise ist laut Eurostat der Altenquotient, also das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 15- bis unter 65-Jährigen, 2013 in Deutschland mit 31,3 deutlich höher, als etwa in Polen (20,1), Rumänien (23,9) oder Ungarn (25,1).
 Unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tsdde510> (abgerufen am 10.11.2014).

6 Im Schnitt machten die öffentlichen Haushalte bei jedem in Deutschland lebendem Ausländerinnen und Ausländer, hier definiert als Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, 2012 einen Nettogewinn von 3 300 Euro pro Kopf, wie eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigt (vgl. Bonin, H.: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. ZEW Mannheim 2014, vgl. kritisch Sinn, H.: Ökonomische Effekte der Migration. Ifo Schnelldienst 68 01/2015). Auch die befürchtete „Armutszuwanderung“ aus Bulgarien und Rumänien ist bislang nicht zu beobachten. Im Vergleich zu Ausländern insgesamt ist die Arbeitslosen- und SGB-II-Quote bei Bulgaren und Rumänen momentan sogar niedriger. Dennoch wird in mehreren Städten eine unzureichende Arbeitsmarktintegration berichtet (vgl. IAB Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien. Oktober 2014.).

Zuwanderinnen und Zuwanderer zieht es überwiegend nach Trier, Ludwigshafen und Mainz

Von den Menschen, die 2013 nach Deutschland eingewandert sind, zogen 4,2 Prozent nach Rheinland-Pfalz (4,7 Prozent aller „Nettozuwanderer“). Dieser Anteil entspricht ungefähr dem rheinland-pfälzischen Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung (fünf Prozent). Es kamen also nicht überproportional viele Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz.

Wanderungssaldo 2013 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen positiv

Innerhalb von Rheinland-Pfalz verteilten sich die direkt aus dem Ausland zugewanderten Personen unterschiedlich auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Der Saldo aus der Zuwanderung aus dem Ausland und der Abwanderung ins Ausland war in allen kreisfreien Städten und Landkreisen positiv, d. h. 2013 zogen überall mehr Personen aus dem Ausland zu als ins Ausland fort.

Von der hohen Nettozuwanderung über die Bundesgrenze nach Rheinland-Pfalz haben die kreisfreien Städte am stärksten profitiert. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gingen netto 11,1 Zuwanderinnen und Zuwanderer in die kreisfreien Städte und lediglich 2,9 in die Landkreise.

Hauptstandort der rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende sorgt für hohe Nettozuwanderung nach Trier

Besonders auffällig ist der hohe Anteil der kreisfreien Stadt Trier an der gesamten Nettozuwanderung nach Rheinland-Pfalz: Mehr als jeder vierte der gut 20 000 „Nettozuwanderer“ über die Bundesgrenze nach Rheinland-Pfalz zog 2013 nach Trier (28 Prozent). Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen fast 53 Zuwanderinnen und Zuwanderer. Diese außerordentlich hohe Zuwanderung kommt dadurch zustande,

dass die rheinland-pfälzische Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Trier ihren Hauptstandort und eine Außenstelle hat. Außer in Trier gibt es sonst nur noch eine Außenstelle in Ingelheim. Nach maximal drei Monaten Aufenthalt in dieser Erstaufnahmeeinrichtung werden die Asylsuchenden nach einem Schlüssel auf andere Kommunen in Rheinland-Pfalz verteilt. Triers hohe Nettozuwanderung ergibt sich deshalb hauptsächlich durch Zuzüge aus Ländern außerhalb der EU, insbesondere aus Russland (+442), den Balkanstaaten (Bosnien/Herzegowina +228, Kosovo +217, Mazedonien +280, Serbien +441), Asien (Afghanistan +308, Armenien +193, Iran +310, Pakistan +230, Syrien +802) und Afrika (Ägypten +558, Somalia +529).⁷

Werden alle kreisfreien Städte betrachtet, kommen netto 11,1 Zuwanderinnen und Zuwanderer auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, ohne Trier sind es 6,3.

Mehr als Dreiviertel der Zuzüge kommen aus Europa

Die Mehrzahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz kam aus Europa. Im Jahr 2013 wanderten 66 Prozent aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ein, zwölf Prozent kamen aus einem anderen Land Europas. Von allen Zuwanderinnen und Zuwanderern aus dem EU-Ausland kamen die mit Abstand meisten aus Polen (18 Prozent aller Zuzüge). Viele zogen außerdem aus Rumänien (9,5 Prozent), Ungarn (sechs Prozent), Bulgarien (5,7 Prozent) und Italien (fünf Prozent) zu. Aus dem übrigen Europa kamen viele aus Russland (zwei Prozent), der Türkei (1,7 Prozent) und der Schweiz (ein Prozent).

Die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer kommen aus Polen

⁷ Diese Zahlen erfassen die Wanderungen zwischen Trier und dem Ausland. Asylsuchende, die von Trier in andere kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz ziehen, werden in der Binnenwanderungsstatistik als Fortzüge aus Trier erfasst.

T 2

 Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland 2013
 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/ -innen	Anzahl	je 1 000 Einwohner/ -innen	Anzahl	je 1 000 Einwohner/ -innen
Frankenthal (Pfalz), St.	828	17,5	596	12,6	232	4,9
Kaiserslautern, St.	1 900	19,6	1 153	11,9	747	7,7
Koblenz, St.	1 421	12,9	956	8,7	465	4,2
Landau i. d. Pfalz, St.	443	10,2	290	6,7	153	3,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 538	22,0	2 126	13,2	1 412	8,8
Mainz, St.	3 567	17,6	2 344	11,5	1 223	6,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	595	11,4	354	6,8	241	4,6
Pirmasens, St.	383	9,5	235	5,8	148	3,7
Speyer, St.	606	12,2	380	7,6	226	4,5
Trier, St.	7 071	66,3	1 455	13,7	5 616	52,7
Worms, St.	1 711	21,4	969	12,1	742	9,3
Zweibrücken, St.	394	11,6	226	6,6	168	4,9
Ahrweiler	1 285	10,2	835	6,6	450	3,6
Altenkirchen (Ww.)	737	5,7	597	4,6	140	1,1
Alzey-Worms	1 538	12,3	995	8,0	543	4,3
Bad Dürkheim	1 362	10,4	921	7,0	441	3,4
Bad Kreuznach	1 459	9,4	1 074	6,9	385	2,5
Bernkastel-Wittlich	1 357	12,3	853	7,7	504	4,6
Birkenfeld	834	10,3	519	6,4	315	3,9
Cochem-Zell	656	10,4	401	6,3	255	4,0
Donnersbergkreis	484	6,4	422	5,6	62	0,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 577	16,4	933	9,7	644	6,7
Germersheim	1 864	14,9	1 340	10,7	524	4,2
Kaiserslautern	1 064	10,2	997	9,6	67	0,6
Kusel	403	5,6	313	4,4	90	1,3
Mainz-Bingen	2 409	11,9	1 473	7,3	936	4,6
Mayen-Koblenz	1 387	6,6	1 119	5,3	268	1,3
Neuwied	1 266	7,0	982	5,5	284	1,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 020	10,1	877	8,7	143	1,4
Rhein-Lahn-Kreis	1 000	8,2	594	4,9	406	3,3
Rhein-Pfalz-Kreis	1 806	12,2	1 172	7,9	634	4,3
Südliche Weinstraße	1 162	10,7	973	8,9	189	1,7
Südwestpfalz	521	5,4	377	3,9	144	1,5
Trier-Saarburg	1 824	12,7	1 156	8,0	668	4,6
Vulkaneifel	529	8,7	353	5,8	176	2,9
Westerwaldkreis	1 655	8,3	1 204	6,1	451	2,3
Rheinland-Pfalz	51 656	12,9	31 564	7,9	20 092	5,0
kreisfreie Städte	22 457	21,9	11 084	10,8	11 373	11,1
Landkreise	29 199	9,8	20 480	6,9	8 719	2,9
Mittelrhein-Westerwald	10 427	8,4	7 565	6,1	2 862	2,3
Rheinhessen-Nahe	11 518	13,6	7 374	8,7	4 144	4,9
Rhein-Neckar ¹	12 204	14,1	8 152	9,4	4 052	4,7
Trier	12 358	23,8	4 750	9,2	7 608	14,7
Westpfalz	5 149	9,9	3 723	7,2	1 426	2,7

 Gebietsstand: 01.01.2012
 1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Im Vergleich mit den Zuzügen nach Deutschland fällt auf, dass Rheinland-Pfalz anteilig mehr Zuzüge aus EU-Mitgliedsstaaten aufweist (+2,4 Prozentpunkte über dem bundesdurchschnittlichen Anteilswert) und weniger Zuzüge aus dem übrigen Europa (-1,6 Prozentpunkte). Die überproportional vielen Zuzüge aus Luxemburg dürften auf die geografische Nähe zurückzuführen sein (+2,5 Prozentpunkte).

Nur jede fünfte Zuwanderung aus einem Land außerhalb Europas

Der geringere Teil der Zuwanderung kam aus Ländern außerhalb Europas (22 Prozent). Aus Asien zogen elf Prozent zu, aus Amerika 6,4 Prozent, davon allein 3,9 Prozent aus den USA. Aus afrikanischen Ländern kamen 4,3 Prozent und weniger als ein Prozent aus Australien und Ozeanien.

Zuzüge aus Ländern außerhalb Europas kommen meist aus Konfliktgebieten

Im Jahr 2013 kamen zwei Prozent aller Zuzüge aus Syrien, 1,3 Prozent zogen aus Ägypten und 1,2 Prozent aus Somalia zu. Im Vergleich zu Deutschland kamen aus diesen drei Ländern 2013 überproportional viele Zuzüge nach Rheinland-Pfalz: Der Anteil der Zuzüge aus Ägypten lag um 0,8 Prozentpunkte, aus Somalia um 0,9 Prozentpunkte und aus Syrien um 0,5 Prozentpunkte über dem bundesdurchschnittlichen Anteilswert. Wegen der instabilen politischen Lage in allen drei Ländern, dürfte es sich bei diesen Zuzügen zu einem großen Teil um Zuwanderung von Asylsuchenden handeln.

Mehr als Dreiviertel aller Fortzüge führen ins europäische Ausland

Auch die Mehrheit der Fortzüge ging 2013 ins europäische Ausland. In einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union gingen 63 Prozent der Fortzüge, 15 Prozent zogen in ein anderes europäisches Land.

Bei den Fortzügen ins EU-Ausland (und insgesamt) stand Polen mit 16 Prozent an erster Stelle. Polen war somit nicht nur das häufigste Herkunftsland, sondern auch das meistgewählte Ziel von Personen, die von Rheinland-Pfalz ins Ausland zogen. Ferner spiegelt sich die Reihenfolge der bedeutendsten Herkunftsländer auch bei den übrigen Zielländern innerhalb der EU wider: Rumänien (8,3 Prozent), Ungarn (6,1 Prozent), Bulgarien (4,8 Prozent) und Italien (4,2 Prozent).

Polen häufigstes Ziel bei Fortzug

Mehr als die Hälfte aller Fortzüge in europäische Länder, die nicht der EU angehören, ging in nur drei Länder: in die Türkei (4,1 Prozent), in die Schweiz (drei Prozent) und nach Russland (1,4 Prozent).

Der afrikanische und der australische Kontinent waren nur sehr selten Ziel von Fortzügen aus Rheinland-Pfalz. Lediglich 2,3 Prozent aller Fortzüge gingen nach Afrika und nur 0,9 Prozent nach Australien und Ozeanien.

Abgesehen von Europa gehen die meisten Fortzüge über die Bundesgrenze nach Amerika oder Asien: Zehn Prozent der Fortzüge aus Rheinland-Pfalz gingen nach Amerika, wobei allein 6,8 Prozent auf die USA entfielen, und 8,5 Prozent zogen nach Asien.

USA sind häufiges Ziel bei den Fortzügen in ein Land außerhalb Europas

Im Vergleich mit der Verteilung der Fortzüge aus Deutschland ziehen überproportional viele Personen aus Rheinland-Pfalz in das Nachbarland Luxemburg (+2,9 Prozentpunkte über dem bundesdurchschnittlichen Anteilswert), sowie in die USA (+2,7 Prozentpunkte). Die überproportionalen Wanderungsverflechtungen mit den USA könnten mit der regionalen Konzentration von Militärbasen der US-Streitkräfte im Südwesten Deutschlands zusammenhängen.

Aus dem Ausland ziehen 2013 mehr Personen nach Rheinland-Pfalz zu, als fort

Wanderungssalden zeigen, ob aus einem Land mehr oder weniger Menschen ein- als ausgewandert sind. Im Jahr 2013 betrug die Nettozuwanderung aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz 20 092 Personen.

Die Wanderungsverflechtungen zwischen Rheinland-Pfalz und Polen sind zahlenmäßig am bedeutendsten

Aus den EU-Mitgliedsstaaten wanderten 14 188 Menschen mehr nach Rheinland-Pfalz ein, als im gleichen Jahr in ein EU-Land auswanderten. Die meisten „Nettozuwanderer“ kamen dabei aus Polen (Wanderungssaldo: +3 884 Personen), Rumänien (+2 297 Personen), Bulgarien (+1 453 Personen), Italien (+1 249 Personen) und Ungarn (+1 162 Personen).

2013 wandern mehr Personen in die Türkei aus als ein

Aus dem übrigen Europa zogen netto 1 185 Personen nach Rheinland-Pfalz zu, wobei der Wanderungssaldo mit der Schweiz (–411 Personen) und der Türkei (–399 Personen) negativ ausfiel. Seit geraumer Zeit lässt sich beobachten, dass mehr Menschen in die Türkei aus- als von dort zuwandern. Sie waren 2013 überwiegend männlich (62 Prozent) und jünger als 40 Jahre (60 Prozent).

Werden die Wanderungsverflechtungen zwischen Rheinland-Pfalz auf der einen und Afrika bzw. Asien auf der anderen Seite betrachtet, zeigt sich ein positiver Wanderungssaldo. Vom afrikanischen Kontinent zogen 1 505 Personen mehr nach Rheinland-Pfalz zu, als im gleichen Zeitraum fortzogen. Allein aus Ägypten wanderten 613 und aus Somalia 552 mehr Personen nach Rheinland-Pfalz ein, als 2013 dorthin auswanderten.

Aus einem asiatischen Land zogen netto 3 118 Menschen zu, wobei mit 954 viele davon aus dem Bürgerkriegsland Syrien flüchteten. Aus China kamen netto 195 Personen nach Rheinland-Pfalz.

Wenngleich der Wanderungssaldo mit Amerika insgesamt positiv ist, ist der Saldo mit den Vereinigten Staaten negativ (–105 Personen). Auch nach Australien und Ozeanien (–62) wanderten 2013 mehr Personen aus, als im gleichen Jahr zuwanderten.

Größte Nettozuwanderung von polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern

Von den knapp 52 000 Zuwanderinnen und Zuwanderern, die 2013 aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz zuzogen, hatten 5 475 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft (elf Prozent). Da gleichzeitig aber 6 504 Personen (21 Prozent aller Fortzüge) mit deutscher Staatsangehörigkeit aus Rheinland-Pfalz ins Ausland fortzogen, ergibt sich für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ein negativer Wanderungssaldo mit dem Ausland in Höhe von –1 029 Personen. Von den Deutschen, die 2013 von Rheinland-Pfalz ins Ausland zogen, wanderten die meisten in die USA (1 079 Personen), in die Schweiz (784 Personen), nach Frankreich (441 Personen), Österreich (341 Personen) und ins Vereinigte Königreich (326 Personen) aus. Auch die deutschen Auswanderinnen und Auswanderer sind jung: 81 Prozent sind unter 50 Jahre alt.

Elf Prozent aller Einwanderinnen und Einwanderer haben die deutsche Staatsbürgerschaft

Ein negativer Wanderungssaldo war 2013 auch bei türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern festzustellen: Es wanderten mehr Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft aus, als im gleichen Zeitraum nach Rheinland-Pfalz einwanderten (–283 Personen).

In den meisten Fällen ließen sich 2013 jedoch positive Salden beobachten. Die fünf größten Zuwanderergruppen bildeten pol-

T 3

Zu- und Fortzüge nach Rheinland-Pfalz und Deutschland 2013 nach Herkunfts-/Zielland

Herkunfts-/Zielland	Zuzug aus dem Ausland nach				Fortzug ins Ausland aus				Wanderungssaldo	
	Rheinland-Pfalz		Deutschland		Rheinland-Pfalz		Deutschland		Rheinland-Pfalz	Deutschland
	Zuzüge				Fortzüge				Zuzüge-Fortzüge	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Europäische Union ¹	34 087	66,0	779 998	63,6	19 899	63,0	484 822	60,8	14 188	295 176
darunter										
Bulgarien	2 960	5,7	59 323	4,8	1 507	4,8	38 594	4,8	1 453	20 729
Frankreich	1 025	2,0	22 644	1,8	885	2,8	17 180	2,2	140	5 464
Griechenland	1 193	2,3	34 728	2,8	483	1,5	14 215	1,8	710	20 513
Italien	2 566	5,0	60 651	4,9	1 317	4,2	27 903	3,5	1 249	32 748
Kroatien	908	1,8	25 200	2,1	347	1,1	12 753	1,6	561	12 447
Luxemburg	1 428	2,8	3 371	0,3	1 010	3,2	2 648	0,3	418	723
Polen	9 074	17,6	197 009	16,1	5 190	16,4	125 399	15,7	3 884	71 610
Rumänien	4 910	9,5	135 416	11,0	2 613	8,3	85 865	10,8	2 297	49 551
Spanien	1 669	3,2	44 119	3,6	740	2,3	20 324	2,5	929	23 795
Ungarn	3 098	6,0	58 993	4,8	1 936	6,1	34 751	4,4	1 162	24 242
Vereinigtes Königreich	654	1,3	18 724	1,5	599	1,9	16 685	2,1	55	2 039
Übriges Europa	6 012	11,6	161 381	13,2	4 827	15,3	130 956	16,4	1 185	30 425
darunter										
Russische Föderation	1 052	2,0	33 233	2,7	435	1,4	14 810	1,9	617	18 423
Schweiz	532	1,0	17 923	1,5	943	3,0	26 957	3,4	-411	-9 034
Türkei	897	1,7	26 390	2,2	1 296	4,1	33 644	4,2	-399	-7 254
Afrika	2 223	4,3	53 393	4,4	718	2,3	23 593	3,0	1 505	29 800
darunter										
Ägypten	672	1,3	6 218	0,5	59	0,2	2 488	0,3	613	3 730
Somalia	600	1,2	4 054	0,3	48	0,0	460	0,1	552	3 594
Amerika	3 315	6,4	63 905	5,2	3 156	10,0	58 414	7,3	159	5 491
darunter										
Vereinigte Staaten	2 031	3,9	31 418	2,6	2 136	6,8	32 354	4,1	-105	-936
Asien	5 797	11,2	154 424	12,6	2 679	8,5	85 525	10,7	3 118	68 899
darunter										
China	692	1,3	23 041	1,9	497	1,6	16 009	2,0	195	7 032
Syrien	1 033	2,0	18 789	1,5	79	0,3	1 851	0,2	954	16 938
Australien und Ozeanien	220	0,4	7 344	0,6	282	0,9	7 397	0,9	-62	-53
Sonstige ²	2	0,0	6 051	0,5	3	0,0	7 182	0,9	-1	-1 131
Insgesamt	51 656	100	1 226 496	100	31 564	100	797 889	100	20 092	428 607

1 Aktueller Gebietsstand.

2 Unbekannt, ungeklärt, ohne Angabe etc.

T 4

Zu- und Fortzüge nach Rheinland-Pfalz 2013 nach Staatsangehörigkeit

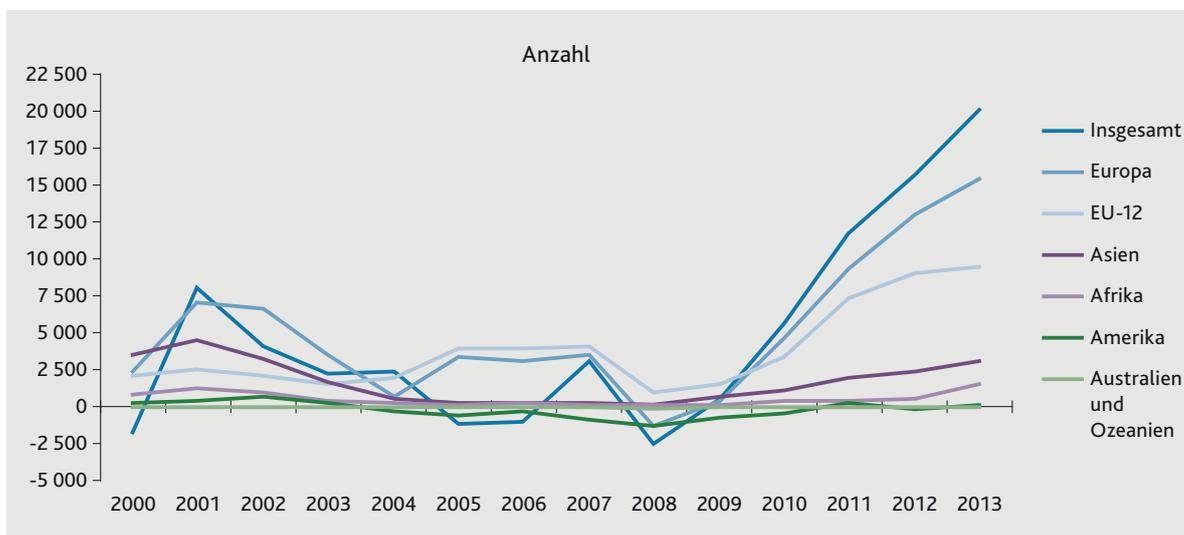
Land der Staatsangehörigkeit	Zuzug aus dem Ausland			Fortzug ins Ausland			Wanderungssaldo		
	Staatsangehörigkeit	Herkunftsland	Differenz	Staatsangehörigkeit	Zielland	Differenz	Staatsangehörigkeit	Herkunfts-/Zielland	Differenz
	Anzahl			Anzahl			Anzahl		
Europäische Union ¹	36 206	34 087	2 119	23 455	19 899	3 556	12 751	14 188	-1 437
darunter									
Bulgarien	3 015	2 960	55	1 536	1 507	29	1 479	1 453	26
Frankreich	545	1 025	-480	395	885	-490	150	140	10
Griechenland	1 098	1 193	-95	457	483	-26	641	710	-69
Italien	2 039	2 566	-527	1 150	1 317	-167	889	1 249	-360
Kroatien	912	908	4	341	347	-6	571	561	10
Luxemburg	914	1 428	-514	516	1 010	-494	398	418	-20
Polen	8 883	9 074	-191	5 009	5 190	-181	3 874	3 884	-10
Rumänien	5 104	4 910	194	2 665	2 613	52	2 439	2 297	142
Spanien	987	1 669	-682	385	740	-355	602	929	-327
Ungarn	3 126	3 098	28	1 940	1 936	4	1 186	1 162	24
Vereinigtes Königreich	384	654	-270	255	599	-344	129	55	74
Übriges Europa	5 668	6 012	-344	3 741	4 827	-1 086	1 927	1 185	742
darunter									
Russische Föderation	991	1 052	-61	383	435	-52	608	617	-9
Schweiz	83	532	-449	65	943	-878	18	-411	429
Türkei	780	897	-117	1 063	1 296	-233	-283	-399	116
Afrika	2 169	2 223	-54	566	718	-152	1 603	1 505	98
darunter									
Ägypten	642	672	-30	36	59	-23	606	613	-7
Somalia	604	600	4	51	48	3	553	552	1
Amerika	2 068	3 315	-1 247	1 621	3 156	-1 535	447	159	288
darunter									
Vereinigte Staaten	1 163	2 031	-868	985	2 136	-1 151	178	-105	283
Asien	5 382	5 797	-415	2 054	2 679	-625	3 328	3 118	210
darunter									
China	632	692	-60	423	497	-74	209	195	14
Syrien	1 062	1 033	29	94	79	15	968	954	14
Australien und Ozeanien	86	220	-134	96	282	-186	-10	-62	52
Sonstige ²	77	2	75	31	3	28	46	-1	47
Insgesamt	51 656	51 656	0	31 564	31 564	0	20 092	20 092	0

1 Aktueller Gebietsstand.

2 Unbekannt, ungeklärt, ohne Angabe etc.

G 2

Wanderungssalden zwischen Rheinland-Pfalz und ausgewählten Ländergruppen 2000–2013



nische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (+3 874 Personen), gefolgt von rumänischen (+2 439 Personen), bulgarischen (+1 479 Personen), ungarischen (+1 186 Personen) und syrischen (+968) Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern.

Herkunftsland
und Staatsangehörigkeit nicht
immer identisch

Das Herkunftsland und das Land, deren Staatsangehörigkeit eine Person besitzt, muss nicht identisch sein. Durch die Regelungen über die Personenfreizügigkeit können sich EU-Bürger sowie Staatsangehörige von Island, Liechtenstein und Norwegen frei innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) bewegen. Wird von einem Land zum nächsten weitergewandert, ist das ein Grund, warum das Land der Staatsangehörigkeit vom Herkunftsland abweichen kann.

Beim Vergleich der Zuzüge nach der Staatsbürgerschaft mit den Zuzügen nach dem Herkunftsland für 2013, lassen sich bei einigen Ländern Abweichungen erkennen. Negative Differenzen könnten darauf hindeuten, über welche Länder etappenweise Wanderungsströme verlaufen. Beispielsweise sind 987 Spanier nach Rheinland-Pfalz

zu- und 385 fortgezogen. Netto wanderten somit 602 spanische Bürger ein. Im gleichen Jahr sind 1 669 Personen aus Spanien nach Rheinland-Pfalz ein- und 740 ausgewandert. Der Wanderungssaldo mit Spanien belief sich auf 929 Personen, von denen mehr als jede bzw. jeder Dritte keine spanische Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger war (mindestens 327 Personen).

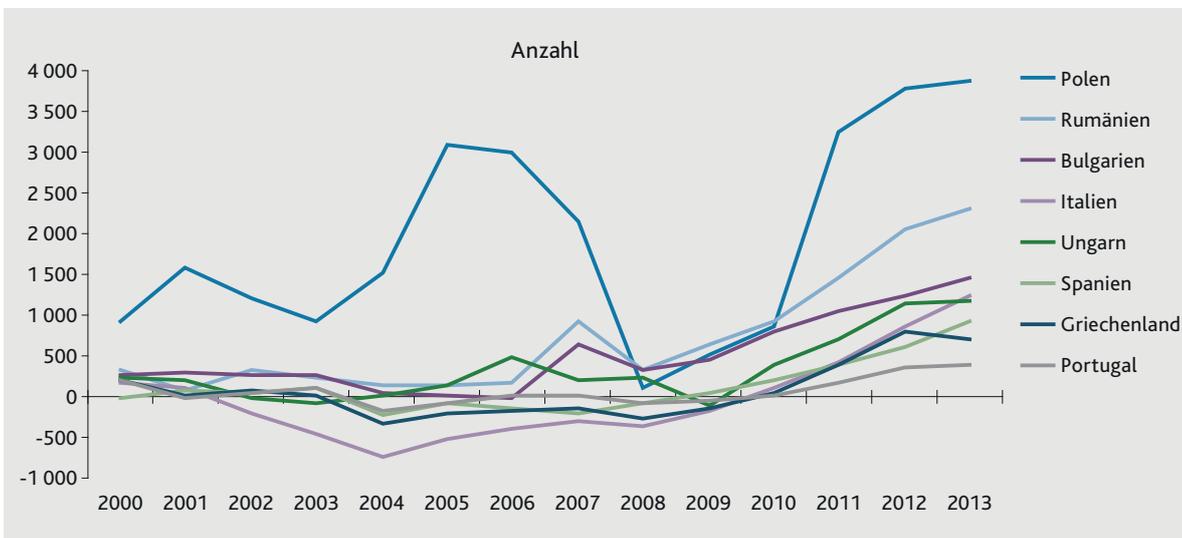
Auch aus Griechenland, Italien, Luxemburg, Polen, Russland und Ägypten kamen netto mehr Personen nach Rheinland-Pfalz, als „Nettozuwanderer“ mit der jeweiligen Staatsangehörigkeit.

Gleichzeitig waren 2013 netto mehr Personen mit entsprechender Staatsbürgerschaft, aber nicht mit entsprechendem Herkunftsland nach Rheinland-Pfalz aus Ländern wie Bulgarien, Rumänien, Ungarn oder Großbritannien eingewandert.

Während weniger Menschen aus der Schweiz einwanderten, als dorthin auswanderten (–411 Personen), zogen mehr Schweizer nach Rheinland-Pfalz zu als fort (+18). Auch für die Vereinigten Staaten ist der Wanderungs-

G 3

Wanderungssalden zwischen Rheinland-Pfalz und ausgewählten Ländern 2000–2013



saldo US-amerikanischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger positiv (+178), während mehr Personen in die USA fort-, als von dort nach Rheinland-Pfalz zuzogen. Für die Türkei fallen beide Salden negativ aus: Es zogen mehr Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit aus Rheinland-Pfalz fort, als zu (-283 Personen) und es wanderten mehr Personen von Rheinland-Pfalz in die Türkei aus, als ein (-399 Personen).

Internationale politische und ökonomische Entwicklungen erhöhen die Nettozuwanderung

Seit 2014 gilt die Freizügigkeit für Bürger von 27 der insgesamt 28 EU-Staaten

Der seit 2010 zu beobachtende steile Anstieg der Nettozuwanderung hat verschiedene Ursachen. Die Betrachtung der Nettozuwanderung nach Ländergruppen zeigt, dass die Entwicklung von der Zuwanderung aus Europa dominiert wird. Während die Nettozuwanderung aus Asien, Afrika, Amerika und Australien auf vergleichsweise niedrigem Niveau nur langsam stieg, hat die europäische Binnenmigration deutlich zugenommen.

Die Wanderungsbewegungen innerhalb Europas haben u. a. durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die seit 2011 bzw. 2014 für die mittel- und osteuropäischen Länder gilt, die 2004 und 2007 der EU beigetreten waren, deutlich an Dynamik gewonnen. Da es in Deutschland gute Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten gibt, stieg die Zuwanderung aus den ökonomisch schwächeren EU-Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas: Nachdem die Nettozuwanderung der 2004 und 2007 beigetretenen EU-Staaten (EU-12) im Jahr 2000 noch bei gut 2 100 Personen lag, steigerte sie sich von 2005-2007 auf annähernd 4 000 Personen pro Jahr. Nach einem kurzen Einbruch 2008 und 2009 stieg der Wanderungssaldo dieser EU-Länder im Jahr 2013 auf mehr als 9 500 Personen an.

Für die seit 2010 gestiegene Nettozuwanderung nach Deutschland und Rheinland-Pfalz sorgte auch die sogenannte „Eurokrise“, die vor allem die südeuropäischen Mitgliedsstaaten der Eurozone Griechenland, Italien, Portugal und Spanien traf. Nach aktuellen

Anstieg der Nettozuwanderung durch Eurokrise

Ergebnissen der Migrationsforschung kam es durch die Krise zu einer Verlagerung der Wanderungsströme.⁸ So haben insbesondere Auswanderinnen und Auswanderer aus Bulgarien und Rumänien, die südeuropäische Staaten (insbesondere Italien und Spanien) als Zielländer bevorzugen, diese Länder wegen der Wirtschaftskrise gemieden oder sind weitergewandert. Ein großer Teil entschied sich für Deutschland, da die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage hier vergleichsweise günstig ist.

Wie lange der Strom an Zuwanderinnen und Zuwanderern nach Deutschland und Rheinland-Pfalz so stark bleiben wird, ist nicht nur von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den Herkunftsländern und in Deutschland abhängig, sondern auch davon, wie sich die Volkswirtschaften anderer potenzieller Zielländer künftig entwickeln werden.

Die Konflikte in Ägypten, Somalia und Syrien tragen zur hohen Zuwanderung bei

Auch die weitere Entwicklung der Konflikte in Afrika und Asien, die ebenfalls einen Anstieg der Nettozuwanderung bewirkten, ist nicht vorhersehbar. In Somalia zwangen Hungersnot, Bombenanschläge und Selbstmordattentate bereits viele Menschen zur Flucht. Ägypten ist seit dem „Arabischen Frühling“ durch teils gewalttätige Auseinandersetzungen geprägt. Auch in Syrien hat der „Arabischer Frühling“ zu politischer Instabilität und einem Bürgerkrieg geführt, der eine massive Flüchtlingswelle ausgelöst hat.

Fazit

Die Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz war 2013 so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Der Anstieg der Nettozuwanderung wurde

⁸ Bertoli, S./Brücker, H./Fernandez-Huertas Moraga, J.: The European Crisis and Migration to Germany: Expectations and the Diversion of Migration Flows. IZA Discussion Paper No. 7170 (2013).

Freizügigkeit

Das im Freizügigkeitsgesetz/EU umgesetzte Recht der Europäischen Union gewährt Unionsbürgern, also den Staatsangehörigen der EU-Mitglieder und ihren (unter Umständen einem Drittstaat angehörenden) Familienangehörigen grundsätzlich Personenfreizügigkeit (Recht auf Einreise und Aufenthalt). Dies schließt den Anspruch auf Gleichbehandlung sowie die Rechte ein, den Arbeitsplatz frei zu wählen und sich an einem beliebigen Ort eines anderen Mitgliedsstaates niederzulassen. Freizügigkeitsberechtigt sind Arbeitnehmer/-innen, Erbringer/-innen und Empfänger/-innen von Dienstleistungen, niedergelassene selbstständige Erwerbstätige, die Familienangehörigen dieser Personen sowie Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die ein Daueraufenthaltsrecht erworben haben. Nichterwerbstätige Unionsbürger/-innen und Studierende sind dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel für sich und ihre Familienangehörigen verfügen.

Seit dem 1. Mai 2011 gilt für Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn sowie Malta und Zypern die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit; seit dem 1. Januar 2014 auch für Rumänien und Bulgarien. Für Kroatien, das sich nach seinem Zutritt zur EU am 1. Juli 2013 derzeit in der dreistufigen Übergangsphase befindet, wird die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit erst 2020 gelten.

Für Arbeitnehmer/-innen aus Rumänien und Bulgarien galten für die Dauer der Übergangsregelungen bis zum 31. Dezember 2013 die bisherigen Grundlagen des Arbeitsgenehmigungsrechts grundsätzlich weiter. Sie benötigten für Tätigkeiten, für die noch die Arbeitserlaubnispflicht galt, eine Arbeitserlaubnis-EU. Als Unionsbürger/-innen benötigten sie jedoch weder ein Visum für die Einreise noch einen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt. Ihre Zugangsmöglichkeiten waren jedoch nach nationalem Recht zum 1. Januar 2012 nochmals erweitert worden, insbesondere für Akademiker/-innen und Fachkräfte sowie für Auszubildende und Saisonarbeiter/-innen. Beschränkungen bestanden deshalb auch vor dem 1. Januar 2014 nur noch im Bereich geringqualifizierter Tätigkeiten.¹

Im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gilt Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht nur für EU-Mitglieder, sondern mit Ausnahme der Schweiz auch für die Mitglieder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) Island, Liechtenstein und Norwegen. Die 31 Staaten des EWR bilden den größten Binnenmarkt der Welt.²

¹ Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2012), S. 34 ff..

² www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertraege/Pdf/EWR_Abkommen.pdf (abgerufen am 06.01.2015).

vor allem durch Wanderungsbewegungen aus Europa verursacht. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit für mittel- und osteuropäische EU-Länder, die Krise in Südeuropa und die vergleichsweise gute Wirtschaftslage in Deutschland, aber auch verschiedene Konflikte im Ausland bedingten die hohen Wanderungsgewinne von Rheinland-Pfalz gegenüber dem Ausland. Die „Nettozuwanderer“ bevorzugten die kreisfreien Städte gegenüber den Landkreisen und waren im Vergleich zur rheinland-pfälzischen Bevölkerung wesentlich jünger.

Dauer der hohen Nettozuwanderung ungewiss

Die weitere Entwicklung der Nettozuwanderung nach Rheinland-Pfalz ist nur schwer abzusehen. Die starke Zuwanderung der letzten Jahre beruht auf Faktoren, wie der Wirtschaftskrise in Südeuropa, von denen niemand sagen kann, wie lange sie anhalten wird. Außerdem dürften die hohen Zuwanderungsströme langfristig abnehmen, wenn die europäische Binnenmigration zu einem Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen den Ländern führt.⁹ Zu bedenken ist, dass die Zuwanderinnen und Zuwanderer keineswegs für immer in Deutschland bleiben, sondern bei besseren Verdienst- und Beschäftigungsaussichten in ein anderes Land weiterziehen.¹⁰ Darüber hinaus ist das Zuwanderungspotenzial aus anderen europäischen Ländern (vor allem in Mittel- und Osteuropa) auf längere Sicht begrenzt. Viele die-

EU-Mitglieder (aktueller Gebietsstand) nach Beitrittsjahr (EU-28)

EU-15

- 1952: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
- 1973: Dänemark, Vereinigtes Königreich, Irland
- 1982: Griechenland
- 1986: Portugal, Spanien
- 1995: Finnland, Österreich, Schweden

EU-12

- 2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
- 2007: Bulgarien, Rumänien
- 2013: Kroatien

ser Länder sehen sich – etwas zeitversetzt – ähnlichen demografischen Wandlungsprozessen gegenüber wie Deutschland. Sollten die Wanderungsgewinne von längerer Dauer sein, würde diese Entwicklung jedenfalls dazu beitragen, die Probleme durch den demografischen Wandel in Rheinland-Pfalz abzumildern.

Sofie Jedinger, M.A., ist als Referentin im Referat „Analysen“ tätig.

9 Vgl. Brücker, H. et al.: Fachkräftebedarf in Deutschland. Zur kurz- und langfristigen Entwicklung von Fachkräfteangebot und -nachfrage, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. IAB Stellungnahme 1 (2013).

10 Vgl. Ette, A./Heß, B./Sauer, L.: Fachkräftemangel und Zuwanderung: Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung aktuell 35:4 (2014). S. 9–15.

Straßenverkehrsunfälle 2013

Zahl der Getöteten erreicht historischen Tiefstand



Von Dr. Dirk Schneider

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 132 500 Straßenverkehrsunfälle polizeilich erfasst. Darunter befanden sich 14 300 Unfälle mit Personenschaden, bei 161 Unfällen verloren insgesamt 174 Personen ihr Leben. Dies ist der niedrigste Wert seit Einführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1953. Die häufigste Ursache der Unfälle mit Getöteten war eine nicht angepasste Geschwindigkeit, in deren Folge 95 Menschen starben.

Sicherheit im Straßenverkehr als wichtiges Ziel

Vorgabe der Europäischen Kommission: Verringerung der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 um die Hälfte

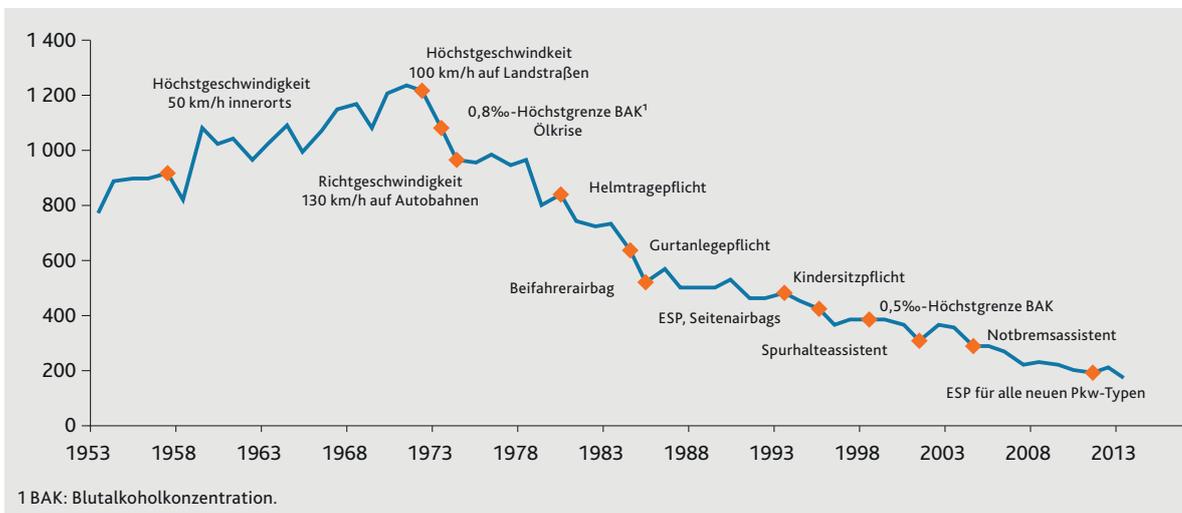
Straßenverkehrsunfälle können gravierende Schäden hervorrufen. Diese treffen in jedem Fall die Beteiligten selbst, sie haben aber vielfach auch Auswirkungen auf die Angehörigen der Beteiligten bis hin zu Auswirkungen für die Gesellschaft. Die Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr stellt daher ein wichtiges Ziel dar. Ein besonderer Augenmerk wird regelmäßig darauf gerichtet, die schlimmsten Unfallfolgen einzudämmen, sprich die Zahl der Getöteten und der Schwerverletzten im Straßenverkehr zu senken. Diesbezüglich wurden in der Vergangenheit in Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz deutliche Fortschritte erzielt, die zugleich Ansporn dafür sind, weitere Verbesserungen der Verkehrssicherheit zu fordern. Die Leitlinien der Europäischen

Kommission im Bereich der Verkehrssicherheit 2011 bis 2020 geben die ambitionierte Zielsetzung vor, die Zahl der Verkehrstoten auf europäischen Straßen bis zum Jahr 2020 um die Hälfte zu reduzieren. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2011 des Bundesministeriums für Verkehr,

Datengrundlage

Die Bundesregierung hat gemäß einem Beschluss des Bundestages vom 14. Juni 1973 jährlich einen Unfallverhütungsbericht für den Straßenverkehr zu erstellen. Gegenstand dieses Berichtes ist zum einen die Darstellung des Standes und der Entwicklung der Straßenverkehrssicherheit in Deutschland und zum anderen die Darstellung der bereits umgesetzten und der geplanten zukünftigen Maßnahmen. Die einschlägige Datengrundlage dieses Berichts bildet die Bundesstatistik der Straßenverkehrsunfälle.

G 1 Getötete im Straßenverkehr 1953–2013



Bau und Stadtentwicklung¹ fordert auf Basis der Leitlinien der Europäischen Kommission die Zahl der in Deutschland im Straßenverkehr Getöteten bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Die Bundesregierung hat gemäß einem Beschluss des Bundestages vom 14. Juni 1973 jährlich einen Unfallverhütungsbericht für den Straßenverkehr zu erstellen. Gegenstände des Berichts sind zum einen die Darstellung des Standes und der Entwicklung der Straßenverkehrssicherheit in Deutschland und zum anderen die Darstellung der bereits umgesetzten und der geplanten zukünftigen Maßnahmen. Die einschlägige Datengrundlage dieses Berichts bildet die Bundesstatistik der Straßenverkehrsunfälle.

Zahl der Verkehrstoten auf historischem Tiefstand

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 132 500 Straßenverkehrsunfälle polizeilich erfasst. Darunter befanden sich 14 300 Unfälle mit Personenschaden und darunter wiederum waren 161 Unfälle mit Getöteten. Bei diesen Unfällen verloren 174 Menschen ihr Leben. Damit ist die Zahl der bei Straßen-

¹ Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde mittels eines Organisationserlasses der Bundeskanzlerin mit Wirkung zum 17. Dezember 2013 zum Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur umstrukturiert.

Statistik der Straßenverkehrsunfälle

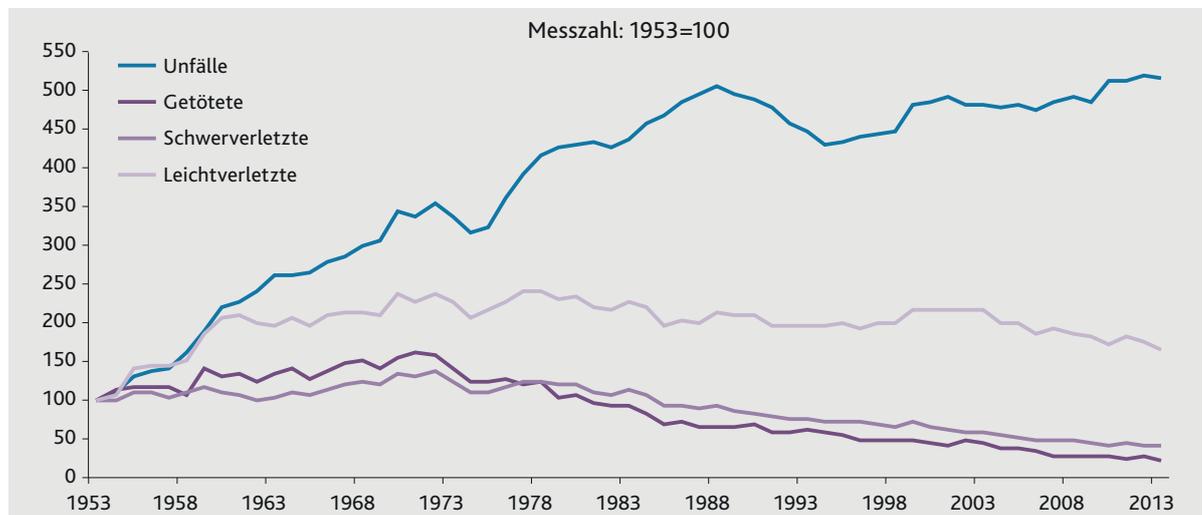
Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle wurde erstmals für das Jahr 1953 erhoben. Sie ist aktuell in § 1 des Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (StVUnfStatG) angeordnet und wird monatlich als dezentrale Bundesstatistik erstellt. Die Statistik ist eine Vollerhebung. Es werden alle Straßenverkehrsunfälle abgebildet, die infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Deutschland entstanden sind und die von der Polizei aufgenommen wurden. Nicht erfasst sind dementsprechend alle Unfälle, die nicht der Polizei angezeigt wurden, z. B. weil die Beteiligten sich untereinander gütlich geeinigt haben.

Datengrundlage der Statistik bilden die Unterlagen der Polizeidienststellen aus den Unfallaufnahmen sowie für die fahrzeugbezogenen Merkmale nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 StVUnfStatG das Zentrale Fahrzeugregister. In Rheinland-Pfalz werden die Daten aus den Unfallaufnahmen vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur in elektronischer Form an das Statistische Landesamt übersandt. Die fahrzeugbezogenen Merkmale werden vom Kraftfahrt-Bundesamt separat an die Statistischen Landesämter übermittelt.

Die Statistik bietet Angaben zu den Unfällen, den Beteiligten, den Fahrzeugen, den Verunglückten und den Unfallursachen sowie zur Zahl der Benutzerinnen bzw. Benutzer der am Unfall beteiligten Fahrzeuge. Für Unfälle, bei denen wenigstens eine Person getötet oder verletzt worden ist, sowie für schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden ist die Anzahl der erhobenen Merkmale größer als bei den übrigen Unfällen. Es ist davon auszugehen, dass diese Unfälle in der Statistik vollständig enthalten sind und die abgebildeten Merkmale eine hohe Qualität besitzen. Diese Angaben stehen u. a. in der Gliederung nach Ortslage, nach der Art der Verkehrsbeteiligung sowie nach Altersgruppen und Geschlecht zur Verfügung.

G 2

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte 1953–2013



verkehrsunfällen Getöteten in Rheinland-Pfalz – wie auch in Deutschland insgesamt – auf einem historischen Tiefstand angekommen. Seit der Einführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1953 nimmt die Anzahl der im Laufe eines Jahres Getöteten von der Tendenz her ab. Zuletzt betrug die Zahl der Verkehrstoten noch 23 Prozent des Wertes von 1953. Dies ist auf die stetigen Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit zurückzuführen. Ungeachtet dessen sind weitere Anstrengungen vonnöten, um die genannten Zielvorgaben zu erreichen.²

Etwa jeder neunte Unfall endet mit Personenschaden

Unfallkategorie zeigt schwerste Folge des Unfalls

Auskunft über die Folgen und die Schwere der Unfälle geben die sogenannten Unfallkategorien. In der Praxis werden sechs Unfallkategorien verwendet (siehe Textkasten). Demnach sind Unfälle zunächst in Personenschaden und Sachschaden zu

klassifizieren. Bei Unfällen mit mehreren Folgen ist jeweils die schwerste Folge für die Zuordnung des Unfalls zu einer Kategorie maßgebend. Wurde durch einen Unfall sowohl ein Personen- als auch ein Sachschaden verursacht, so wird dieser als ein Unfall mit Personenschaden gewertet, da der Personenschaden die schwerere Unfallfolge ist. Unfälle mit Sachschaden sind demnach stets als „Unfälle mit nur Sachschaden“ zu interpretieren. In den weitaus meisten Fällen sind Unfälle nur mit Sachschaden verbunden. Im Jahr 2013 endeten 89 Prozent aller Unfälle mit nur Sachschaden und elf Prozent aller Unfälle mit Personenschaden.

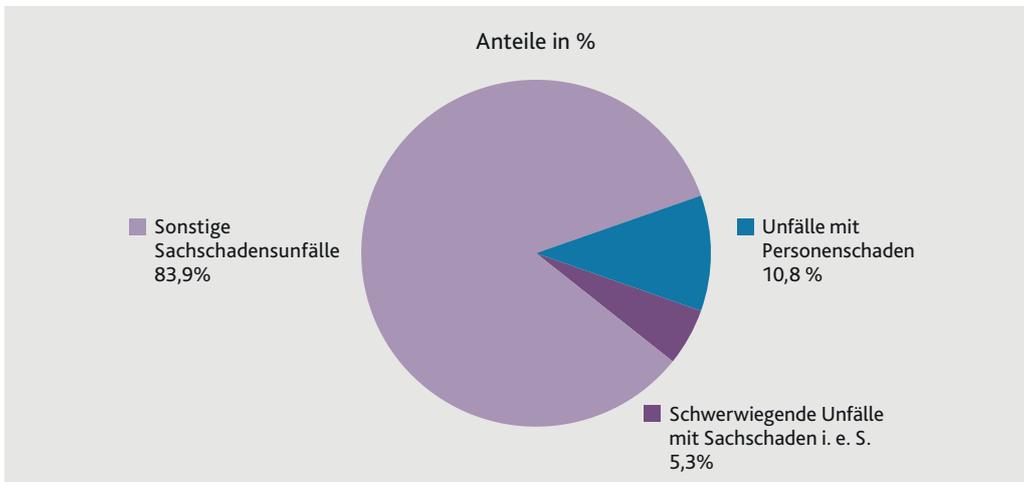
Zu den Unfällen mit Personenschaden gehören die Unfälle mit Getöteten, mit Schwerverletzten und mit Leichtverletzten. Im Jahr 2013 wurden 11 040 Unfälle mit Leichtverletzten, 3 080 Unfälle mit Schwerverletzten und 161 Unfälle mit Getöteten verzeichnet. Damit wurden bei 0,1 Prozent aller Unfälle Menschen getötet, bei 2,3 Prozent schwer- und bei 8,3 Prozent leichtverletzt. Innerhalb von Ortschaften ereigneten sich 8 290 bzw. 58 Prozent aller Unfälle mit Per-

125 Unfälle mit Getöteten außerhalb von Ortschaften

² Vgl. dazu: Vorndran, Ingeborg: Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2012. In: Wirtschaft und Statistik August 2013. S. 578–591. Vgl. dazu ferner: Bericht über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr 2012 und 2013. In: Deutscher Bundestag. Drucksache 18/2420.

G 3

Straßenverkehrsunfälle 2013 nach Unfallkategorien



Unfallkategorien

Eine Unfallkategorie ist die schwerste Unfallfolge eines Verkehrsunfalls. Es werden die folgenden sechs Kategorien unterschieden:

1. **Unfall mit Getöteten:** Unfall mit Personenschaden, bei dem mindestens ein Verkehrsteilnehmer getötet wurde.
2. **Unfall mit Schwerverletzten:** Unfall mit Personenschaden, bei dem mindestens ein Verkehrsteilnehmer schwerverletzt, aber kein Verkehrsteilnehmer getötet wurde.
3. **Unfall mit Leichtverletzten:** Unfall mit Personenschaden, bei dem mindestens ein Verkehrsteilnehmer leichtverletzt, aber kein Verkehrsteilnehmer schwerverletzt oder getötet wurde.
4. **Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne:** Unfall mit nur Sachschaden, bei dem die Ursache ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit ist, für die die Ahndung mit einem Bußgeld vorgesehen ist, und bei dem mindestens ein Kraftfahrzeug nicht mehr fahrbereit ist.
5. **Sonstiger Sachschadensunfall:** Unfall mit nur Sachschaden, der weder ein schwerwiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne noch ein sonstiger Sachschadensunfall unter dem Einfluss berauschender Mittel ist.

Positiv abgegrenzt ist ein sonstiger Sachschadensunfall einer der drei folgenden Unfälle:

- Unfall mit nur Sachschaden, der im Verwargeldverfahren abgeschlossen werden konnte – unabhängig von der Fahrbereitschaft der beteiligten Kraftfahrzeuge.
 - Unfall mit nur Sachschaden, bei dem die Ursache ein Straftatbestand, aber nicht die Einwirkung von Alkohol und anderen berauschenden Mitteln, ist und bei dem alle beteiligten Kraftfahrzeuge noch fahrbereit waren.
 - Unfall mit nur Sachschaden, bei dem die Ursache ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit ist, für die die Ahndung mit einem Bußgeld vorgesehen ist, und bei dem alle beteiligten Kraftfahrzeuge noch fahrbereit waren.
6. **Sonstiger Sachschadensunfall unter dem Einfluss berauschender Mittel:** Unfall mit nur Sachschaden, bei dem mindestens ein Unfallbeteiligter unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln stand, und bei dem alle beteiligten Kraftfahrzeuge nach dem Unfall noch fahrbereit waren.

sonenschaden. Dies ist vermutlich dadurch zu erklären, dass innerhalb von Ortschaften ein höheres Verkehrsaufkommen zu verzeichnen ist und infolgedessen ein höheres Unfallpotenzial existiert. Die meisten Unfälle mit Getöteten hingegen treten außerhalb von Ortschaften auf. Im Jahr 2013 waren dies 125 Unfälle bzw. knapp 78 Prozent aller Unfälle mit Getöteten. Ursächlich hierfür dürfte sein, dass die gefahrenen Geschwindigkeiten außerhalb von Ortschaften höher sind und das Verletzungsrisiko mit zunehmender Geschwindigkeit steigt. Mehr als 86 Prozent der Unfälle mit Getöteten außerhalb von Ortschaften waren den Landstraßen zuzurechnen, die Übrigen den Autobahnen.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden: 5,2 Prozent aller Unfälle mit Sachschaden

Unfälle mit Sachschaden können schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne, sonstige Sachschadensunfälle und sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sein.³ Am häufigsten ist ein Unfall mit Sachschaden der Kategorie der sonstigen Sachschadensunfälle zuzurechnen. Im Jahr 2013 wurden 111 135 sonstige Sachschadensunfälle, 6 200 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne sowie 860 sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel registriert. Der Anteil der sonstigen Sachschadensunfälle an allen Unfällen mit Sachschaden betrug folglich 94 Prozent. Die sonstigen Sachschadensunfälle sind damit gleichzeitig auch die insgesamt häufigste Unfallkategorie (84 Prozent aller Unfälle). In den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik wird aber stets ein besonderes Augenmerk auf die Unfälle mit Personenschaden und die schwerwiegenden

Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne gerichtet. Einerseits sind die Daten darüber von größerem persönlichen und gesellschaftlichen Interesse, andererseits ist die Datenlage exakter, da die Genauigkeit der Unfallaufnahme mit der Schwere der Unfälle steigt.

Rund 60 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden durch Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug

In der Praxis werden zehn Unfallarten unterschieden (siehe Textkasten). Die Unfallart unterscheidet vereinfacht dargestellt zwischen einem Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, einem Zusammenstoß zwischen einem Fahrzeug und einem Fußgänger, einem Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn, einem Abkommen von der Fahrbahn und einem Unfall anderer Art. Am häufigsten liegt ein Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug vor, und zwar in den meisten Fällen mit einem solchen, der einbiegt oder kreuzt. Im Jahr 2013 waren 8 625 bzw. 60 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden ein Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug. Darunter befanden sich 3 320 Fälle eines Zusammenstoßes mit einbiegenden oder kreuzenden Verkehrsteilnehmern. Am zweithäufigsten ist mit 2 740 Unfällen bzw. 19 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden ein Abkommen von der Fahrbahn gegeben. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen (1 660) um ein Abkommen nach rechts.

Die Häufigkeit der einzelnen Unfallarten ist abhängig von der Ortslage des Unfalls. Dies bedeutet, dass einige Unfallarten innerhalb und andere Unfallarten überwiegend außerhalb von Ortschaften auftreten. Ein Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das einbiegt oder kreuzt,

Unfallart informiert über Unfallhergang

Häufigste Unfallart innerhalb von Ortschaften: Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das einbiegt oder kreuzt

³ In Veröffentlichungen der amtlichen Statistik werden die sonstigen Sachschadensunfälle häufig mit den Sachschadensunfällen unter dem Einfluss berauschender Mittel aggregiert, so dass die Unfälle mit Sachschaden dann nur in zwei Kategorien geführt werden.

Unfallarten

Die Unfallart beschreibt die wirkliche Kollision oder, sofern es keine Kollision gegeben hat, die erste mechanische Einwirkung auf einen Verkehrsteilnehmer. Es werden die folgenden Unfallarten unterschieden:

1. **Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht:** Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das nicht verkehrsbedingt anfährt oder anhält oder das am Fahrbahnrand, auf einem Seitenstreifen, auf einem Gehweg oder auf einem Parkplatz hält oder parkt.
2. **Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das vorausfährt oder wartet:** Zusammenstoß durch Auffahren auf ein Fahrzeug, das selbst noch fuhr oder verkehrsbedingt hielt.
3. **Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das seitlich in gleicher Richtung fährt:** Zusammenstoß durch Streifen beim Nebeneinanderfahren oder durch Schneiden beim Fahrstreifenwechsel.
4. **Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das entgegenkommt:** Zusammenstoß im Begegnungsverkehr, ohne dass ein Kollisionspartner die Absicht hatte, über die Gegenspur abzubiegen.
5. **Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das einbiegt oder kreuzt:** Zusammenstoß mit dem Querverkehr und Zusammenstoß mit einem Fahrzeug, das aus einer anderen Straße, einem anderen Weg oder einem anderen Grundstück einbiegt oder dorthin abbiegen möchte.
6. **Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger:** Zusammenstoß mit Personen, jedoch nicht mit Personen, die sich arbeitsbedingt auf der Fahrbahn aufhalten oder die in enger Verbindung zu einem anderen Fahrzeug stehen.
7. **Aufprall auf ein Hindernis auf der Fahrbahn:** Aufprall z. B. auf einen umgestürzten Baum, auf Steine, auf verlorene Fracht oder auf freilaufende Tiere oder Wild.
8. **Abkommen von der Fahrbahn nach rechts:** Abkommen von der Fahrbahn nach rechts, ohne dass es zu einem Zusammenstoß mit anderen Verkehrsteilnehmern gekommen ist.
9. **Abkommen von der Fahrbahn nach links:** Abkommen von der Fahrbahn nach links, ohne dass es zu einem Zusammenstoß mit anderen Verkehrsteilnehmern gekommen ist.
10. **Unfall anderer Art:** Alle Unfälle, die sich nicht den Unfallarten 1 – 9 zuordnen lassen.

gend innerhalb von Ortschaften anzutreffen, da dort mehr Kreuzungen passiert werden als außerhalb von Ortschaften. Im Jahr 2013 wurden innerhalb von Ortschaften 2 460 bzw. 74 Prozent aller Zusammenstöße dieser Art registriert. Der Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das einbiegt oder kreuzt, macht damit gleichzeitig 30 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften aus und ist so die häufigste Unfallart innerhalb von Ortschaften. Ein Abkommen von der Fahrbahn nach rechts ereignet sich demgegenüber vorwiegend außerhalb von Ortschaften. Dies lässt sich dadurch erklären, dass außerhalb von Ortschaften mit höheren Geschwindigkeiten gefahren wird als innerhalb von Ortschaften und deshalb die Gefahr größer ist, die Kontrolle über das Fahrzeug zu verlieren. Unter den Unfällen mit Personenschaden waren 1 280 Fälle eines Abkommens von der Fahrbahn nach rechts außerhalb von Ortschaften. Damit trugen sich 77 Prozent aller Unfälle dieser Art außerhalb von Ortschaften zu. Zudem waren 21 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden außerhalb von Ortschaften durch ein Abkommen von der Fahrbahn nach rechts gekennzeichnet. Das Abkommen von der Fahrbahn nach rechts ist so gleichzeitig die häufigste Art von Unfällen außerhalb von Ortschaften.

Häufigste Unfallart außerhalb von Ortschaften: Abkommen von der Fahrbahn nach rechts

Am häufigsten führt Verlust der Kontrolle über das Fahrzeug zu Unfall

Über den Unfallhergang informiert der sogenannte Unfalltyp. Er beschreibt die Konfliktsituation, die zum Unfall geführt hat. Dies ist diejenige Phase des Verkehrsgeschehens, in der ein Fehlverhalten oder eine sonstige Unfallursache den weiteren Ablauf nicht mehr kontrollierbar macht. In

Unfalltyp beschreibt Konfliktsituation, die zum Unfall führt

der Praxis kommen sieben Unfalltypen zur Anwendung (siehe Textkasten). Der insgesamt am häufigsten auftretende Unfalltyp ist der Fahrnunfall. Darunter ist ein Unfall zu verstehen, der durch den Verlust der Kontrolle über das Fahrzeug ausgelöst wird, ohne dass andere Verkehrsteilnehmer dazu beigetragen haben. Im Jahr 2013 ereigneten sich 3 760 Fahrnunfälle, 3 540 Unfälle im Längsverkehr und 2 790 Einbiegen/Kreuzen-Unfälle mit Personenschaden. Zusammen machten diese drei Unfalltypen 71 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden aus.

Die Häufigkeit der einzelnen Unfalltypen ist wie die der einzelnen Unfallarten von der Ortslage des Unfalls abhängig. Der Fahrnunfall ist überwiegend außerhalb von Ortschaften anzutreffen. Hier ist die Wahrscheinlichkeit größer, die Kontrolle über das Fahrzeug zu verlieren und dadurch z. B. von der Fahrbahn abzukommen. Außerhalb von Ortschaften trugen sich 2 420 bzw. 64 Prozent aller Fahrnunfälle mit Personenschaden zu. Gleichzeitig waren 40 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden außerhalb von Ortschaften Fahrnunfälle. Damit stellt

Häufigster Unfalltyp außerhalb von Ortschaften ist Fahrnunfall

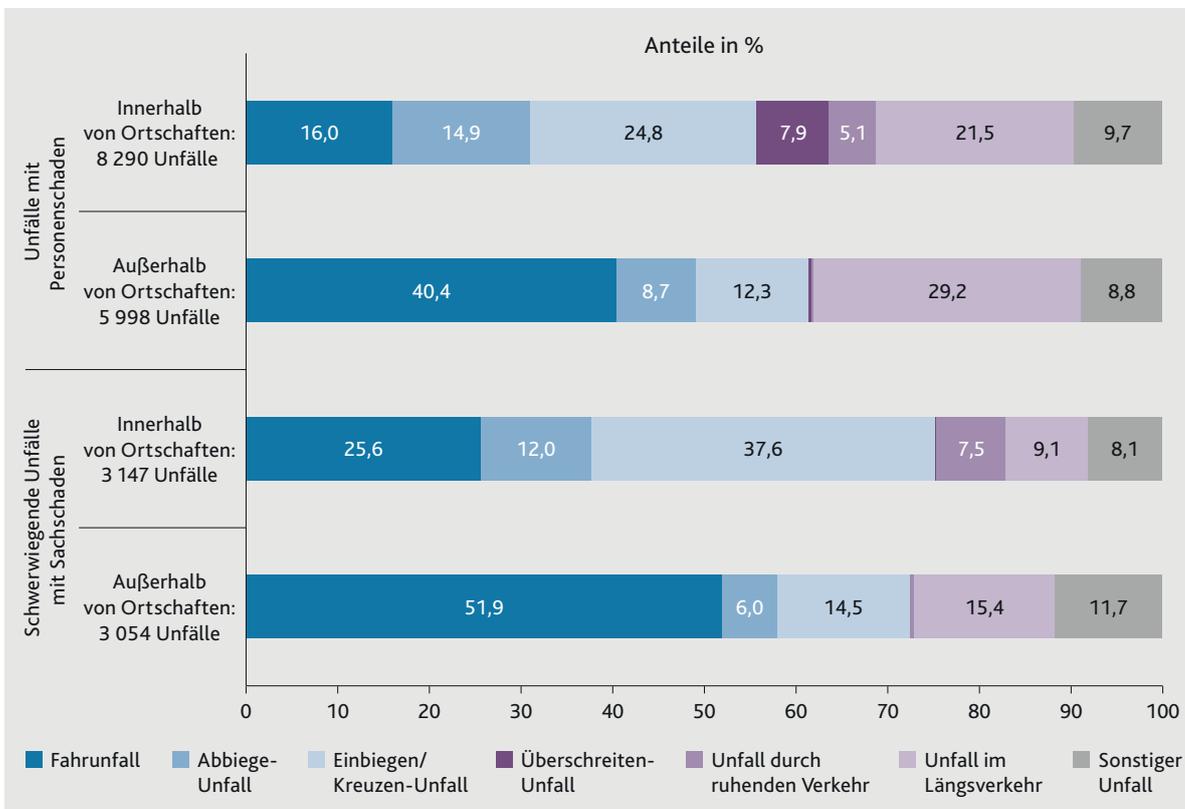
T 1

Straßenverkehrsunfälle 2013 nach Unfallkategorien, Unfallarten und Unfalltypen sowie jeweils nach Ortslage

Merkmal	Insgesamt	Davon		
		innerhalb von Ortschaften	außerhalb von Ortschaften insgesamt	darunter: auf Autobahnen
Unfälle nach Unfallkategorien				
Unfälle mit Personenschaden	14 288	8 290	5 998	969
Unfälle mit Getöteten	161	36	125	17
Unfälle mit Schwerverletzten	3 084	1 448	1 636	212
Unfälle mit Leichtverletzten	11 043	6 806	4 237	740
Unfälle mit nur Sachschaden	118 193	.	.	.
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden i. e. S.	6 201	3 147	3 054	847
Sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	857	.	.	.
Übrige Sachschadensunfälle	111 135	.	.	.
Unfälle mit Personenschaden nach Unfallarten				
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das ...				
... anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	1 243	963	280	51
... vorausfährt oder wartet	2 152	1 104	1 048	391
... seitlich in gleicher Richtung fährt	609	321	288	129
... entgegenkommt	1 304	576	728	9
... einbiegt oder kreuzt	3 317	2 456	861	16
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	1 270	1 186	84	1
Aufprall auf Hindernis auf der Fahrbahn	200	69	131	19
Abkommen von der Fahrbahn nach ...				
... rechts	1 662	381	1 281	196
... links	1 077	222	855	112
Unfall anderer Art	1 454	1 012	442	45
Unfälle mit Personenschaden nach Unfalltypen				
Fahrnunfall	3 759	1 338	2 421	288
Abbiege-Unfall	1 755	1 233	522	16
Einbiegen/Kreuzen-Unfall	2 794	2 055	739	18
Überschreiten-Unfall	674	654	20	0
Unfall durch ruhenden Verkehr	434	422	12	1
Unfall im Längsverkehr	3 538	1 784	1 754	542
Sonstiger Unfall	1 334	804	530	104

G 4

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne 2013 nach Unfalltyp und Ortslage



Unfalltypen

Der Unfalltyp beschreibt die Konfliktsituation, die zum Unfall führte. Dies ist diejenige Phase des Verkehrsgeschehens, in der ein Fehlverhalten oder eine sonstige Ursache den weiteren Ablauf nicht mehr kontrollierbar machte.

- Fahrnfall:** Unfall, ausgelöst durch den Verlust der Kontrolle über das Fahrzeug, ohne dass andere Verkehrsteilnehmer dazu beigetragen haben.
- Abbiege-Unfall:** Unfall, ausgelöst durch einen Konflikt zwischen einem Abbieger und einem aus gleicher oder entgegengesetzter Richtung kommenden Verkehrsteilnehmer an Kreuzungen, Einmündungen, Grundstücks- oder Parkplatzzufahrten.
- Einbiegen/Kreuzen-Unfall:** Unfall, ausgelöst durch einen Konflikt zwischen einem einbiegenden oder kreuzenden Wartepflichtigen und einem vorfahrtberechtigten Fahrzeug an Kreuzungen, Einmündungen, Grundstücks- oder Parkplatzzufahrten.
- Überschreiten-Unfall:** Unfall, ausgelöst durch einen Konflikt zwischen einem Fahrzeug und einem Fußgänger auf der Fahrbahn, sofern der Fußgänger nicht in Längsrichtung ging und sofern das Fahrzeug nicht abgeboten ist.
- Unfall durch ruhenden Verkehr:** Unfall, ausgelöst durch einen Konflikt zwischen einem Fahrzeug des fließenden Verkehrs und einem Fahrzeug, das parkt/hält bzw. Fahrmanöver im Zusammenhang mit dem Parken/Halten durchführte.
- Unfall im Längsverkehr:** Unfall, ausgelöst durch einen Konflikt zwischen Verkehrsteilnehmern, die sich in gleicher oder entgegengesetzter Richtung bewegten, sofern der Konflikt nicht einem anderen Unfalltyp entspricht.
- Sonstiger Unfall:** Alle Unfälle, die keinem anderen Unfalltyp zugeordnet werden können.

Häufigster Unfalltyp innerhalb von Ortschaften ist Einbiegen/Kreuzen-Unfall

der Fahrnunfall den häufigsten Unfalltyp außerhalb von Ortschaften dar. Der Einbiegen/Kreuzen-Unfall dagegen tritt überwiegend innerhalb von Ortschaften auf. Dabei handelt es sich um einen Unfall, der durch einen an Kreuzungen, Einmündungen, Grundstücks- oder Parkplatzzufahrten entstandenen Konflikt zwischen einem einbiegenden oder kreuzenden Wartepflichtigen und einem vorfahrtberechtigten Fahrzeug ausgelöst wird. Innerhalb von Ortschaften ereigneten sich 2 055 Einbiegen/Kreuzen-Unfälle mit Personenschaden. Dies waren 74 Prozent aller Einbiegen/Kreuzen-Unfälle mit Personenschaden sowie 25 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften. Der Einbiegen/Kreuzen-Unfall ist damit der häufigste Unfalltyp innerhalb von Ortschaften.

Vier von fünf Verunglückten nur leicht verletzt

Entsprechend der Einteilung der Unfälle in Unfallkategorien wird bei der Schwere der Verletzung danach differenziert, ob die Ver-

unglückten leichtverletzt, schwerverletzt oder getötet wurden. Im Jahr 2013 wurden infolge von Unfällen mit Personenschaden 15 000 Personen leichtverletzt (80 Prozent aller Verletzten), 3 554 Personen schwerverletzt (19 Prozent) und 174 Personen getötet (0,9 Prozent). Demgegenüber standen gemessen an allen Unfällen mit Personenschaden 77 Prozent Unfälle mit Leichtverletzten, 22 Prozent Unfälle mit Schwerverletzten und 1,1 Prozent Unfälle mit Getöteten. Die Abweichungen sind dadurch zu erklären, dass bei einem Unfall mit Personenschaden mehrere Personen verletzt worden sein können, und dies zusätzlich in unterschiedlicher Schwere.

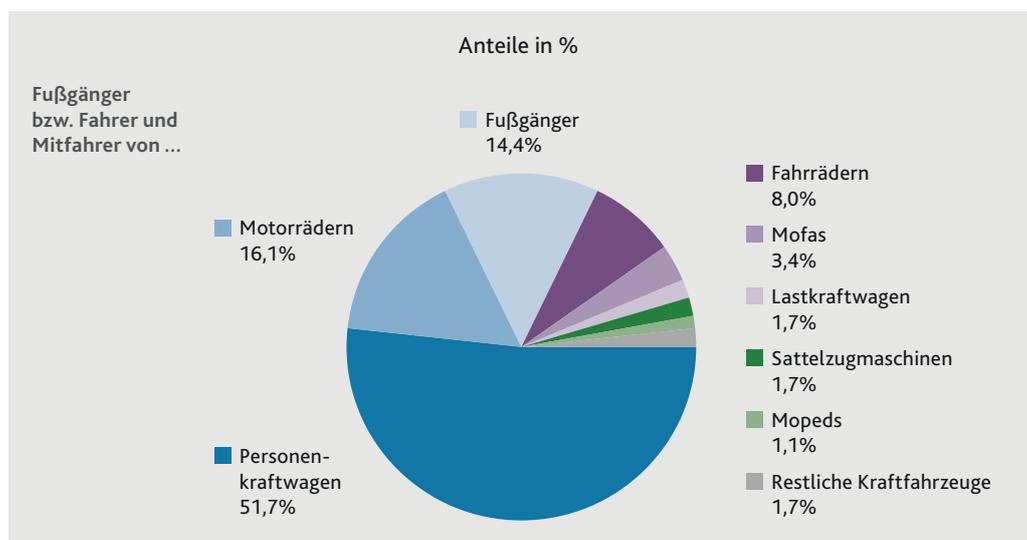
Die im Straßenverkehr Verunglückten können zum Zeitpunkt des Unfalls mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß am Straßenverkehr teilgenommen haben. Über die Art des benutzten Verkehrsmittels gibt die Aufgliederung nach den Verkehrsbeteiligungsarten Auskunft. In der amtlichen Statistik wird unterschieden zwischen Mofas, Mopeds, Motorrädern, Personen-

0,9 Prozent der Verunglückten verlieren ihr Leben

61 Prozent der Verunglückten sind Insassen eines Personenkraftwagens

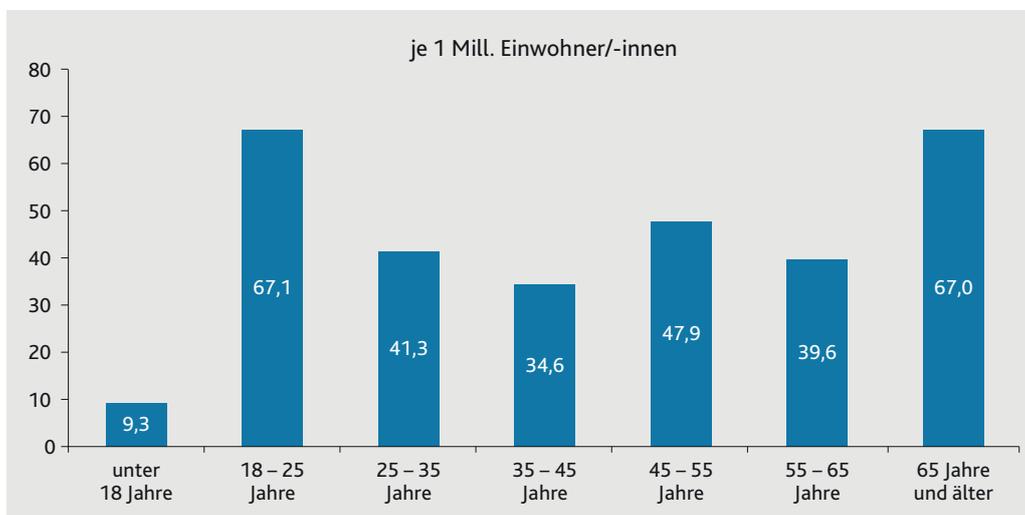
G 5

Getötete bei Straßenverkehrsunfällen 2013 nach Verkehrsbeteiligungsarten



G 6

Getötete bei Straßenverkehrsunfällen 2013



kraftwagen, Lastkraftwagen, Sattelzugmaschinen, landwirtschaftlichen Zugmaschinen, übrigen Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, anderen Fahrzeugen, Fußgängern und sonstigen Personen. Die größte Anzahl der bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückten sind Insassen eines Personenkraftwagens. Im Jahr 2013 traf dies auf 11 400 Personen zu, was fast 61 Prozent aller Verunglückten entspricht. Dieser Wert dürfte auf den hohen Anteil zurückzuführen sein, den die Personenkraftwagen am Straßenverkehr insgesamt einnehmen. Die größte Anzahl an Getöteten (90 Personen) waren Insassen von Personenkraftwagen. Unter den Getöteten war in etwa jede zweite Person Insasse eines Personenkraftwagens, jeder sechste Fahrer oder Mitfahrer eines Motorrads, jeder siebte ein Fußgänger und jeder zwölfte ein Fahrradfahrer. Die höchsten prozentualen Anteile an Getöteten entfallen auf Fußgänger und Motorradbenutzer. Dies kommt dadurch zustande, dass diese Verkehrsteilnehmer nur wenig bzw. gar nicht geschützt sind. Während insgesamt 0,9 Prozent aller Verunglückten getötet wurden, betrug der betreffende Anteil unter den Fußgängern

1,8 Prozent und unter den Motorradbenutzern 1,6 Prozent.

Nicht alle Verkehrsteilnehmer sind einem gleichermaßen hohen Risiko ausgesetzt, im Straßenverkehr in einen Unfall verwickelt zu sein und dabei getötet zu werden. Der am stärksten gefährdete Personenkreis, gemessen an der Anzahl der Getöteten je eine Million Einwohnerinnen bzw. Einwohner, bildet die Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen, d. h. die Gruppe der jungen Erwachsenen. Im Jahr 2013 waren 22 bei Straßenverkehrsunfällen getötete Personen dieser Altersgruppe zuzurechnen. Dies entspricht 67 Getöteten je eine Million Einwohnerinnen bzw. Einwohner. Junge Erwachsene nehmen nach dem Erwerb des Führerscheins meist direkt mit dem Personenkraftwagen am Straßenverkehr teil, verfügen in der Regel erst über eine geringe Fahrpraxis und überschätzen vielfach – dies gilt insbesondere für junge Männer – ihr fahrerisches Können. Von den 22 getöteten jungen Erwachsenen waren 17 mit einem Personenkraftwagen unterwegs und darunter 13 als Fahrzeugführer. Von den betreffenden 13 Personen waren neun männlich.

Junge Erwachsene sind hohem Todesrisiko ausgesetzt

Seniorinnen
und Senioren
sind ebenfalls
hohem Risiko
ausgesetzt

Der am zweitstärksten gefährdete Personenkreis gehört der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren an, d. h. die Gruppe der Seniorinnen und Senioren. Im Jahr 2013 waren 55 aller bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten 65 Jahre und älter. Dies entspricht 67 Getöteten je eine Million Einwohnerinnen bzw. Einwohner. Dieses erhöhte Risiko kann

durch altersbedingte Einflussfaktoren (z. B. zurückgehende Leistungskraft oder körperlichen Gebrechen) begründet sein. Im Jahr 2013 stellten die Seniorinnen und Senioren 10,5 Prozent aller im Straßenverkehr Verunglückten, aber 32 Prozent der Getöteten. Das hohe Risiko der Seniorinnen und Senioren wird zudem dadurch be-

T 2

Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen 2013 nach Art der Verkehrsbeteiligung und Altersgruppen sowie jeweils nach Straßenkategorien

Merkmal	Insgesamt	Davon		
		innerhalb von Ortschaften	außerhalb von Ortschaften	
			insgesamt	darunter: auf Autobahnen
Verunglückte				
Verunglückte	18 728	10 060	8 668	1 525
Getötete	174	36	138	22
Schwerverletzte	3 554	1 517	2 037	285
Leichtverletzte	15 000	8 507	6 493	1 218
Getötete nach Art der Verkehrsbeteiligung				
als Fahrer und Mitfahrer von ...				
... Mofas	6	2	4	-
... Mopeds	2	1	1	-
... Motorrädern	28	4	24	1
... Personenkraftwagen	90	6	84	16
... Lastkraftwagen	3	-	3	2
... Sattelzugmaschinen	3	-	3	3
... Landwirtschaftlichen Zugmaschinen	1	-	1	-
... anderen Zugmaschinen	-	-	-	-
... übrigen Kraftfahrzeugen	1	1	-	-
... Fahrrädern	14	4	10	.
... anderen Fahrzeugen	1	-	1	.
Fußgänger	25	18	7	.
Getötete nach Altersgruppen				
unter 6 Jahre	1	1	-	-
6 – 10 Jahre	-	-	-	-
10 – 15 Jahre	3	1	2	2
15 – 18 Jahre	2	-	2	-
18 – 21 Jahre	15	-	15	2
21 – 25 Jahre	7	-	7	-
25 – 30 Jahre	9	2	7	1
30 – 35 Jahre	10	-	10	3
35 – 40 Jahre	8	-	8	1
40 – 45 Jahre	9	-	9	1
45 – 50 Jahre	16	-	16	3
50 – 55 Jahre	17	5	12	4
55 – 60 Jahre	15	4	11	2
60 – 65 Jahre	7	1	6	-
65 – 70 Jahre	16	3	13	2
70 – 75 Jahre	18	8	10	1
75 und älter	21	11	10	-

einflusst, dass der Anteil dieser Gruppe an der Bevölkerung infolge des demografischen Wandels im Steigen begriffen ist und dass sie sich heutzutage zudem tendenziell aktiver verhalten und intensiver bzw. länger am Straßenverkehr teilnehmen als in früherer Zeit.

Großteil der Unfälle hat zwei Beteiligte

Alleinunfälle häufig mit Todesfolge

Beteiligte sind alle Fahrzeugführer oder Fußgänger, die infolge des Straßenverkehrsunfalls einen Personen- oder Sachschaden verursacht bzw. erlitten haben. Verunglückte Mitfahrer zählen folglich nicht zu den Beteiligten. An einem Straßenverkehrsunfall kann eine verschieden große Anzahl an Personen beteiligt sein. Dementsprechend wird unterschieden zwischen Alleinunfällen, d. h. Unfällen mit nur einem Beteiligten, sowie Unfällen mit zwei Beteiligten und Unfällen mit drei und mehr Beteiligten. Am häufigsten sind zwei Personen an einem Unfall beteiligt (9 575 Fälle bzw. 67 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden). Es folgten

die Alleinunfälle mit einer Anzahl von 3 347 Unfällen und einem Anteil von 23 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden. Das Risiko eines Beteiligten, bei einem Unfall zu Tode zu kommen, ist – gemessen an der Anzahl der Beteiligten je 1 000 Unfälle – am höchsten für die Alleinunfälle. Im Jahr 2013 betrug das Risiko für die Alleinunfälle 17 Getötete je 1 000 Unfälle, für die Unfälle mit zwei Beteiligten 8,8 je 1 000 Unfälle und im Gesamtdurchschnitt 12,2 Getötete je 1 000 Unfälle mit der jeweils betreffenden Zahl an Beteiligten. Häufige Ursache für Alleinunfälle die zum Tod des Fahrers führen sind, das Abkommen von der Fahrbahn oder Unfälle durch den Aufprall gegen ein auf der Fahrbahn befindliches Hindernis.

Einer der an einem Straßenverkehrsunfall Beteiligten wird von der Polizei stets als der sogenannte Hauptverursacher des Unfalls geführt. Der Hauptverursacher ist dabei derjenige Beteiligte, der nach Einschätzung der Polizei die Hauptschuld an dem Unfall trägt. Die Häufigkeit, mit der Personen einer

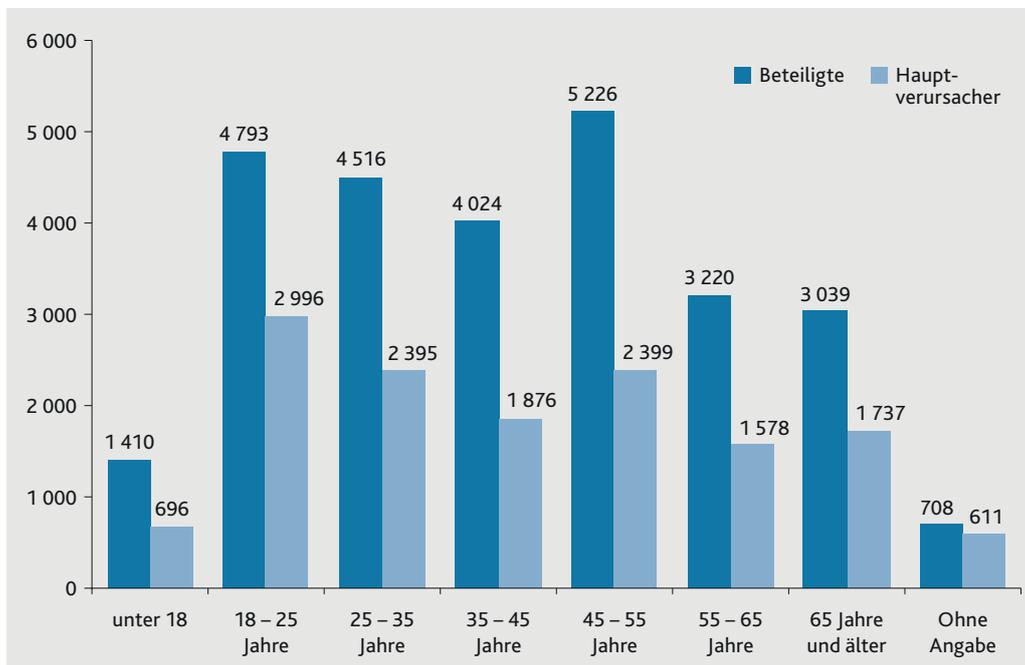
Junge Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren sind oft Hauptverursacher

T 3 Beteiligte an Straßenverkehrsunfällen 2013 nach Art der Verkehrsbeteiligung und Altersgruppen sowie jeweils nach Straßenkategorien

Merkmal	Insgesamt	Davon		
		innerhalb von Ortschaften	außerhalb von Ortschaften	
			insgesamt	darunter: auf Autobahnen
Beteiligte				
Unfälle mit Personenschaden	26 936	16 324	10 612	1 944
Unfälle mit Getöteten	321	72	249	50
Unfälle mit Schwerverletzten	5 488	2 714	2 774	402
Unfälle mit Leichtverletzten	21 127	13 538	7 589	1 492
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden i. e. S.	11 003	6 014	4 989	1 467
Unfälle mit Personenschaden nach Anzahl der Beteiligten				
Alleinunfälle	3 347	1 104	2 243	269
Unfälle mit 2 Beteiligten	9 575	6 465	3 110	522
Unfälle mit 3 Beteiligten	1 122	617	505	124
Unfälle mit 4 Beteiligten	185	84	101	38
Unfälle mit 5 oder mehr Beteiligten	59	20	39	16

G7

Beteiligte und Hauptverursacher von Unfällen mit Personenschäden nach Altersgruppen



bestimmten Gruppe der Hauptverursacher eines Unfalls sind, wird als die Fahrqualität bezeichnet. Sie zeigt eine deutliche Abhängigkeit vom Alter. Überdurchschnittlich häufig sind junge Erwachsene mit einem Alter von 18 bis unter 25 Jahren sowie Seniorinnen und Senioren mit einem Alter ab 65 Jahren der Hauptverursacher eines Straßenverkehrsunfalls. Im Jahr 2013 waren 2 996 junge Erwachsene und 1 737 Seniorinnen und Senioren Hauptverursacher eines Unfalls mit Personenschaden. Das waren jeweils etwa zwei Drittel der jeweiligen Altersgruppe. Das erhöhte Risiko von älteren Verkehrsteilnehmern, einen Unfall zu verursachen, ist vermutlich durch dieselben Umstände zu erklären wie das erhöhte Risiko dieser Verkehrsteilnehmer, im Straßenverkehr tödlich zu verunglücken. Die Fahrqualität weist zudem eine Abhängigkeit vom Geschlecht auf. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Hauptverursachern sind Männer (64 Prozent).

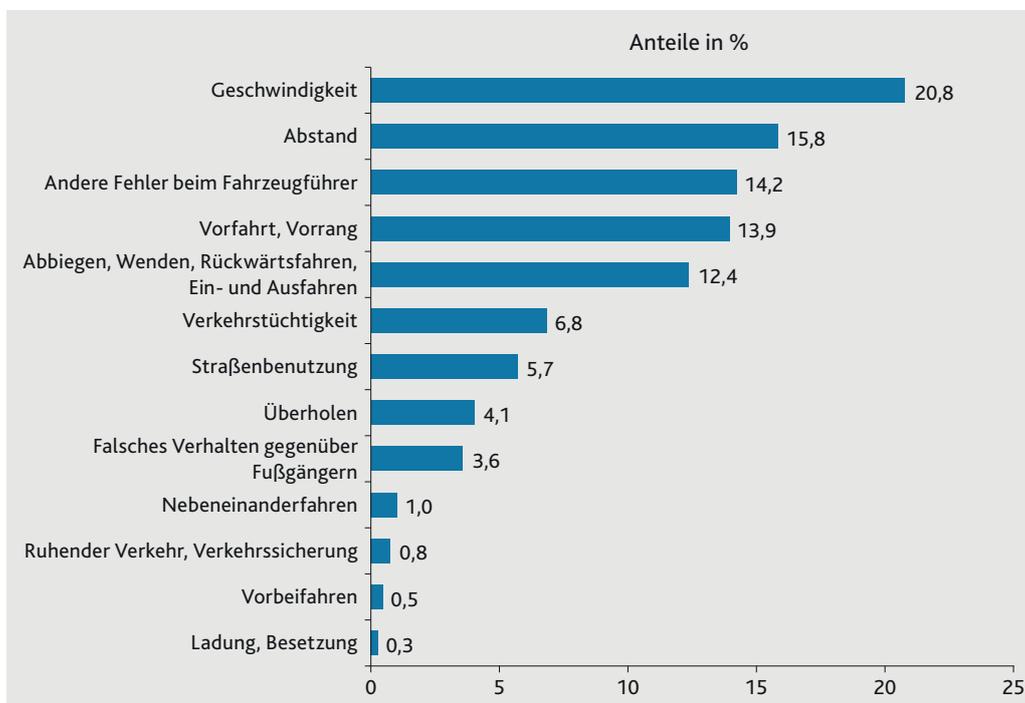
Häufigste Unfallursache ist Fehlverhalten der Fahrzeugführer

Straßenverkehrsunfälle können vielfältige Ursachen haben. Insgesamt werden 79 Unfallursachen unterschieden. Diese lassen sich grob zusammenfassen zu den Ursachenkategorien Fehlverhalten der Fahrzeugführer, technische Mängel und Wartungsmängel, Fehlverhalten der Fußgänger, allgemeine Unfallursachen und sonstige Ursachen. Zu einem Straßenverkehrsunfall können von der Polizei bis zu acht Unfallursachen festgehalten werden. Diese teilen sich auf in bis zu drei Ursachen bezogen auf den Hauptverursacher, bis zu drei Ursachen bezogen auf einen weiteren Beteiligten und bis zu zwei allgemeine Unfallursachen. Zu den 14 288 Unfällen mit Personenschaden wurden 19 230 Unfallursachen festgehalten. Dies sind im Durchschnitt 1,3 Ursachen je Unfall. Die weitaus größte Anzahl an Unfällen mit Personenschaden geht auf ein

Unfallursache beschreibt Sachverhalt, der Unfall ausgelöst hat

G 8

Fehlverhalten der Fahrzeugführer als Ursachen von Unfällen mit Personenschaden 2013



Fehlverhalten der Fahrzeugführer zurück. Im Jahr 2013 waren 91 Prozent aller erfassten Ursachen von Unfällen mit Personenschaden ein Fehlverhalten der Fahrzeugführer. Weitere 5,2 Prozent waren allgemeine Unfallursachen, worunter Unfälle aufgrund von schlechten Straßenverhältnissen, Hindernissen oder widrigen Witterungseinflüssen subsumiert werden. Die restlichen Ursachen haben nur eine untergeordnete Bedeutung.

Häufigstes Fehlverhalten der Fahrzeugführer ist nicht angepasste Geschwindigkeit

Die häufigste Unfallursache aus der Ursachenkategorie Fehlverhalten der Fahrzeugführer ist eine nicht angepasste Geschwindigkeit.⁴ Im Jahr 2013 waren 3 636 Unfälle mit Personenschaden und damit 21 Prozent aller durch ein Fehlverhalten der Fahrzeugführer verursachten Unfälle mit Personenschaden auf diesen Umstand zurückzuführen.

⁴ Die sogenannten anderen Fehler beim Fahrzeugführer werden im Weiteren nicht betrachtet, da es sich dabei um eine Sammelposition handelt, die keine Aussage über die tatsächliche Unfallursache zulässt.

ren. Davon wiederum entfielen 232 Unfälle auf eine nicht angepasste Geschwindigkeit mit gleichzeitigem Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und 3 404 Unfälle auf eine nicht angepasste Geschwindigkeit in anderen Fällen. Weitere häufige Unfallursachen bei den durch Fehlverhalten der Fahrzeugführer verursachten Unfälle mit Personenschaden sind ein ungenügender Sicherheitsabstand (2 712 Fälle bzw. 15,5 Prozent), ein Nichtbeachten der die Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen (1 763 Fälle bzw. zehn Prozent) oder ein Fehler beim Abbiegen (1 114 Fälle bzw. 6,4 Prozent).

Die schwerwiegendste Unfallursache, gemessen an der absoluten Zahl an Getöteten bzw. Schwerverletzten, ist das Fahren mit nicht angepasster Geschwindigkeit. Infolge dieses speziellen Fehlverhaltens der Fahrzeugführer wurden 95 Menschen getötet und 1 313 Menschen schwerverletzt. Dies

Nicht angepasste Geschwindigkeit oft mit Todesfolge

sind, bezogen auf alle durch ein Fehlverhalten der Fahrzeugführer Getöteten bzw. Schwerverletzten, 40 Prozent aller Getöteten und 29 Prozent aller Schwerverletzten.

Großteil der Unfälle ereignet sich in Landkreisen

Unfallschwerpunkte bezogen auf Einwohnerzahl sind kreisfreie Städte

Etwa 70 Prozent der Straßenverkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz 2013 ereigneten sich in den Landkreisen und 30 Prozent in den kreisfreien Städten. Unfallschwerpunkte, bezogen auf die reine Anzahl an Unfällen mit Personenschaden, waren die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein mit 756, der Westerwaldkreis mit 744, der Landkreis Neuwied mit 702, der Landkreis Mayen-Koblenz mit 682 und die kreisfreie Stadt Mainz mit 675. Diese Verwaltungsbezirke zählen zu den sechs bevölkerungsreichsten in Rheinland-Pfalz. Die hohe Anzahl an Unfällen in bevölkerungsreichen Verwaltungsbezirken ist darauf zurückzuführen, dass dort ein höheres Verkehrsaufkommen anfällt und deshalb das Potenzial an Unfällen größer ist. Wird die Anzahl der Unfälle zur Zahl der Einwohnerinnen bzw. Einwohner in Beziehung gesetzt, ergibt sich ein abweichendes Bild. Unfallschwerpunkte lagen allesamt in kreisfreien Städten, und zwar in Landau in der Pfalz mit 63, Speyer mit 52, Koblenz mit 49, Frankenthal (Pfalz) mit ebenfalls 49 und Ludwigshafen am Rhein mit 47 Unfällen mit Personenschaden je 10 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner. Dies geht darauf zurück, dass Unfälle mit Personenschaden zum größten Teil innerhalb von Ortschaften zu verzeichnen sind. Im Jahr 2013 betrug der entsprechende Anteil 58 Prozent. Die meisten Getöteten je eine Million Einwohnerinnen bzw. Einwohner hingegen gab es in den Landkreisen Vulkaneifel (114,9 Getötete je

eine Million Einwohnerinnen bzw. Einwohner), Eifelkreis Bitburg-Prüm (104,1), Westerwaldkreis (95,6), Cochem-Zell (94,7) und Südliche Weinstraße (91,8). Dies ist dadurch zu erklären, dass Unfälle mit Getöteten zum größten Teil außerhalb von Ortschaften auftreten. Im Jahr 2013 waren dies 79 Prozent. Ursächlich dafür dürften insbesondere die höheren Geschwindigkeiten sein.

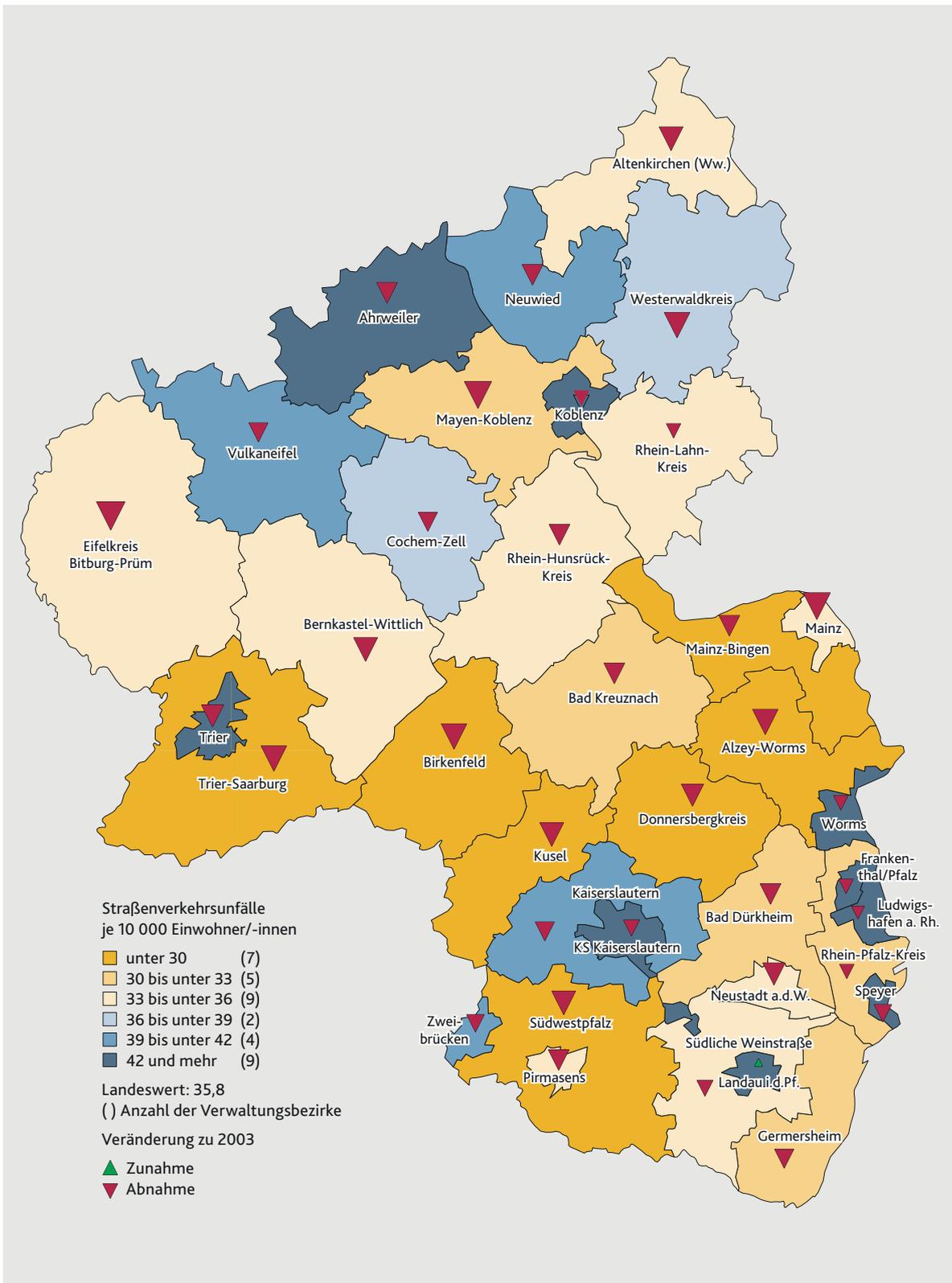
Fazit

Die in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit haben Wirkung gezeigt. Im Jahr 2013 gab es in Rheinland-Pfalz – wie auch in Deutschland insgesamt – die niedrigste Anzahl an bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten seit der Einführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1953. Um die nationalen und internationalen Ziele zu erreichen, sind jedoch noch weitere Anstrengungen zu unternehmen. Dabei sind für alle drei Aktionsfelder des nationalen Verkehrssicherheitsprogramms verschieden gelagerte Herausforderungen zu bewältigen. Beim Aktionsfeld „Mensch“ ist dies der demografische Wandel, wodurch der Anteil an älteren Menschen im Straßenverkehr steigen wird. Hier gilt es, die älteren Menschen besonders zu schützen und ihnen eine sichere Mobilität zu ermöglichen. Beim Aktionsfeld „Infrastruktur“ ist es die erwartete Steigerung der Mobilität insgesamt. Dadurch werden die Anforderungen an das Verkehrssystem weiterhin zunehmen. Diesbezüglich soll insbesondere die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes durch ein Straßenverkehrsinfrastruktur-Sicherheitsmanagement gesichert und der wachsenden Nachfrage angepasst werden. Beim Aktionsfeld „Fahrzeugtechnik“ schließlich

Künftige Herausforderungen der Verkehrssicherheitspolitik

K 1

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden 2013 nach Verwaltungsbezirken



ist zum einen mit weiteren neuen technischen Entwicklungen zu rechnen, insbesondere hinsichtlich der aktiven und passiven Fahrzeugsicherheit. Diese Entwicklungen gilt es voranzutreiben und anschließend den Einsatz in der Breite zu forcieren. Zum anderen stehen umwälzende technologische Veränderungen durch alternative Antriebsformen bevor. Zu nennen sind hier Elektro-, Hybrid- und Brennstoffzellenantriebe. Mit

diesen Antriebsformen verbundene Sicherheitsrisiken sollten frühzeitig identifiziert und minimiert werden.

Dr. Dirk Schneider leitet das Referat „Steuer- und Verwaltungsstatistiken“.

Info

Detaillierte Informationen zum Themenbereich Verkehr finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschev

Ifo Index erneut gestiegen

Geschäfts-
erwartungen
werden
günstiger
beurteilt

Im Dezember hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft verbessert. Der Ifo Geschäftsklimaindex stieg von 104,7 auf 105,5 Punkte. Der Grund hierfür ist eine Aufhellung der Geschäftserwartungen für die kommenden Monate bei unverändert positiver Einschätzung der aktuellen Lage. Der Lageindex erreichte wie im Vormonat 110 Punkte, während sich der Erwartungsindex um 1,3 Punkte auf 101,1 Punkte erhöhte. Das Geschäftsklima verbesserte sich im Verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel. Im Bauhauptgewerbe blieb die Stimmung trotz einer minimalen Verschlechterung auf hohem Niveau. Der Einzelhandel verzeichnete hingegen eine Eintrübung des Geschäftsklimas aufgrund pessimistischerer Zukunftserwartungen.

ZEW-Index
übersteigt
langfristigen
Mittelwert

Auch der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, konnte im Dezember weiter zulegen. Der Index erhöhte sich kräftig um 23,4 auf 34,9 Punkte und überstieg damit seinen langfristigen Mittelwert (24,4 Punkte). Die optimistische Haltung der Experten dürfte u. a. auf die derzeit günstigen Rahmenbedingungen wie den sinkenden Ölpreis und den schwachen Euro zurückzuführen sein, der sich positiv auf die Exporte auswirkt.

Konsumklima
verbessert sich
weiter

Der Konsumklimaindikator, der monatlich von der GfK erhoben wird, ist im Dezember von 8,5 auf 8,7 Punkte gestiegen. Einer positiven Entwicklung der Konjunkturerwartung und der Konsumneigung stand eine rückläufige Einkommenserwartung gegenüber. Für Januar erwarten die Konsumforscher aus Nürnberg eine weitere Verbesserung des Konsumklimas auf neun Punkte.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion rückläufig, Auftragseingänge gestiegen

Für das Verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz zeigen die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren, im Berichtsmonat Oktober 2014 einen Rückgang der Produktion an. Gleichzeitig war eine Zunahme der Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen.

Im Oktober lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion um 2,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Im Vergleich zum Oktober 2013 fiel der Güterausstoß um fünf Prozent niedriger aus.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz die mit Abstand bedeutendste industrielle Hauptgruppe. Sie hatte 2013 einen Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 56 Prozent. Im Oktober ging die bereinigte Vorleistungsgüterproduktion um 5,1 Prozent zurück. Gegenüber dem Vorjahresmonat sank der Output um 7,1 Prozent.

In der Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, wurde im Oktober 1,3 Prozent mehr produziert als im Vormonat. Zugleich war der Güterausstoß um 4,8 Prozent geringer als ein Jahr zuvor.

Der Output der Konsumgüterproduzenten, die 2013 einen Umsatzanteil von 18 Prozent hatten, blieb im Berichtsmonat fast unverändert (+0,1 Prozent). Gegenüber Oktober 2013 nahm der Güterausstoß um 1,2 Prozent ab.

Die drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie zeigten im Berichts-

Produktion des
Verarbeiten-
den Gewerbes:
-2,1 Prozent

Produktion
in der Vorleis-
tungsgüter-
industrie:
-5,1 Prozent

Produktion in
der Investitions-
güterindustrie:
+1,3 Prozent

Produktion in
der Konsum-
güterindustrie:
+0,1 Prozent

Produktion in
der Chemischen
Industrie:
-12 Prozent

monat eine unterschiedliche Entwicklungstendenz. In der Chemischen Industrie, der mit einem Umsatzanteil von einem Drittel bedeutendsten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, sank der bereinigte Produktionsindex deutlich um zwölf Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel der Rückgang mit minus 15 Prozent noch kräftiger aus.

Produktion im
Fahrzeugbau:
-2,2 Prozent

Der Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt, ist mit einem Umsatzanteil von 14 Prozent die zweitgrößte Branche im Verarbeitenden Gewerbe. Dort nahm der Güterausstoß im Oktober um 2,2 Prozent ab. Gegenüber dem Vorjahresmonat schrumpfte der Output um 21 Prozent.

Produktion im
Maschinenbau:
+6,9 Prozent

Allein der Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2013 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, verzeichnete im Berichtsmontat eine steigende Produktion (plus 6,9 Prozent). Im Vergleich zum Oktober 2013 erhöhte sich der Güterausstoß um 14 Prozent.

Auftragsein-
gänge im Ver-
arbeitenden
Gewerbe:
+2,4 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der Auftragseingangsindex des Verarbeitenden Gewerbes ist im Oktober 2014 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,4 Prozent gestiegen. Die Nachfrage aus dem In- und Ausland lag über dem Niveau des Vormonats (+4,9 bzw. +1 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat gingen die Bestellungen hingegen um 3,8 Prozent zurück. Während das Ordervolumen aus dem Inland um 6,3 Prozent sank, schrumpfte die Nachfrage aus dem Ausland um 2,2 Prozent.

Steigende
Nachfrage
nach Investi-
tionsgütern

In den drei Industriehauptgruppen entwickelte sich die Nachfrage im Berichtsmontat unterschiedlich. Während der bereinigte Auftragseingangsindex in der Investitionsgüterindustrie um 9,1 Prozent stieg, änderte sich das Ordervolumen an Vorleistungsgütern kaum (-0,3 Prozent). Hingegen ging die Nachfrage im Konsumgüterbereich kräf-

tig (-12 Prozent) zurück. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete nur die Investitionsgüterindustrie eine Zunahme der Bestellungen (+5,1 Prozent). In der Konsumgüterindustrie sank das Ordervolumen um 19 Prozent und in der Vorleistungsgüterindustrie um 8,4 Prozent.

In der Chemischen Industrie blieb der bereinigte Auftragseingangsindex im Oktober fast unverändert (-0,1 Prozent). Einem Anstieg der Bestellungen aus dem Inland (+1,5 Prozent) stand ein Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland gegenüber (-0,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat musste die Chemische Industrie jedoch Einbußen von zwölf Prozent hinnehmen.

Der Fahrzeugbau verzeichnete im Berichtsmontat einen kräftigen Anstieg des Ordervolumens um 19 Prozent. Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um mehr als ein Drittel (35 Prozent); die Nachfrage aus dem Ausland wuchs um zwölf Prozent. Zugleich lagen die Auftragseingänge um 9,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Im Maschinenbau blieb die Nachfrage im Oktober annähernd unverändert (+0,2 Prozent). Während mehr Aufträge aus dem Inland eingingen (+5,3 Prozent), waren die Bestellungen aus dem Ausland rückläufig (-3,9 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich das Ordervolumen um 1,8 Prozent.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gesunken

Im Bauhauptgewerbe war die Nachfrage nach Bauleistungen im Oktober kalender- und saisonbereinigt um zehn Prozent niedriger als im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge sogar um 14 Prozent gesunken.

Im Hochbau, der 2013 einen Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes von 48 Prozent hatte, nahmen die Bestel-

Auftragsein-
gänge in der
Chemischen
Industrie:
-0,1 Prozent

Auftragsein-
gänge im
Fahrzeugbau:
+19 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Maschinenbau:
+0,2 Prozent

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe:
-10 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Hochbau:
-22 Prozent

lungen im Oktober kräftig ab (-22 Prozent). Der gewerbliche sowie der öffentliche Hochbau wiesen große prozentuale Einbußen auf (jeweils -32 Prozent). Dagegen gab es im Wohnungsbau ein höheres Auftragsvolumen als im September (+6,4 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau um 13 Prozent gesunken. Kräftige Rückgänge verzeichneten der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau (-24 bzw. -12 Prozent). Der öffentliche Hochbau konnte gegenüber dem Vorjahreswert zulegen (+6,5 Prozent).

Auftrags-
eingänge im
Tiefbau:
+4,5 Prozent

Im Tiefbau, auf den 52 Prozent der Auftragseingänge des Jahres 2013 entfielen, verbesserte sich im Oktober im Vormonatsvergleich die Nachfrage um 4,5 Prozent. Vor allem der Straßenbau sowie der öffentliche Tiefbau verzeichneten deutlich steigende Auftragszahlen (+19 bzw. +11 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau wies dagegen einen starken Rückgang auf (-25 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat nahm das Ordervolumen im Tiefbau um 15 Prozent ab. Der öffentliche Tiefbau meldete einen kräftigen Auftragsrückgang (-33 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau sowie im Straßenbau gab es ebenfalls weniger Aufträge als im Vorjahr (-18 bzw. -3,1 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Einzelhandel, im Kfz-Handel sowie im Gastgewerbe

Umsatz im
Einzelhandel:
+0,6 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im September 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,6 Prozent gestiegen. Mit Ausnahme des Juli hatte es von Februar bis August ebenfalls leichte Umsatzsteigerungen gegeben.

Umsatz im
Kfz-Handel:
+4,4 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im September um 4,4 Prozent über dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit August 2013 – mit Ausnahme des Mai – gestiegen.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im Großhandel: -2,5 Prozent

Im Großhandel waren die geglätteten preisbereinigten Umsätze im September um 2,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Bereits im Juli und August hatte es Rückgänge gegeben. Von Januar bis Juni waren die Großhandelsumsätze höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Umsatz im Gastgewerbe: +0,4 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im September 2014 um 0,4 Prozent höher aus als im Vorjahresmonat. Im Juli und August waren leichte Rückgänge zu verzeichnen. Davor war es von Februar bis Juni zu Umsatzsteigerungen gekommen.

Jahresteuerrate im Dezember bei 0,2 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex weiterhin deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Dezember 2014 um 0,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Das war die niedrigste Preissteigerung seit November 2009. Damit setzte sich die moderate Entwicklung der Vormonate fort. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz seit Januar 2013 durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent). Seit Mai 2014 liegt die Preissteigerung sogar bei weniger als ein Prozent.

Bei den Energiepreisen (-6,1 Prozent) zeigten sich auch im Dezember 2014 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise mit +3,9 Prozent weiter anzogen, waren Heizöl (-23 Prozent) und Kraftstoffe (-12 Prozent) erheblich billiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,2 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Jahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,7 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Gaststätten- und Beher-

bergungsdienstleistungen“ (+2,5 Prozent), „Gesundheit“ (+2,4 Prozent) sowie „Bekleidung und Schuhe“ (+1,6 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Post und Telekommunikation“ (-0,9 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-1 Prozent) sowie „Verkehr“ (-2,4 Prozent), wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosenzahl im Dezember leicht gestiegen

Die Lage am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich im Dezember 2014 saisonbedingt leicht verschlechtert. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit wird vor allem in witterungsabhängigen Branchen, wie der Bauwirtschaft, in den Wintermonaten kaum neues Personal eingestellt. Aufgrund der stabilen Konjunktur blieb die Arbeitslosenzahl allerdings unter dem Vorjahreswert. Insgesamt waren 110 300 Frauen und Männer als arbeitslos registriert, etwa 2 500 mehr als im November (+2,3 Prozent). Gegenüber Dezember 2013 ging der Bestand an Arbeitslosen um 2 500 zurück (-2,2 Prozent).

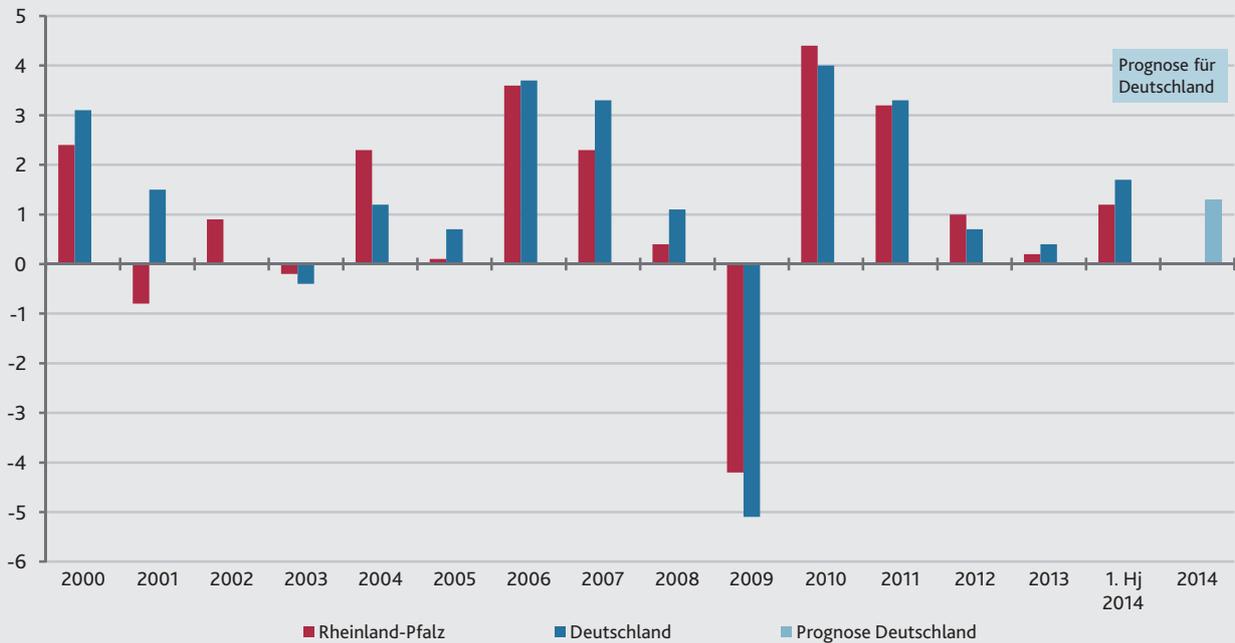
Zahl der Arbeitslosen steigt um 2,3 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, erhöhte sich auf 5,1 Prozent (November: fünf Prozent). Im Dezember 2013 hatte sie bei 5,3 Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote steigt auf 5,1 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

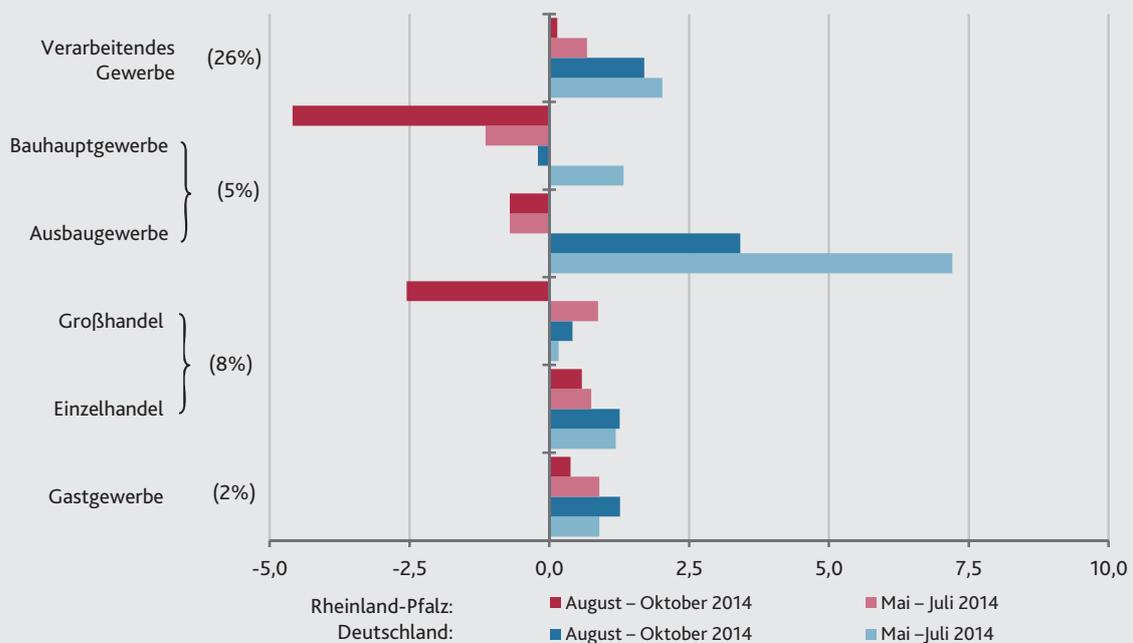


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014; nächster Fortschreibungstermin: Frühjahr 2015. Quelle Prognosewert 2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

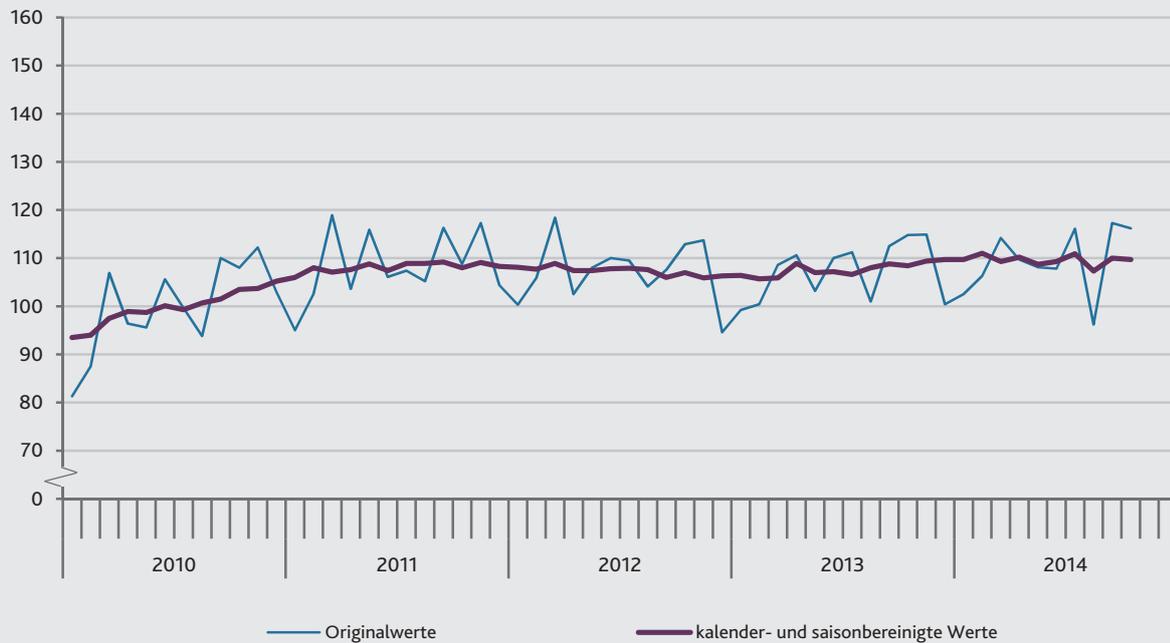


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

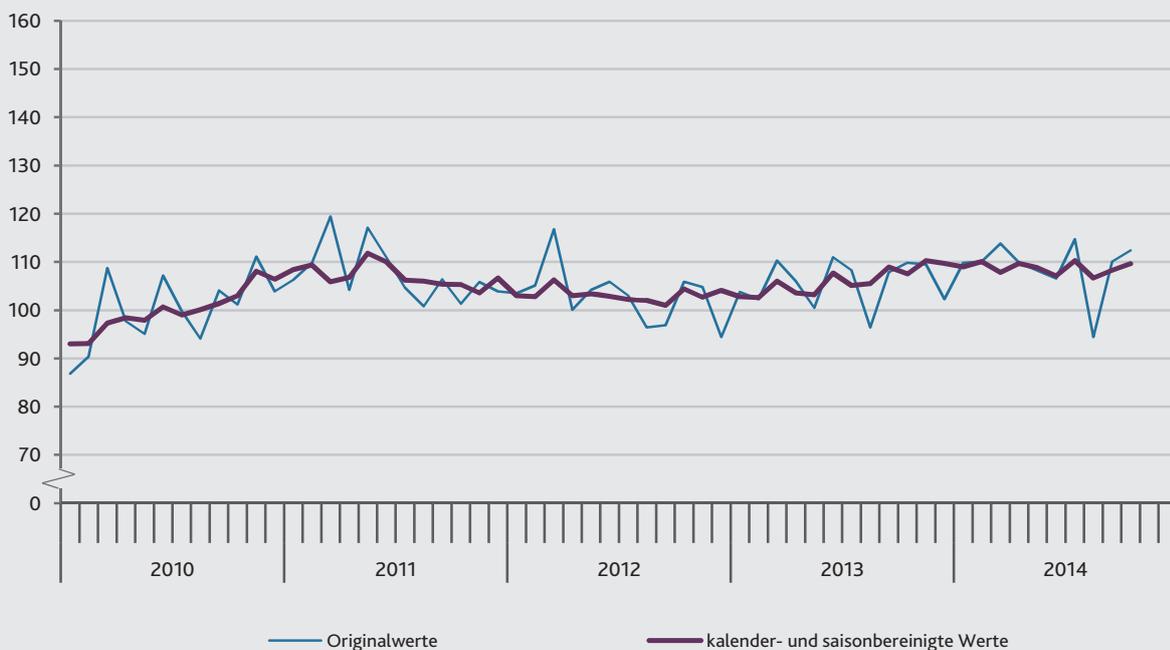


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

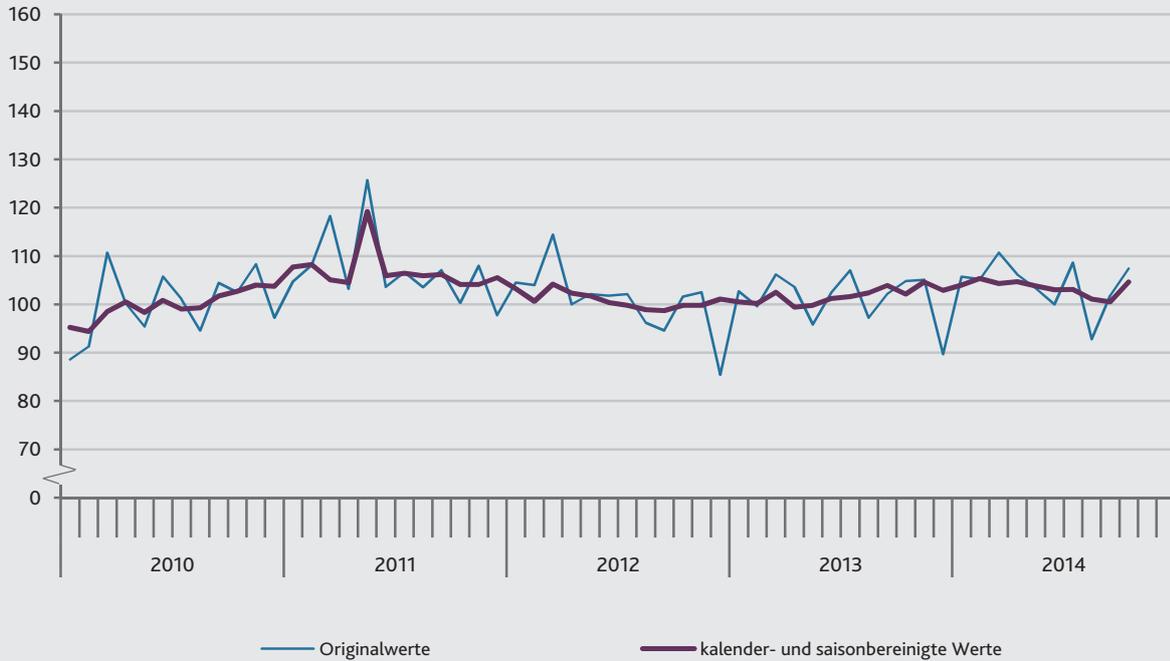


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

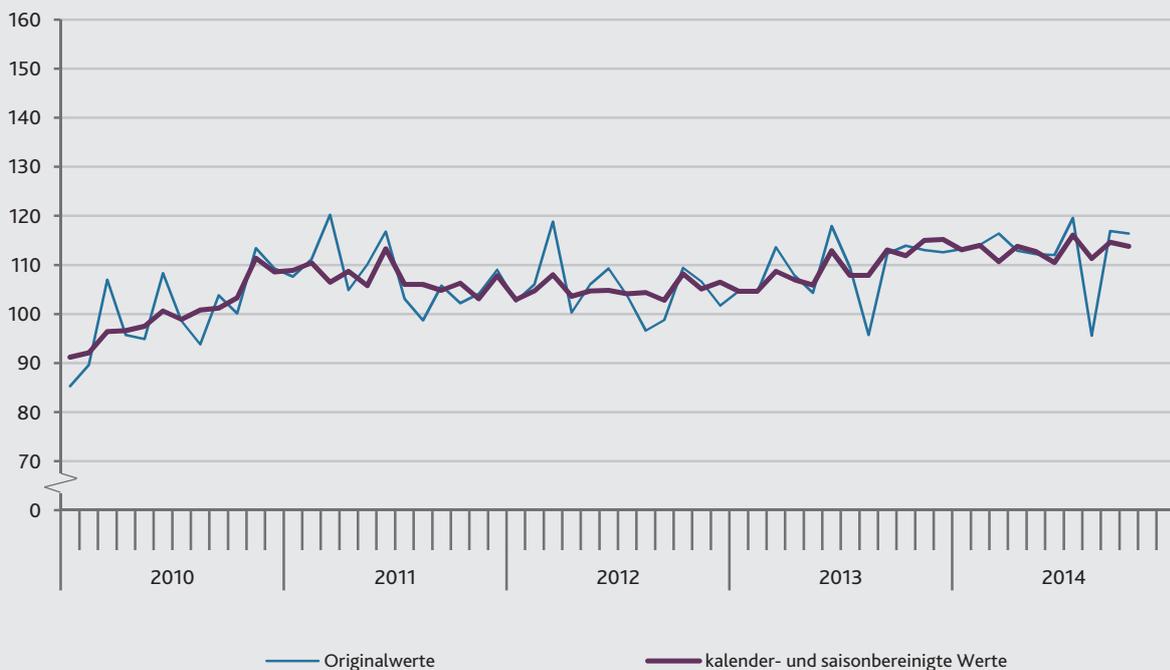


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

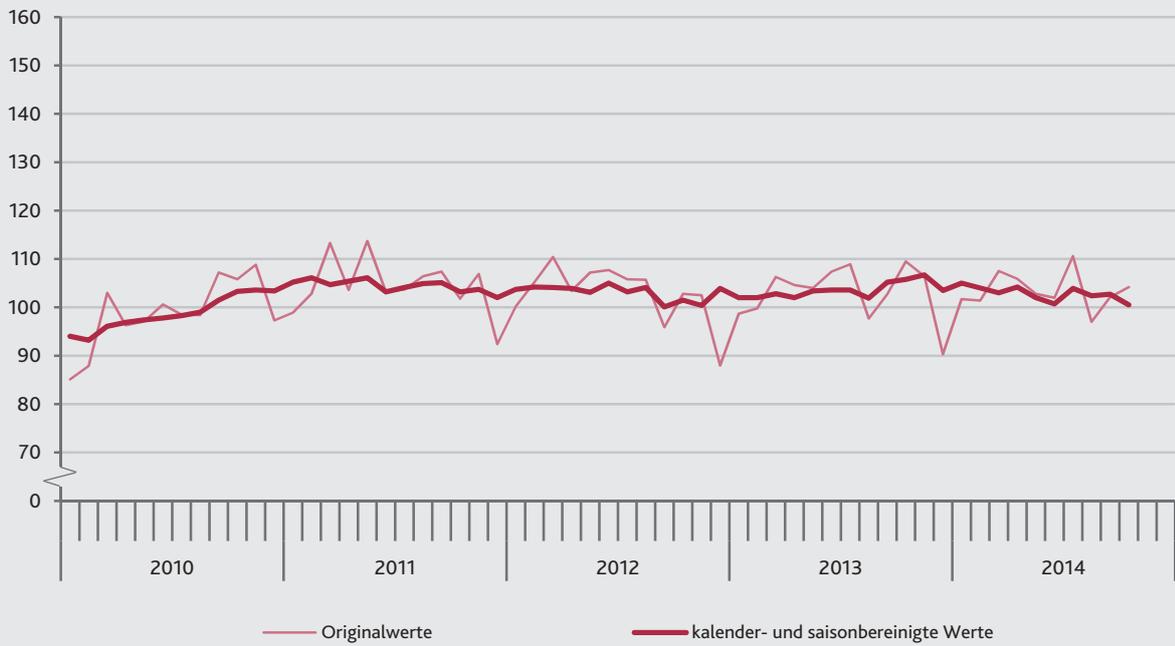


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

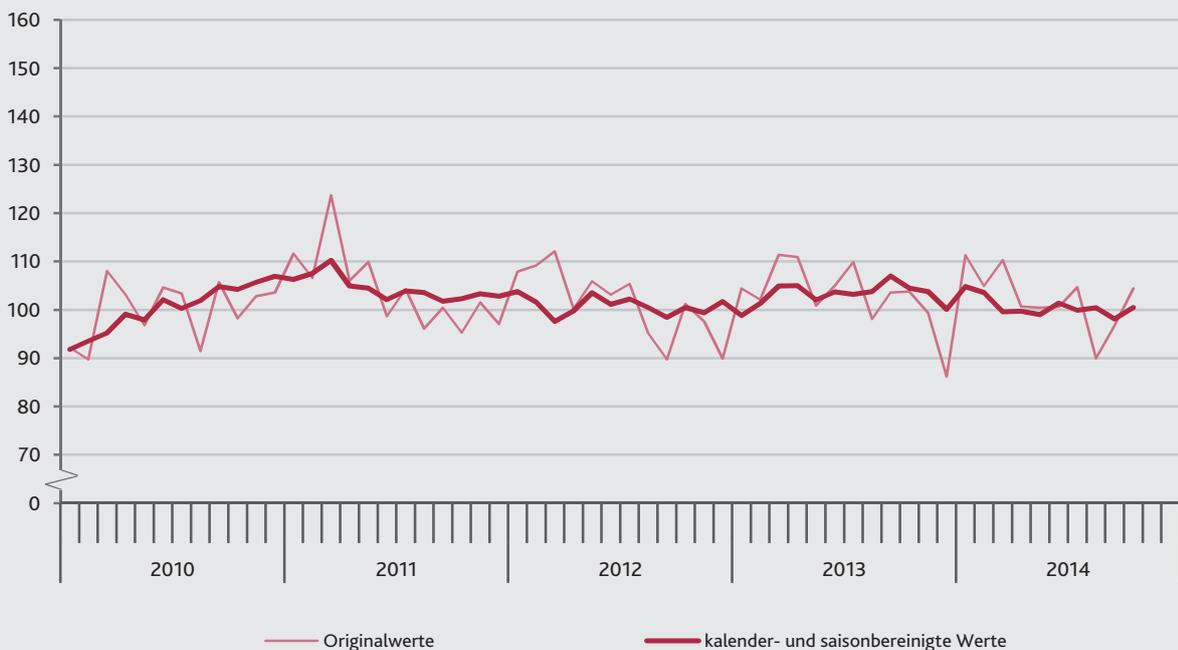


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

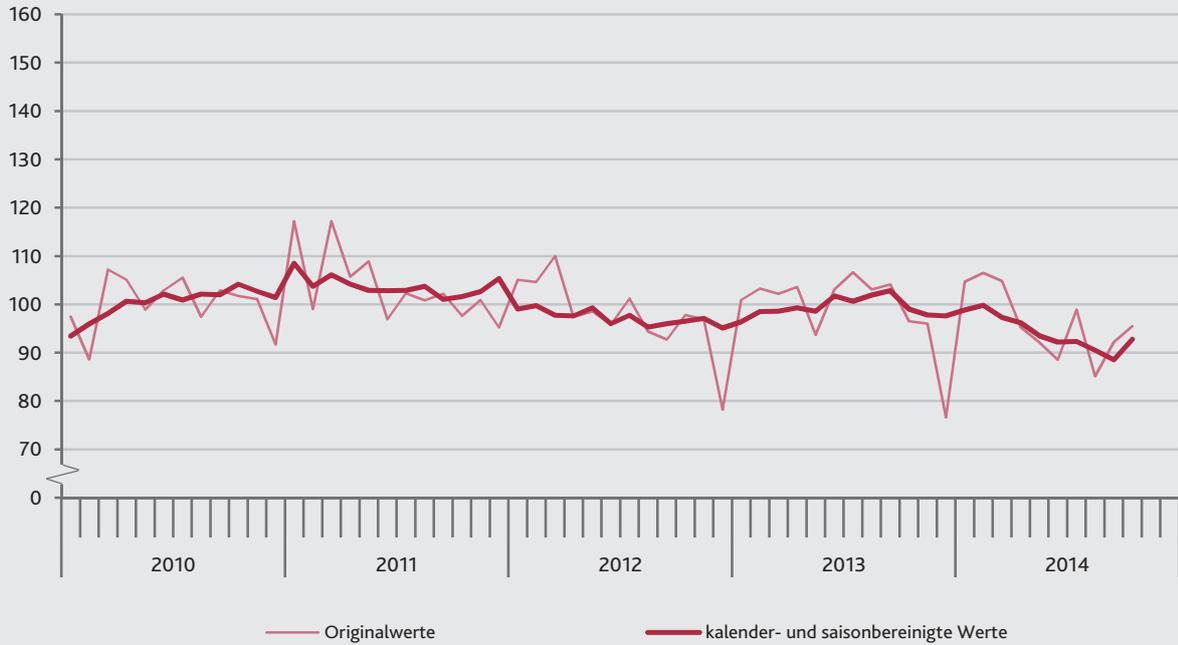


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

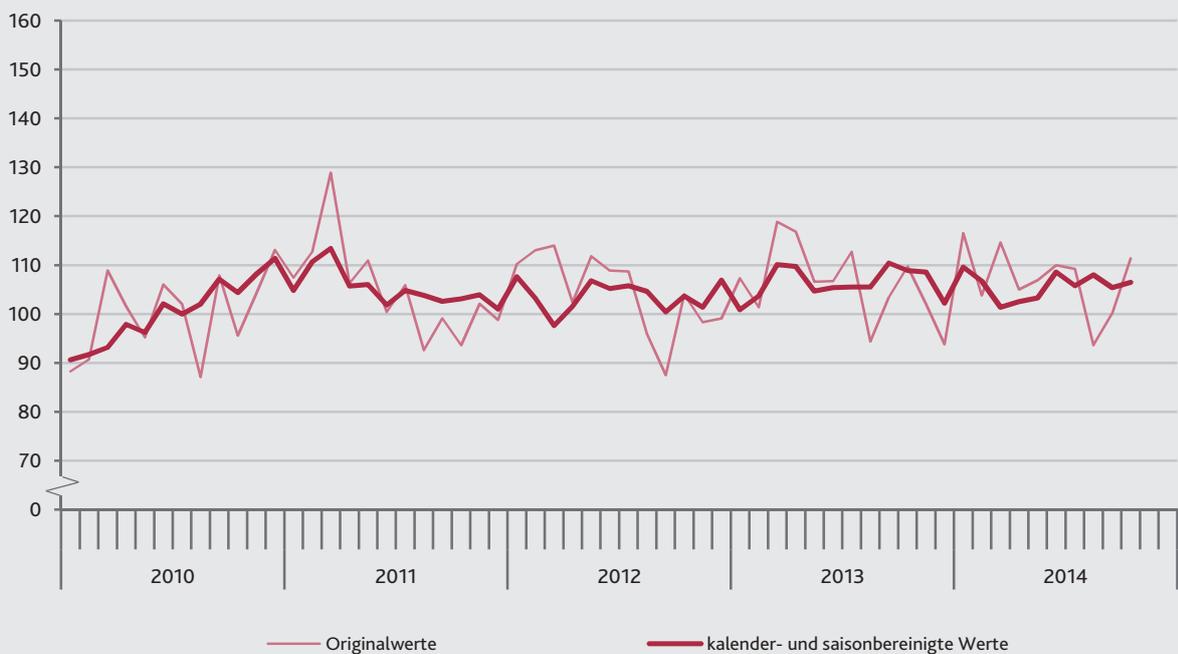


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



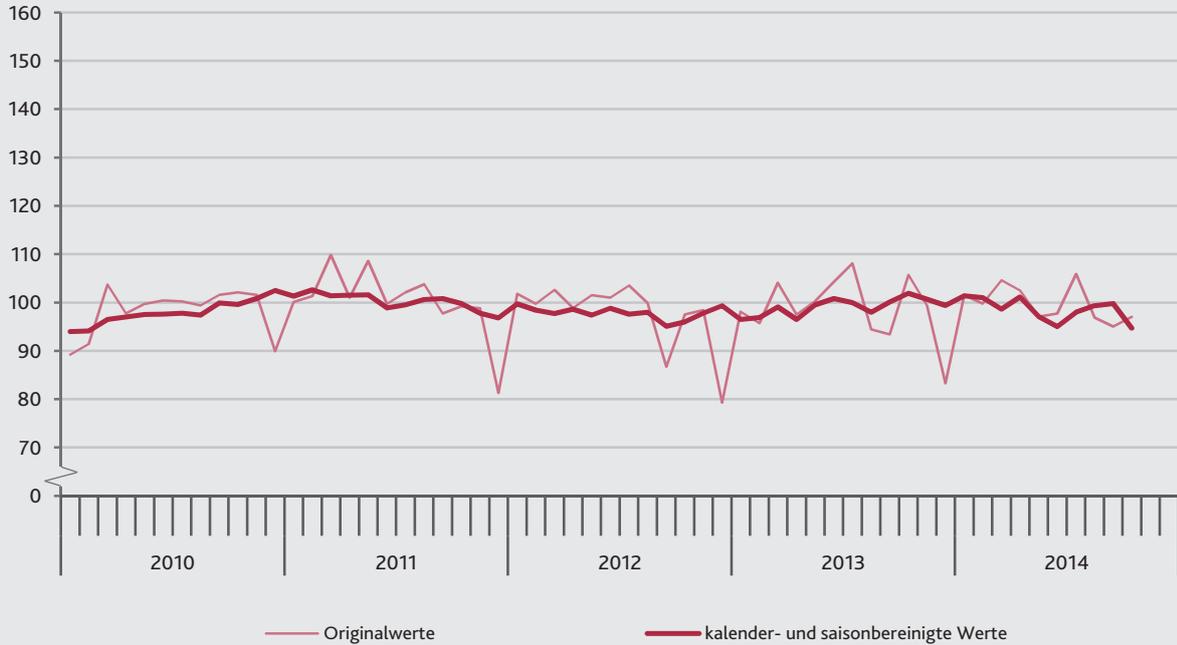
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



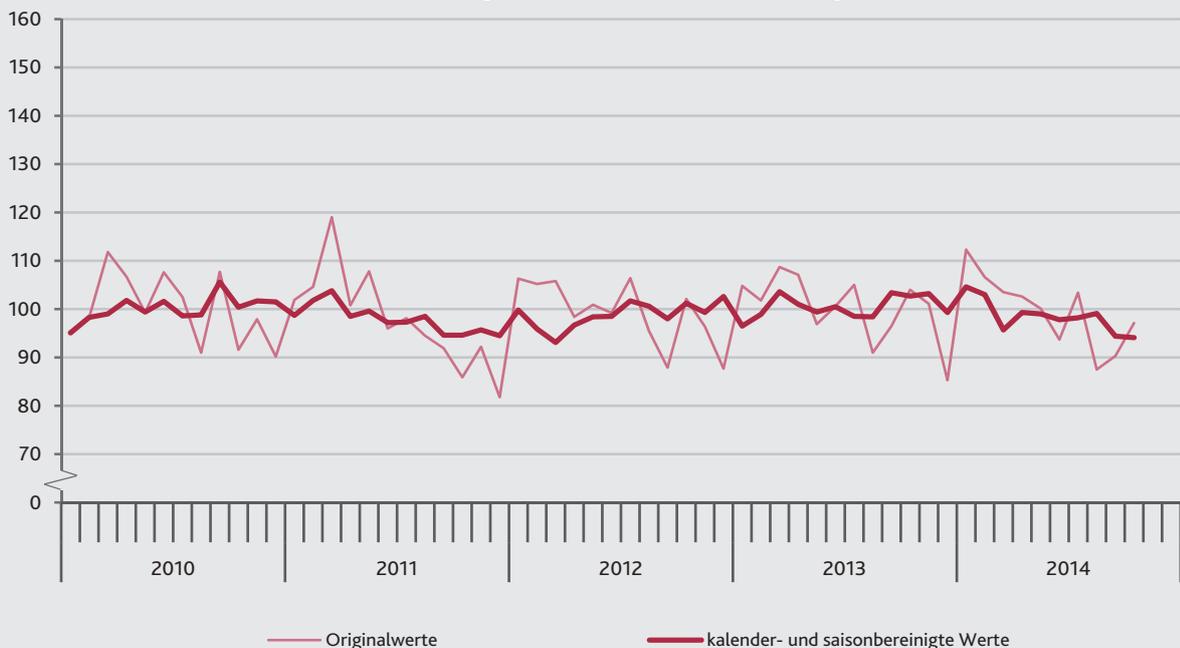
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%

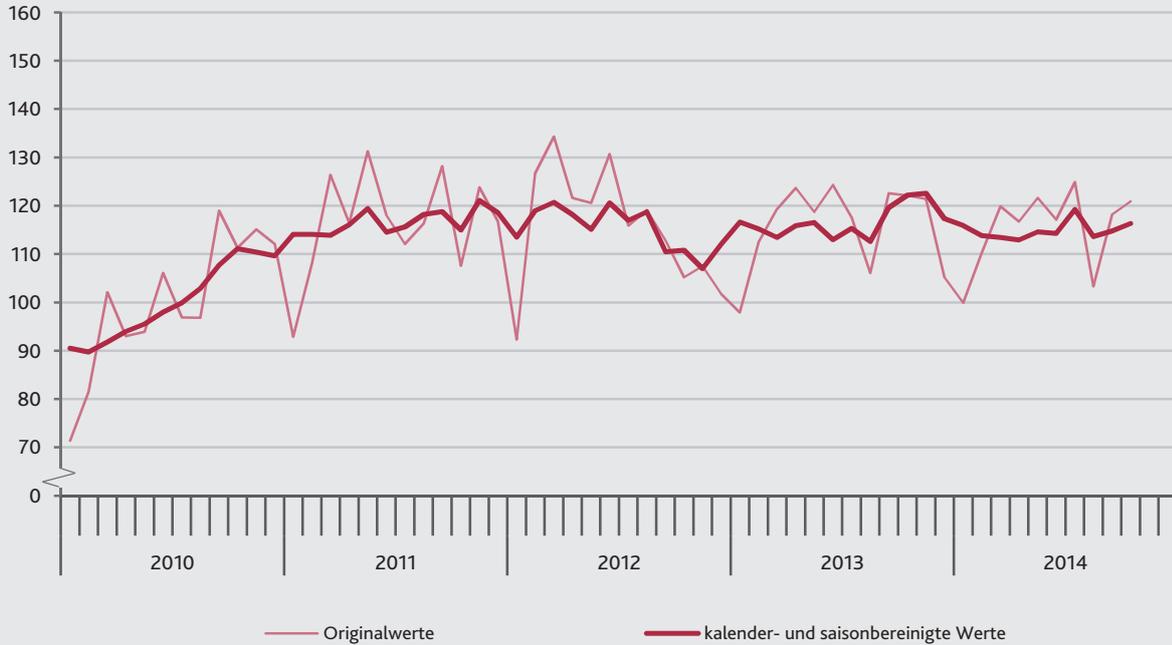
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

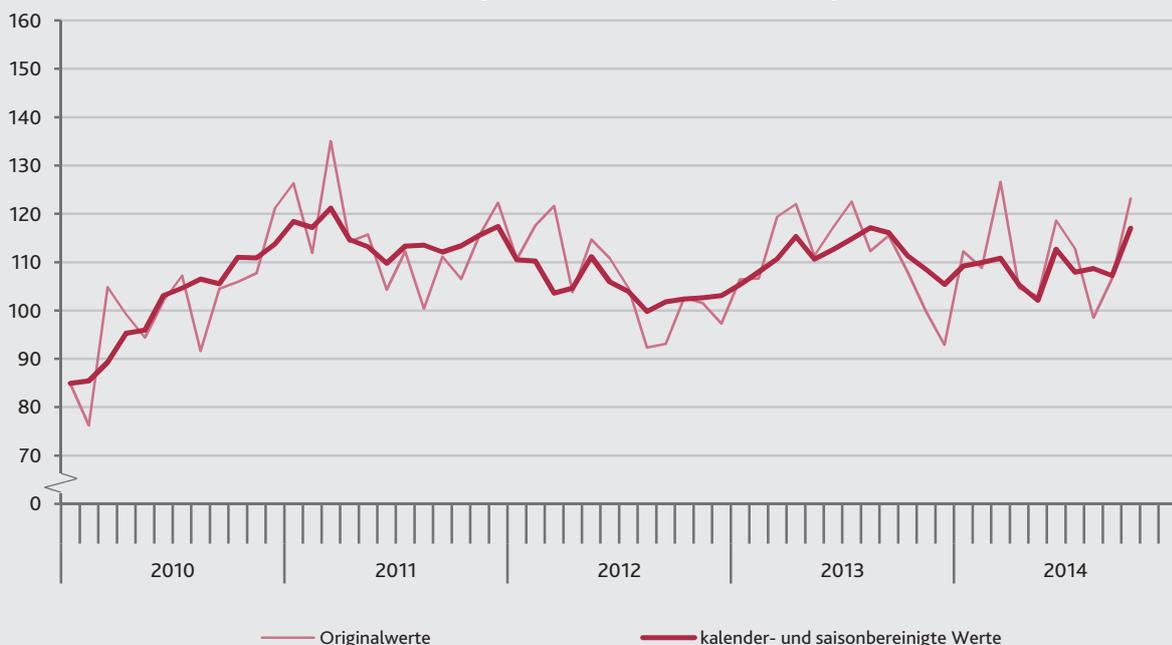
Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

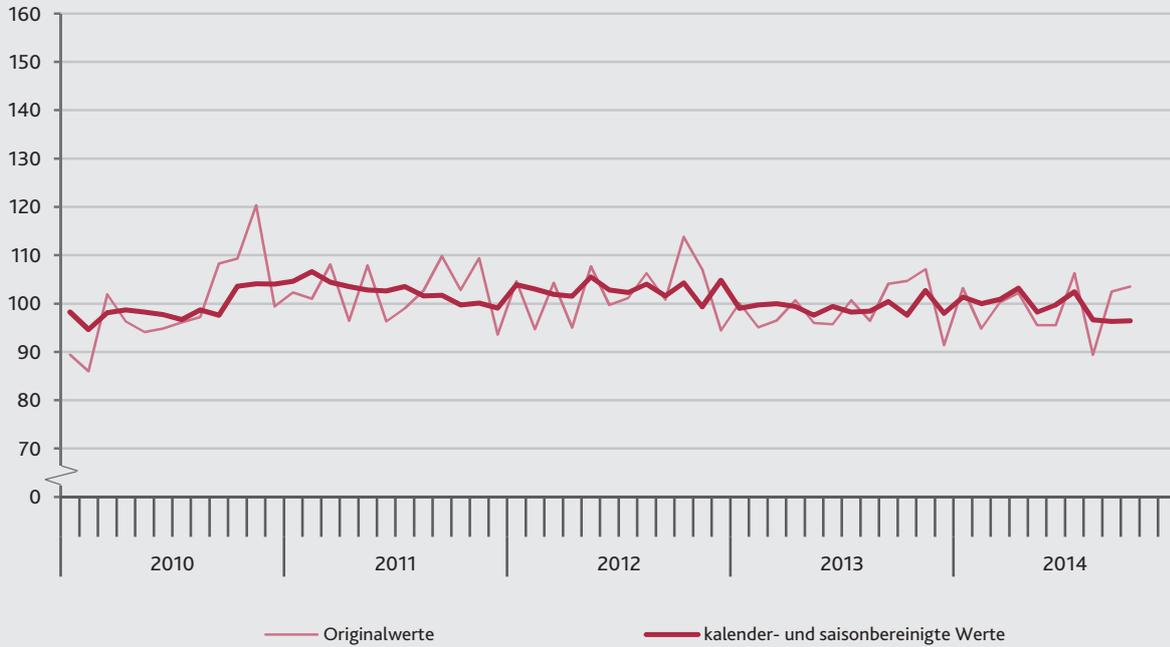


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

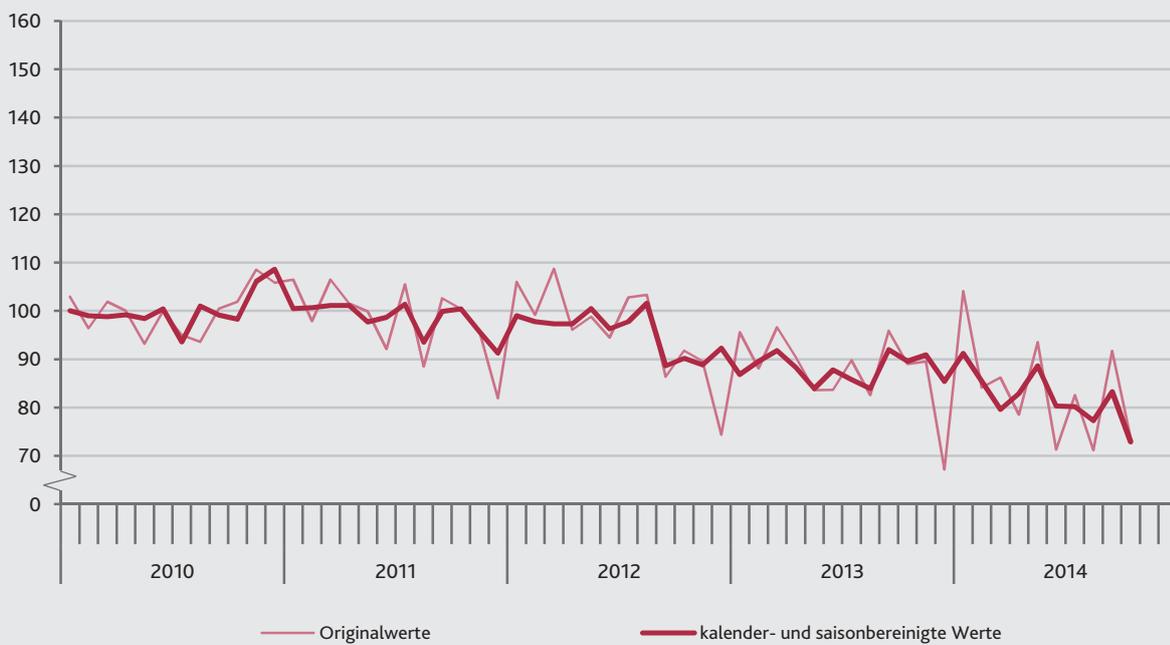


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

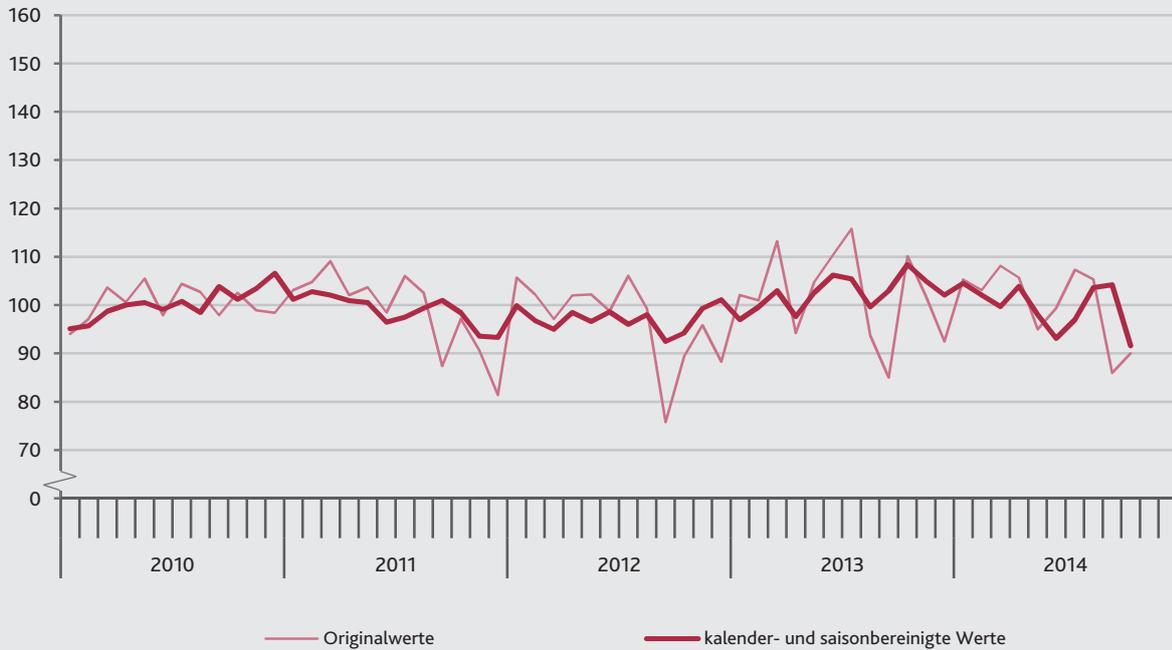
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

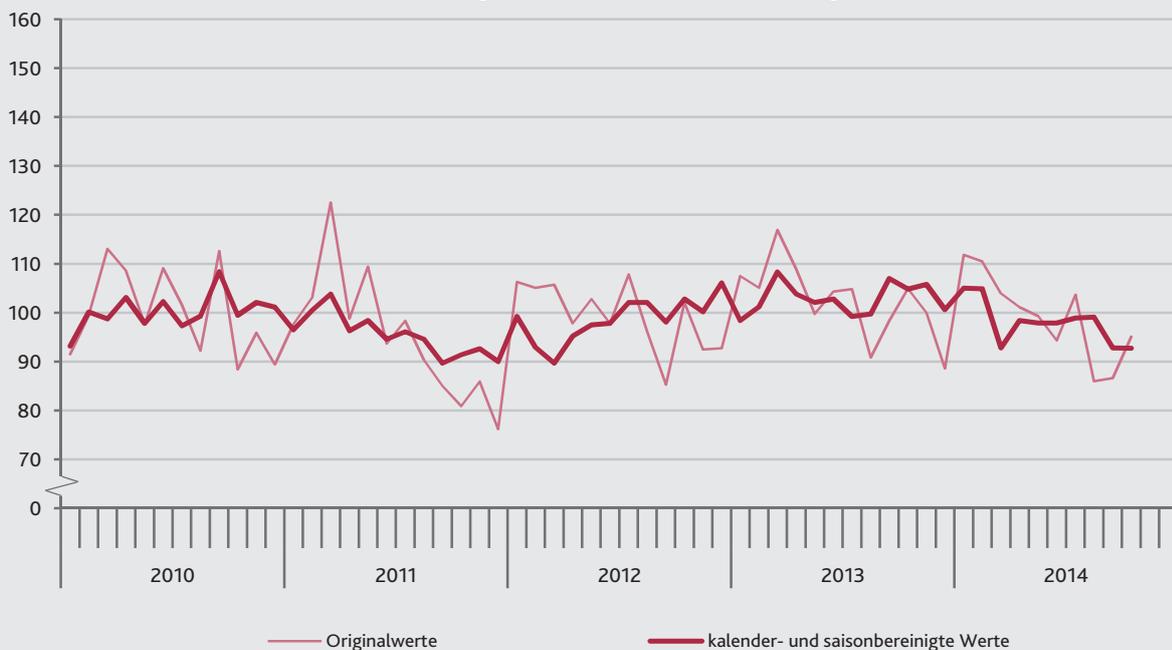
Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

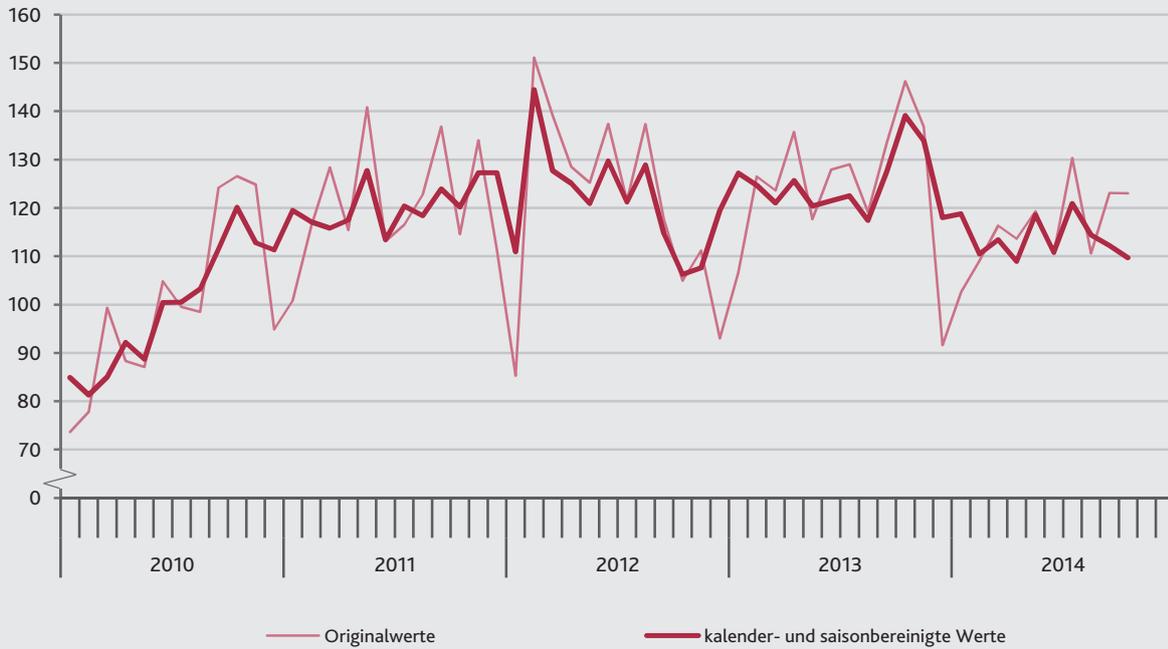


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

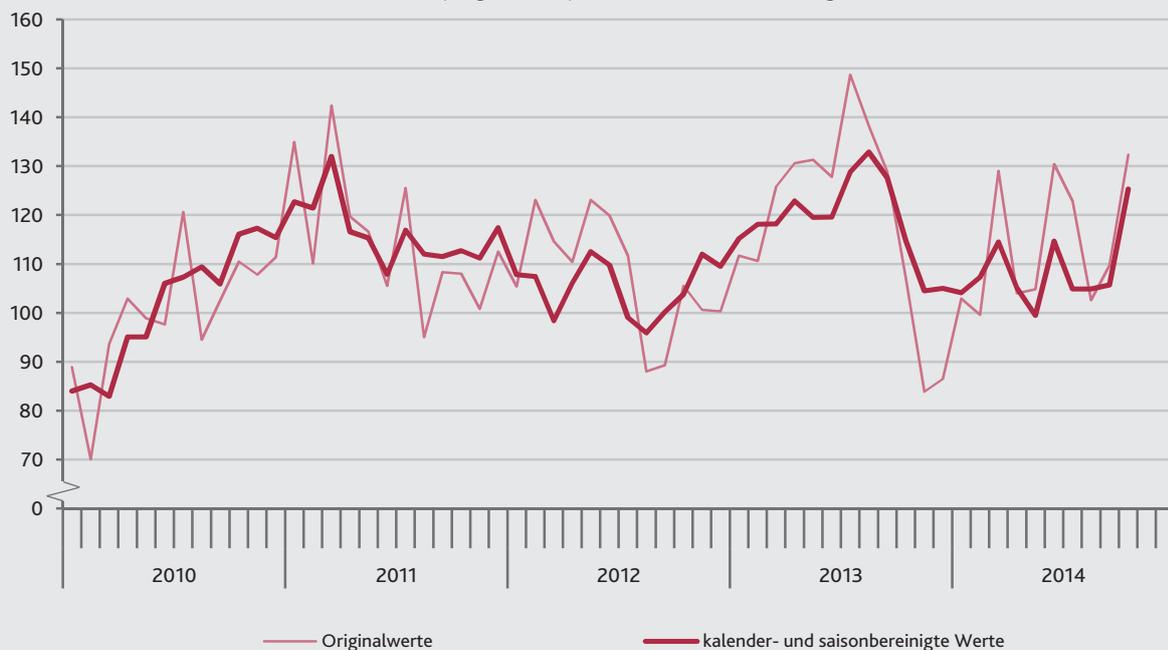


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

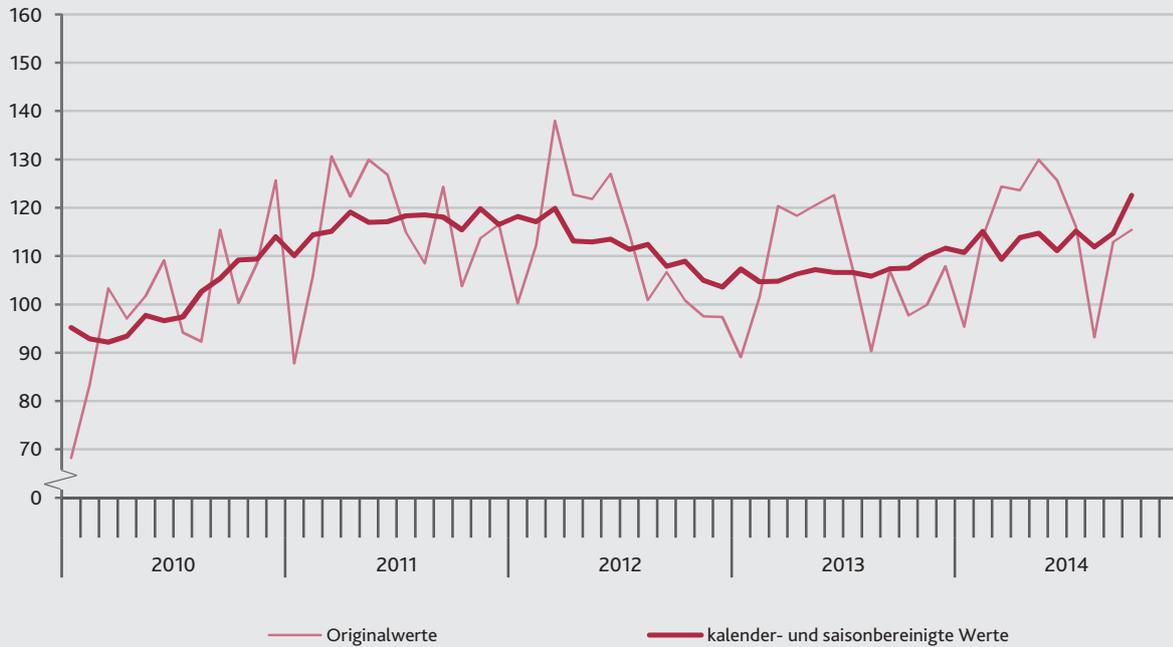


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

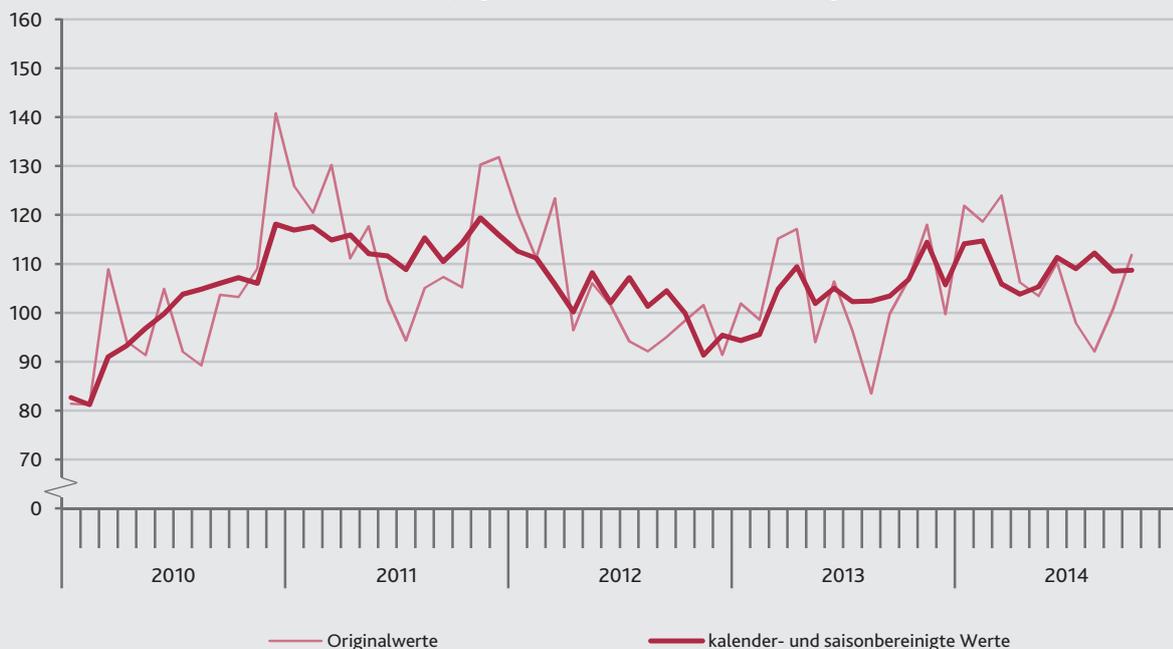


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

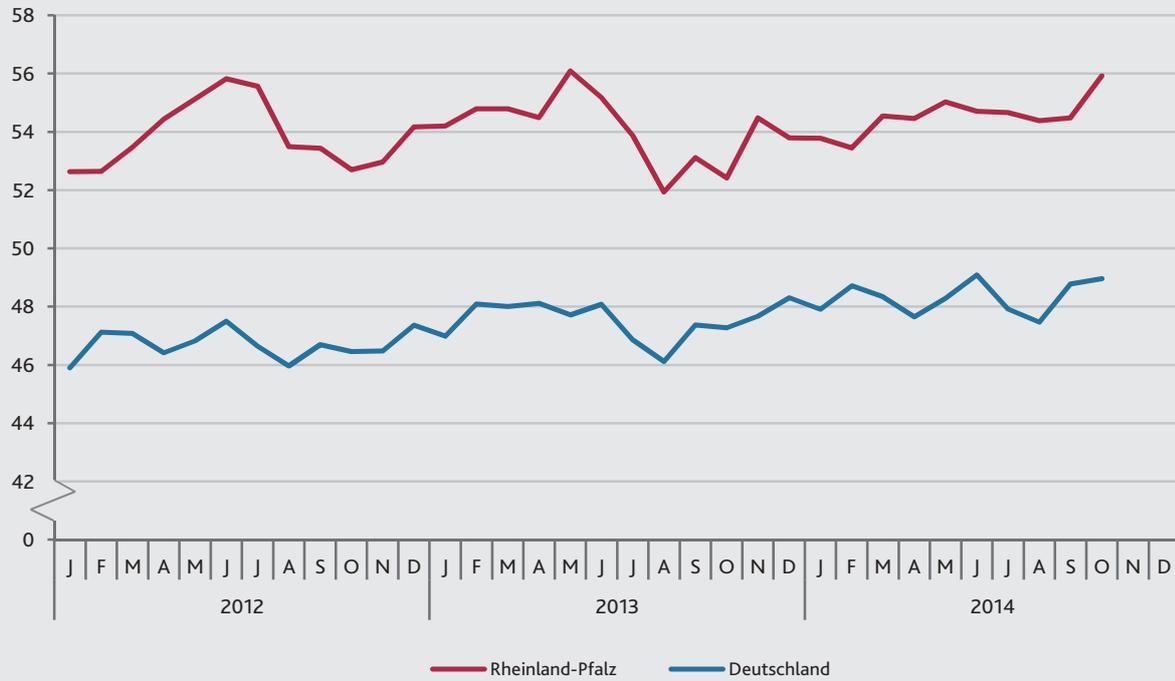
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

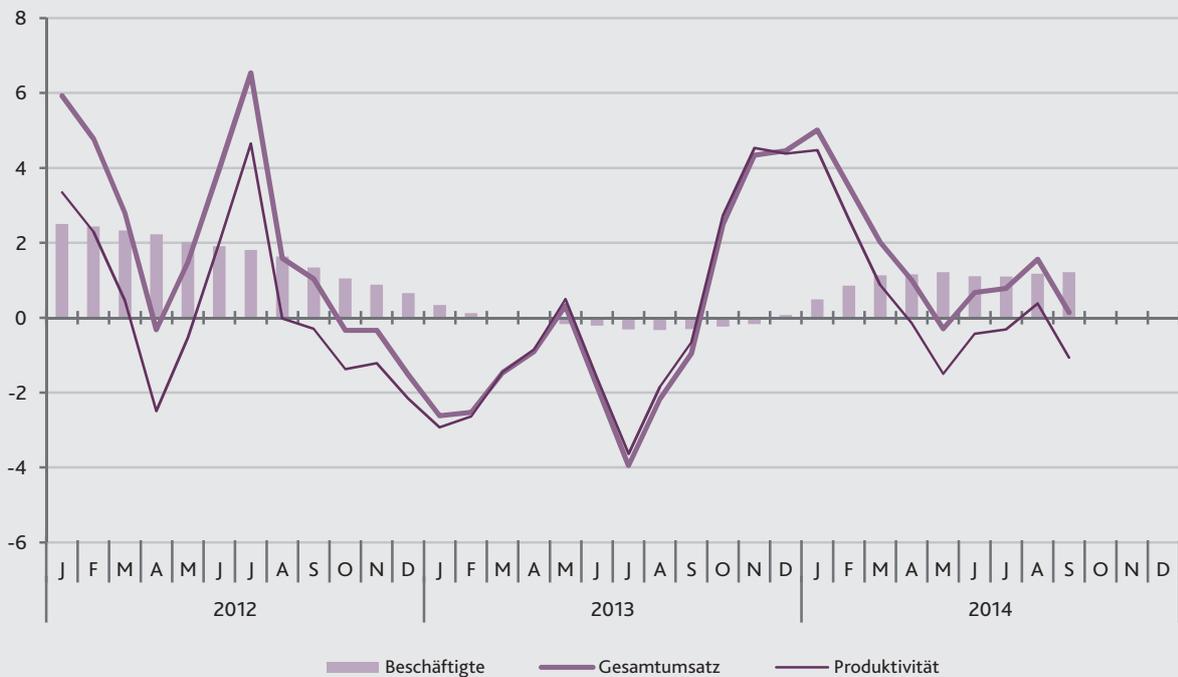
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

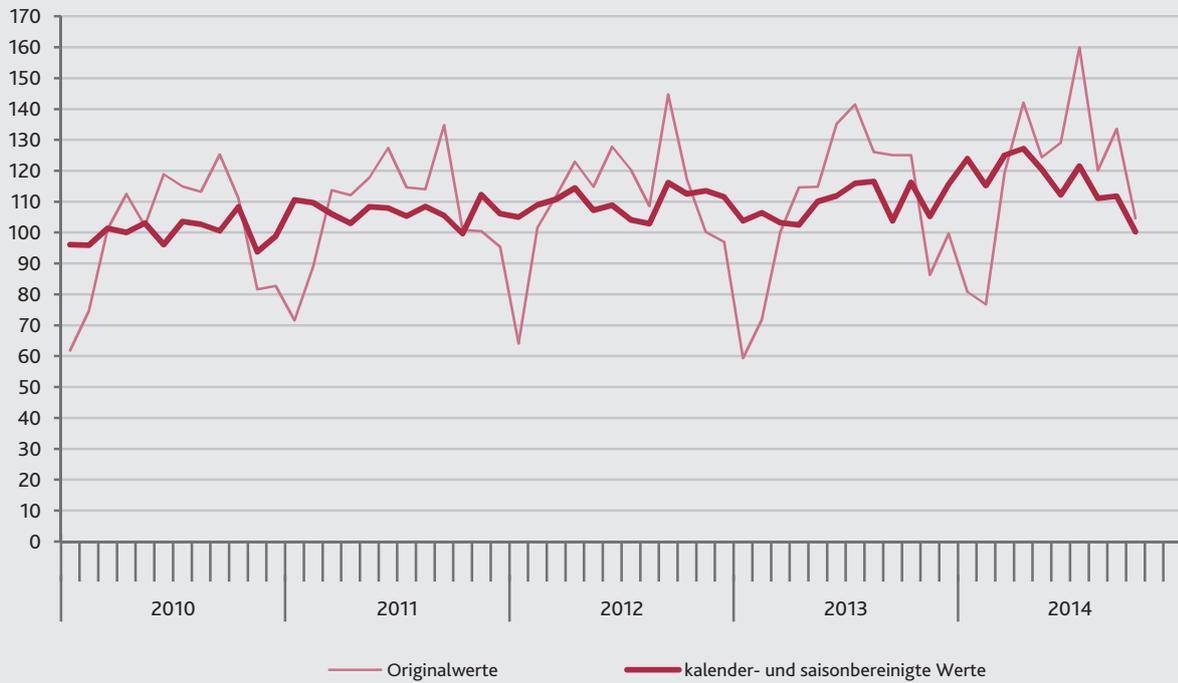


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

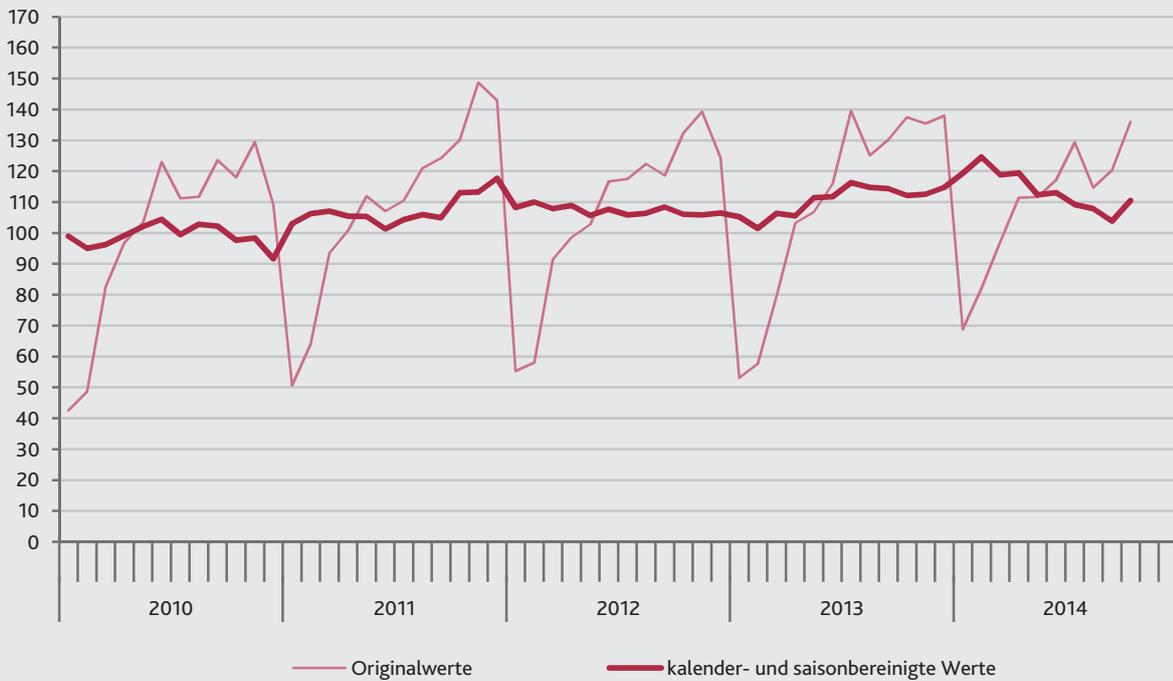
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

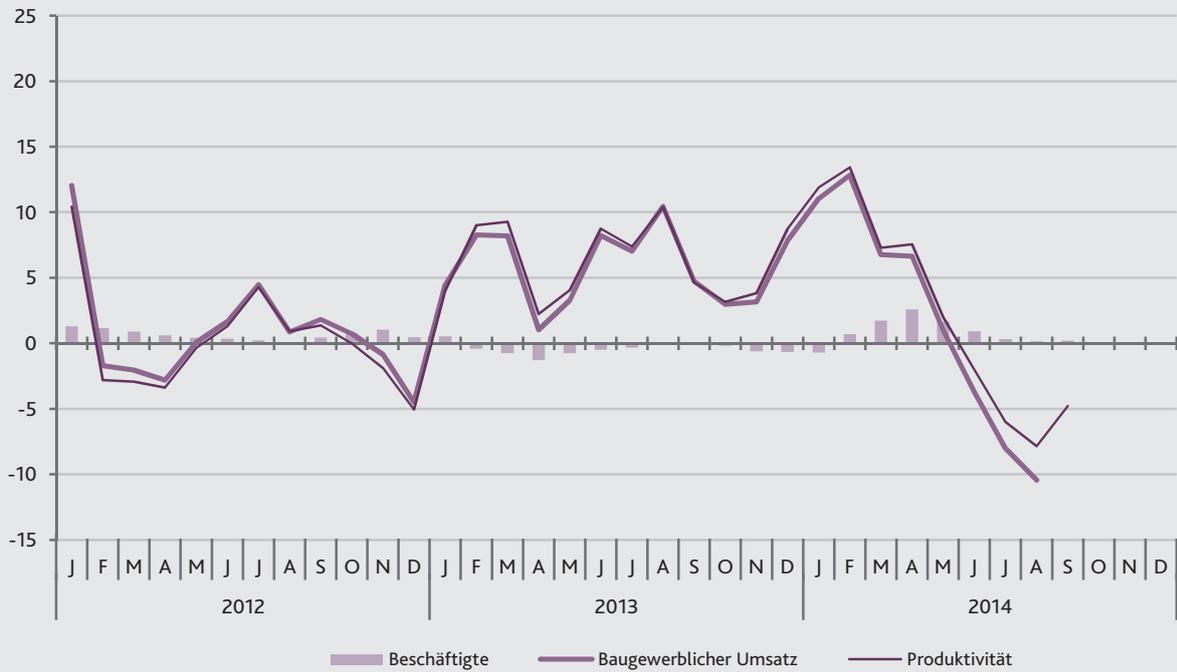
Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

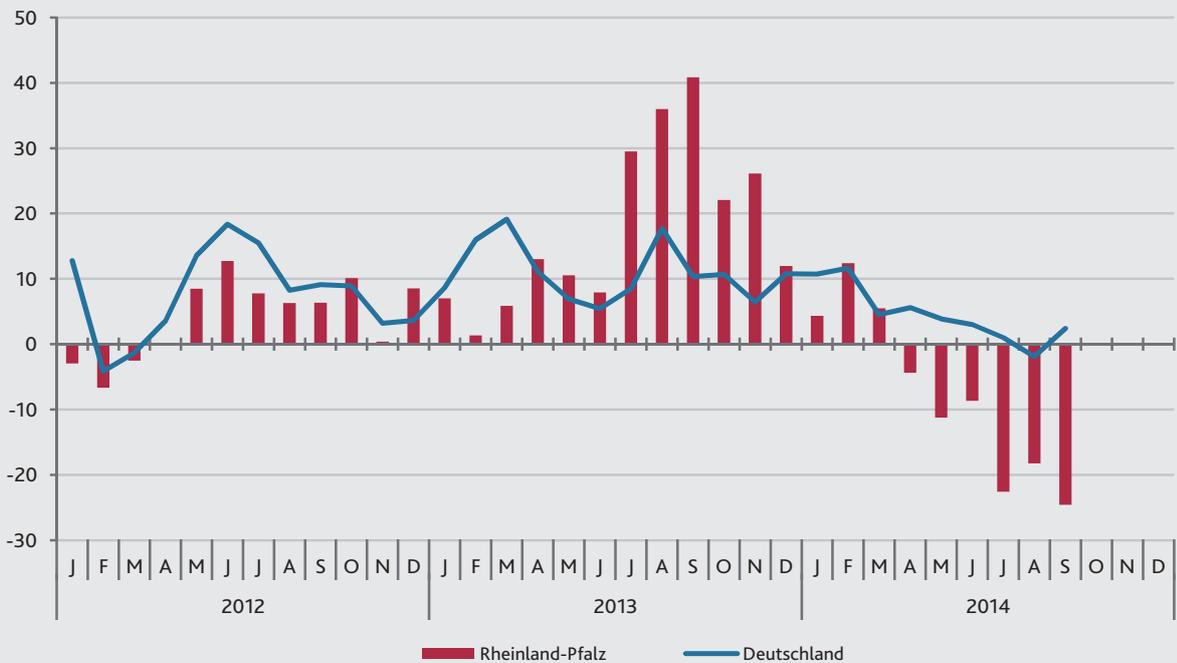
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

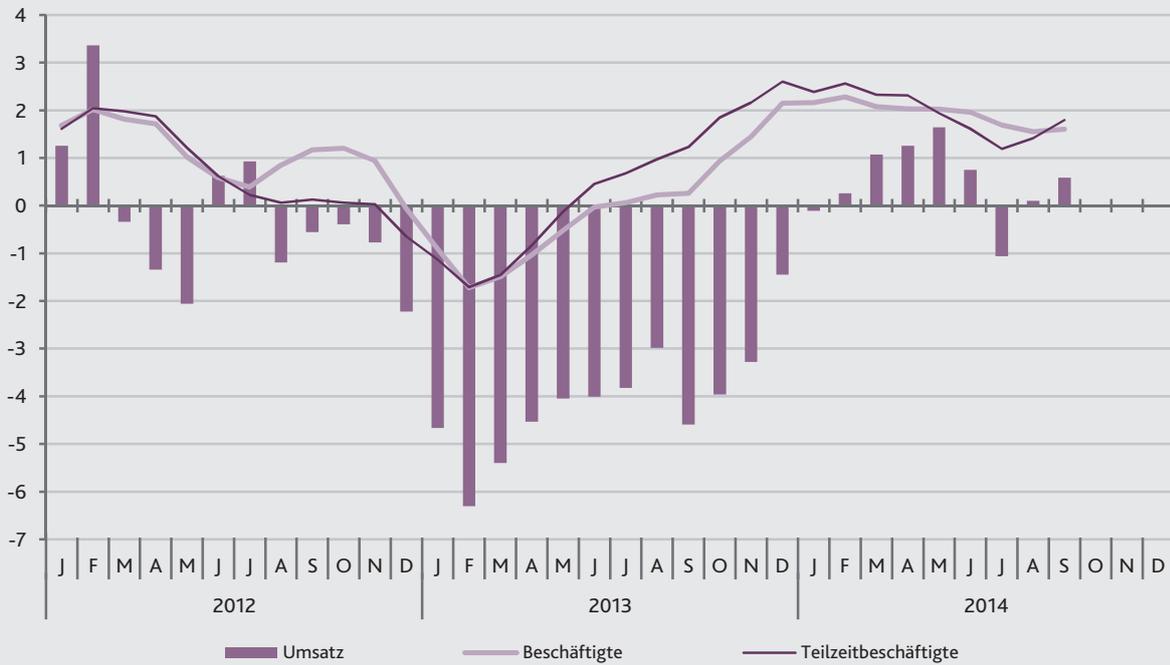


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

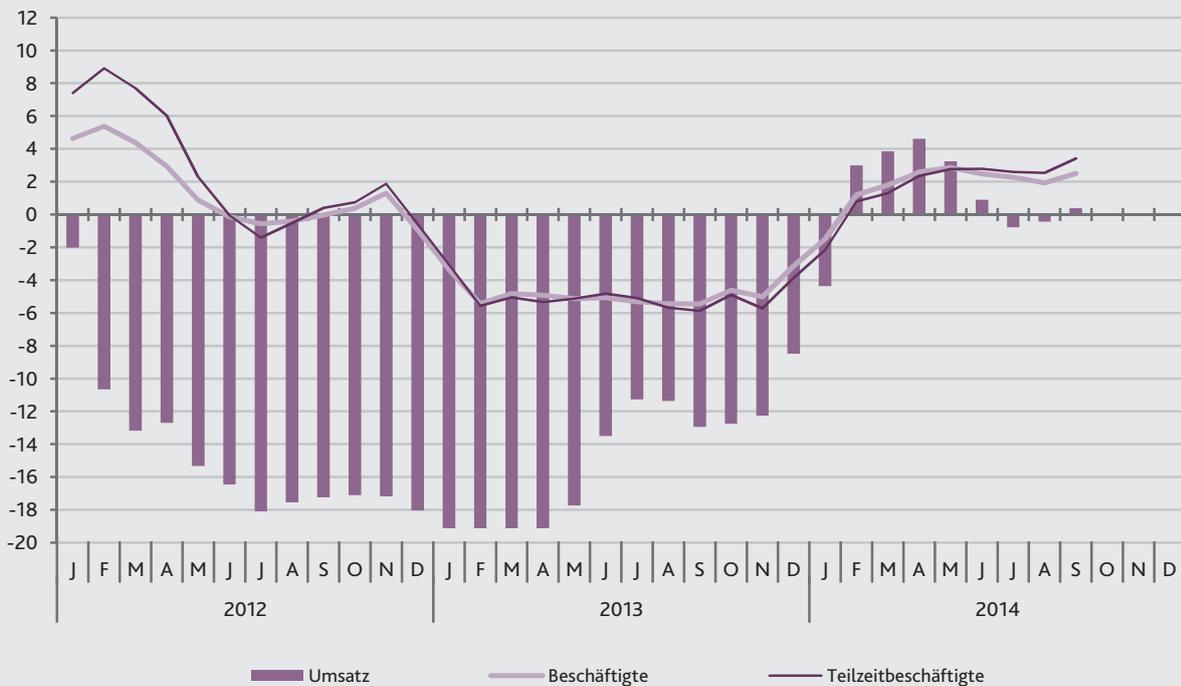
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

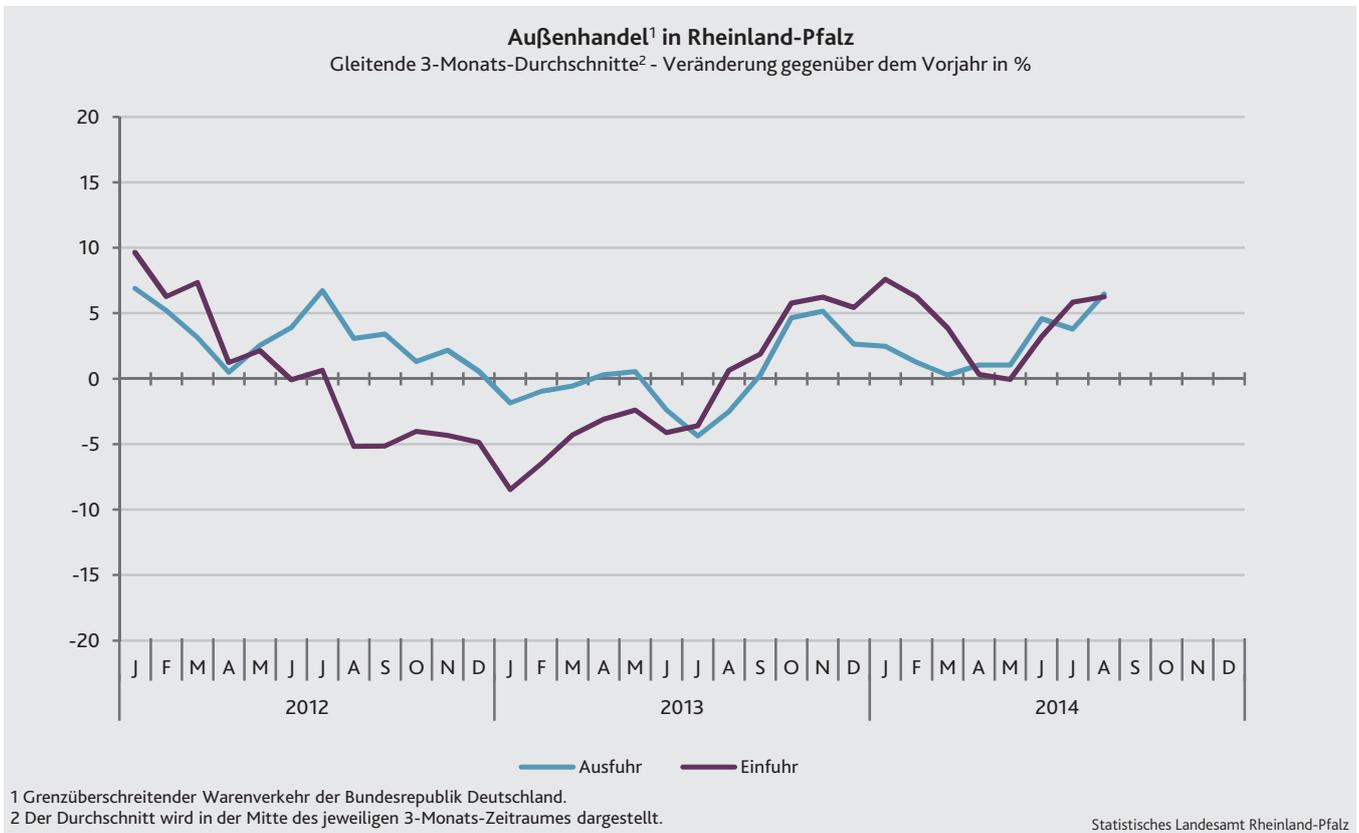
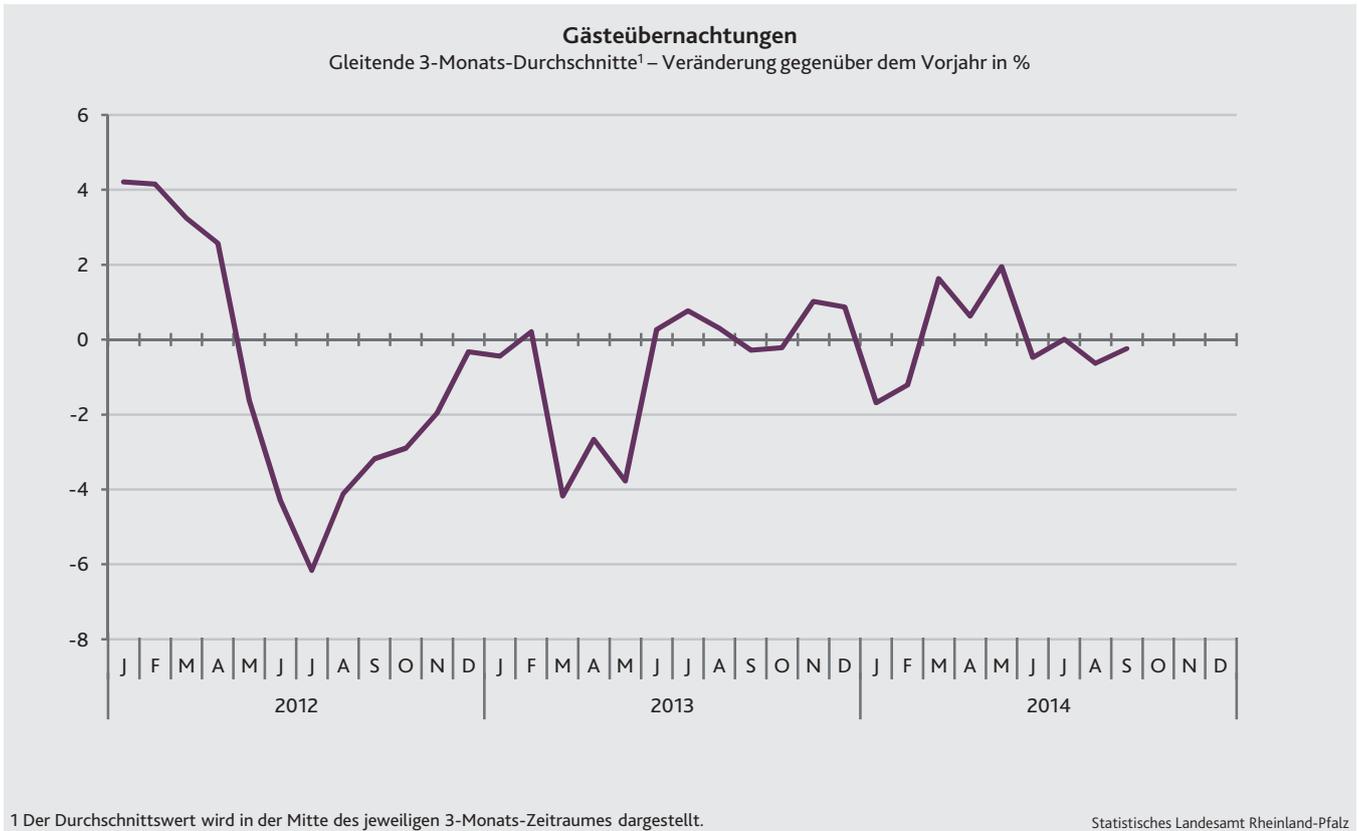
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

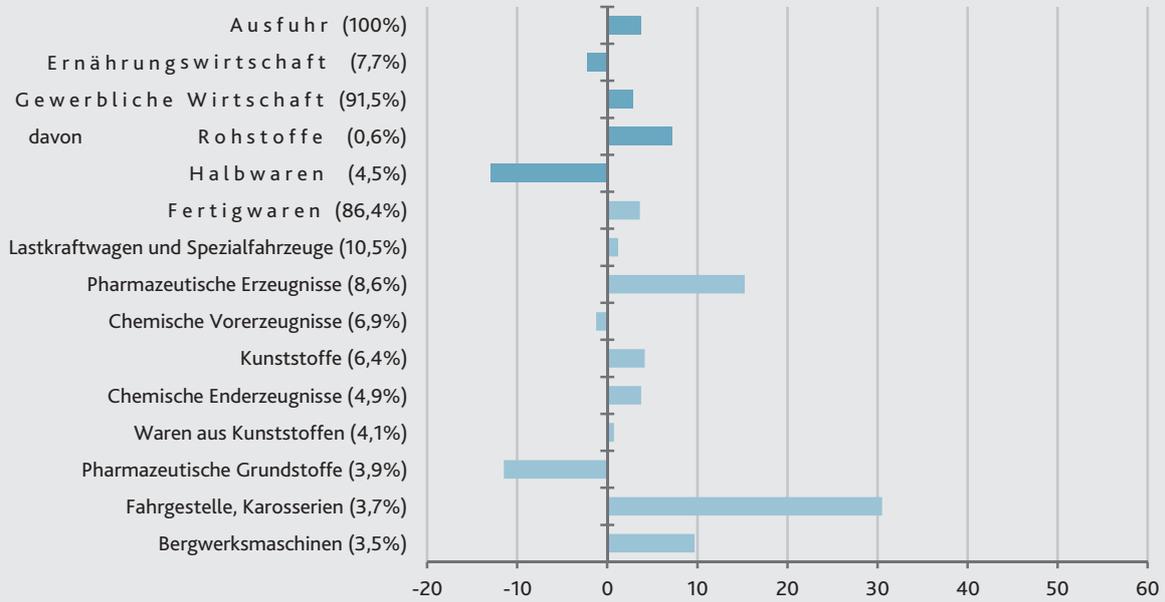


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



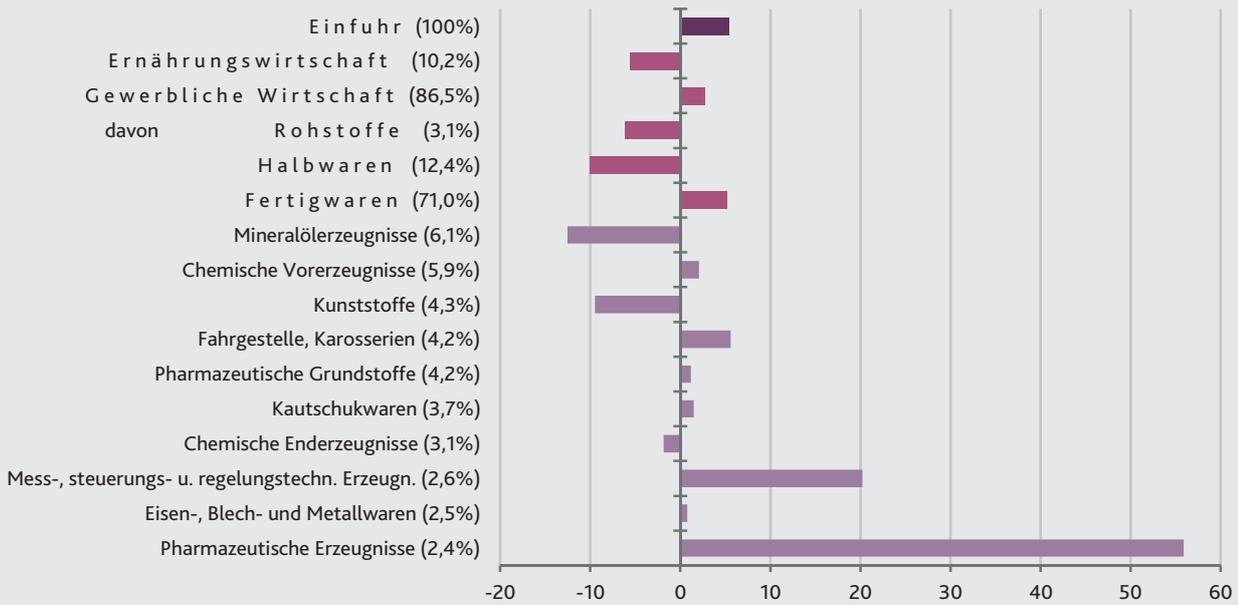
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2013 - September 2014 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

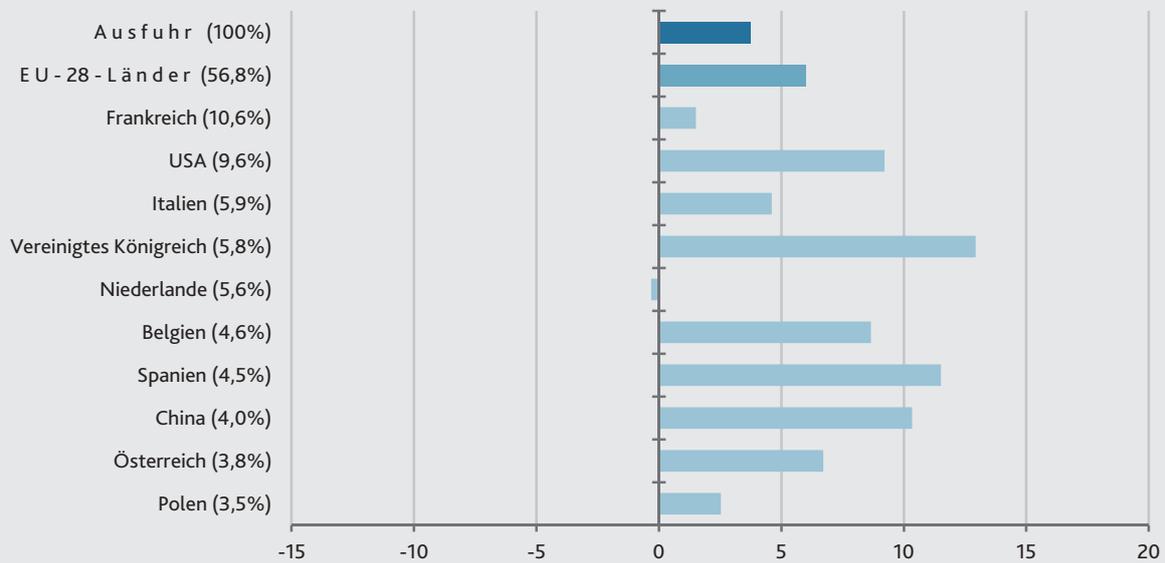
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2013 - September 2014 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

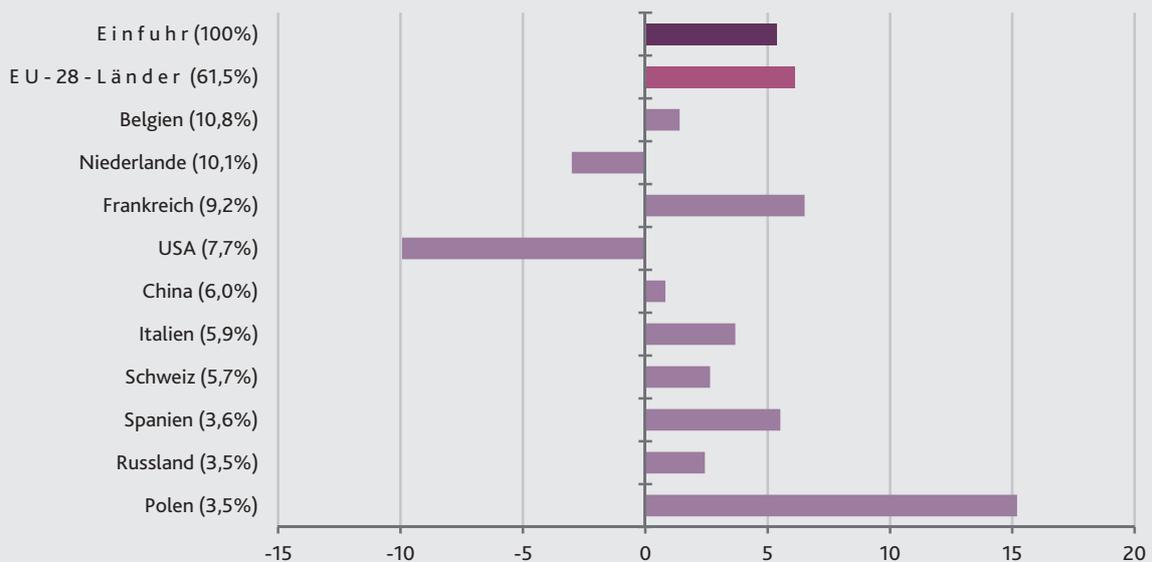
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2013 - September 2014 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

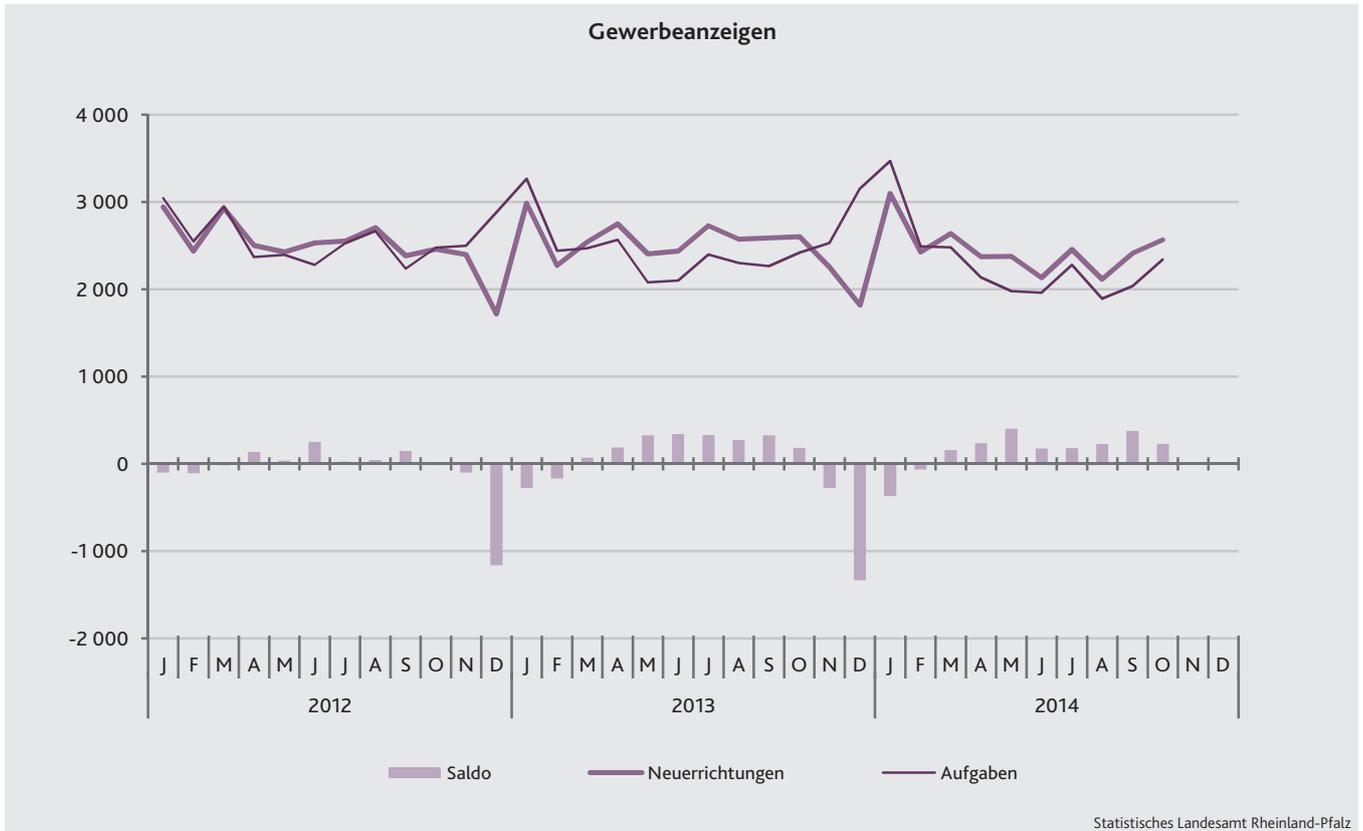
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2013 - September 2014 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

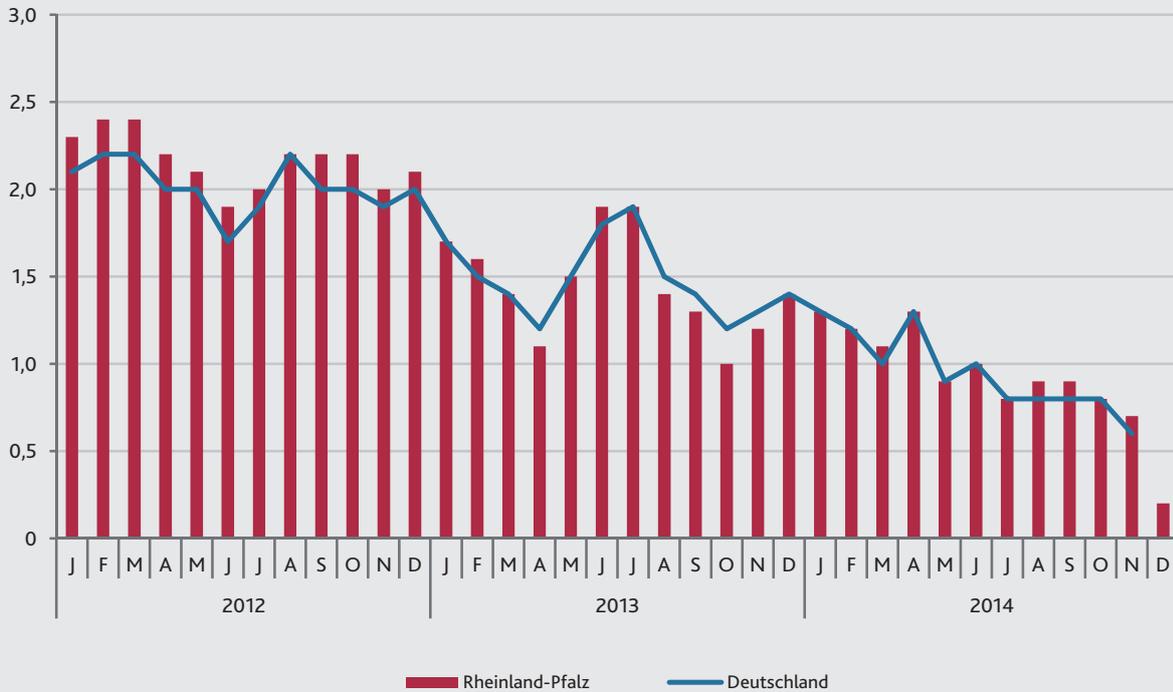


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

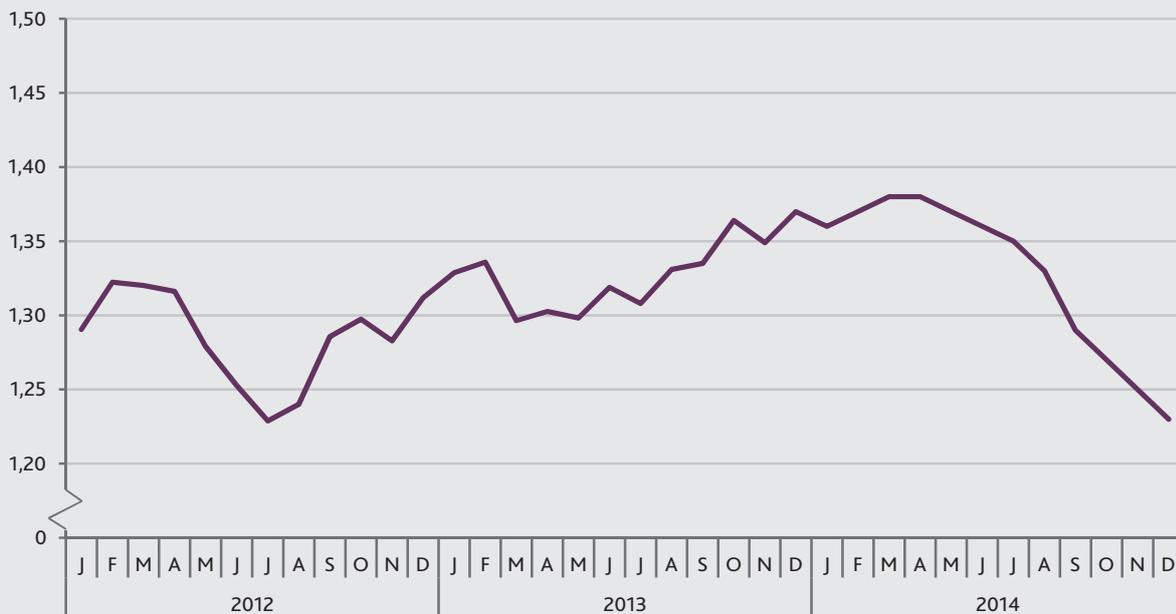


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

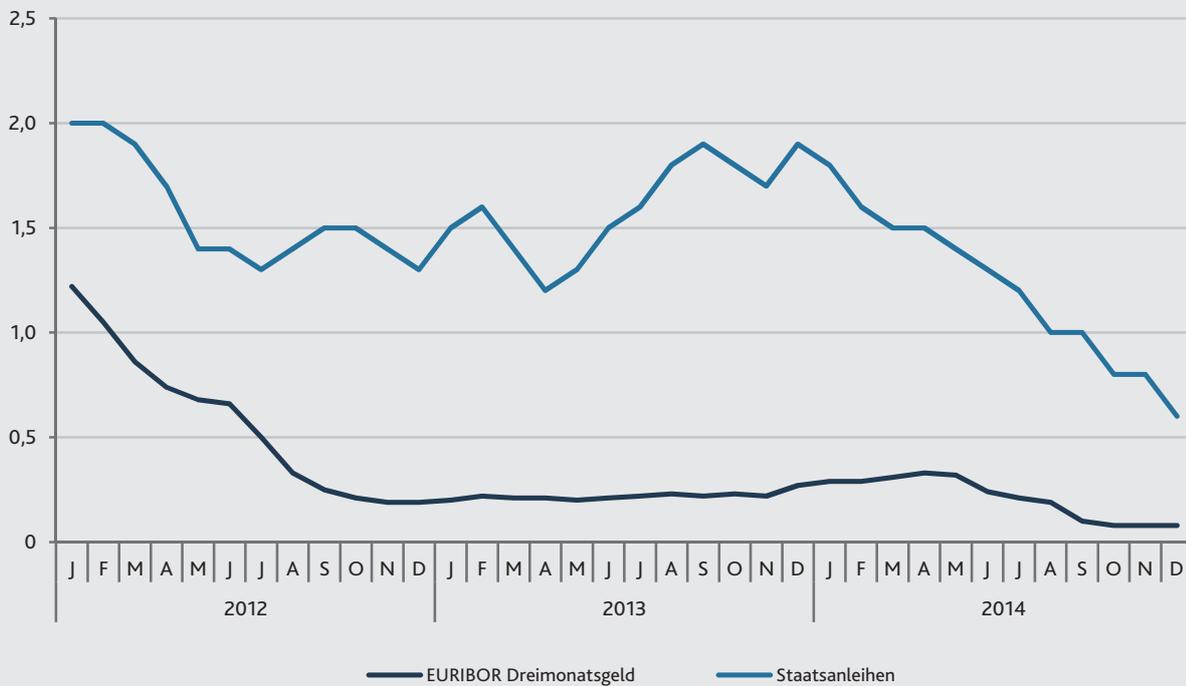
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

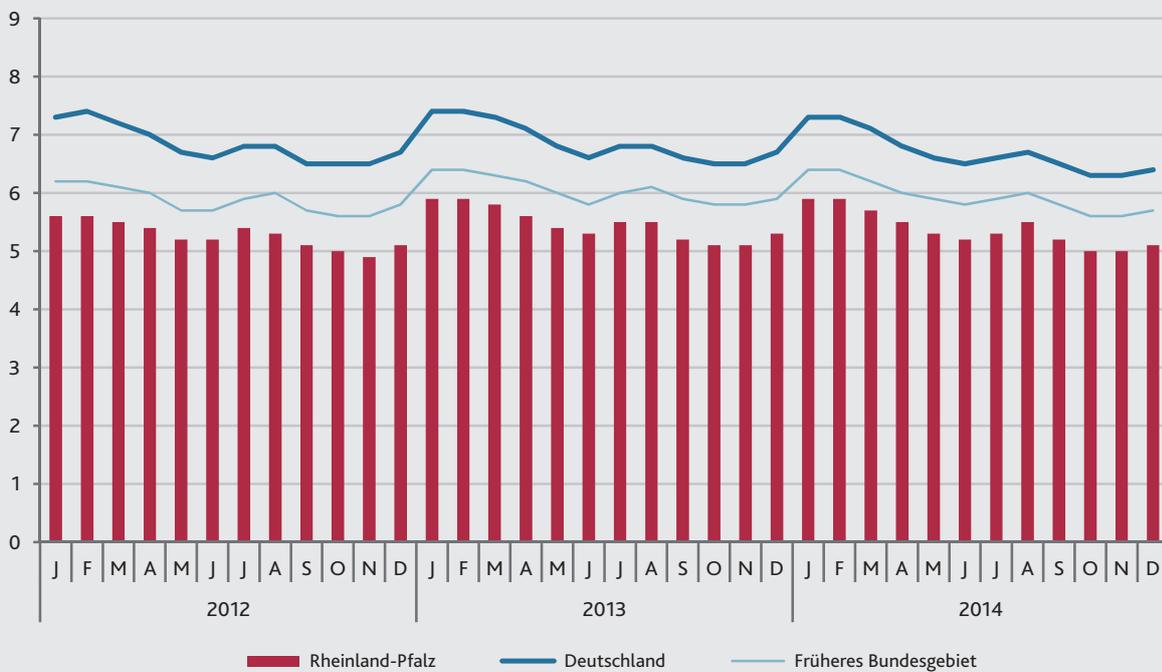
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

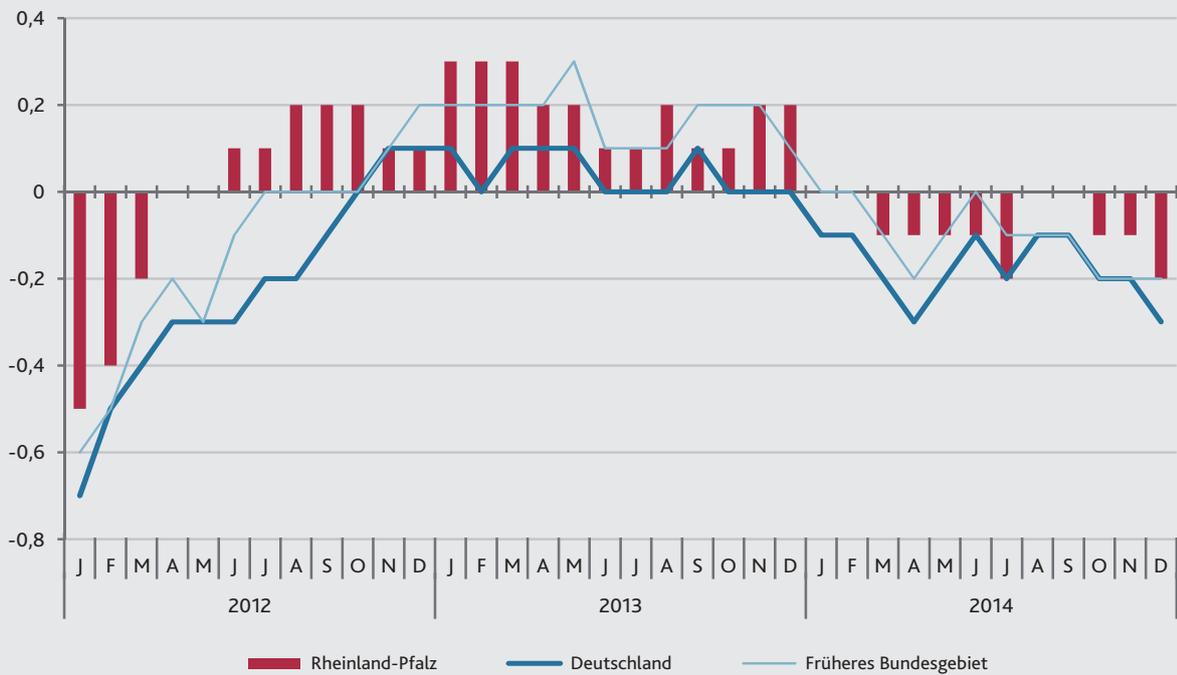
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

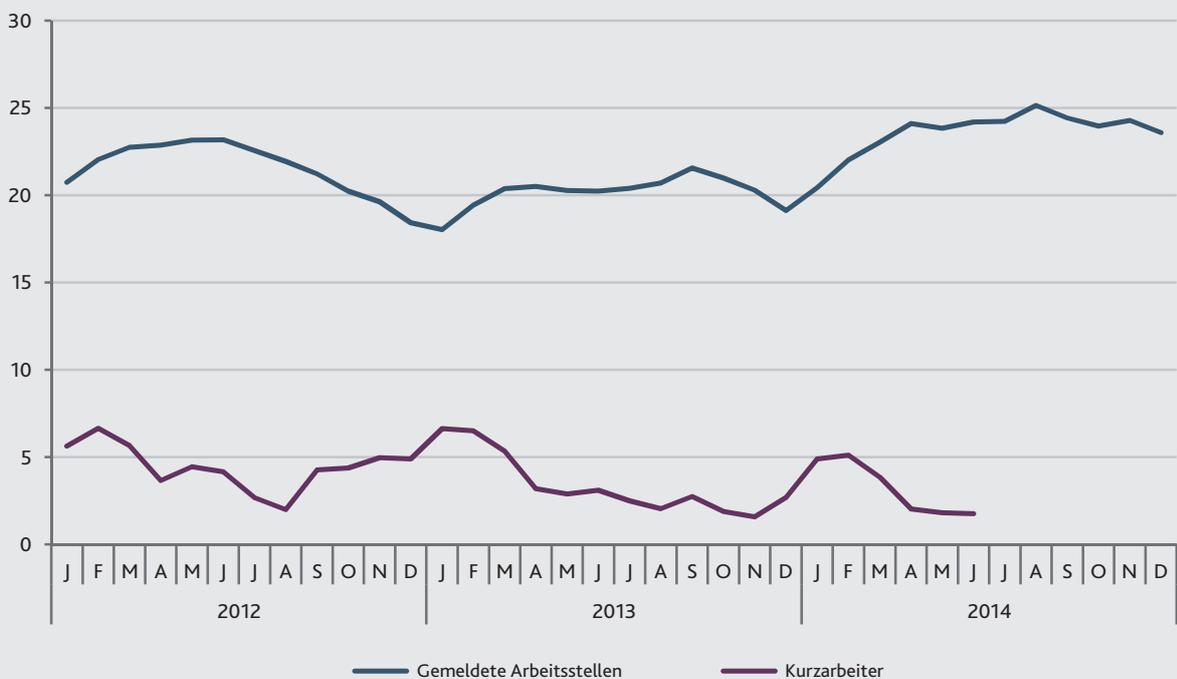
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

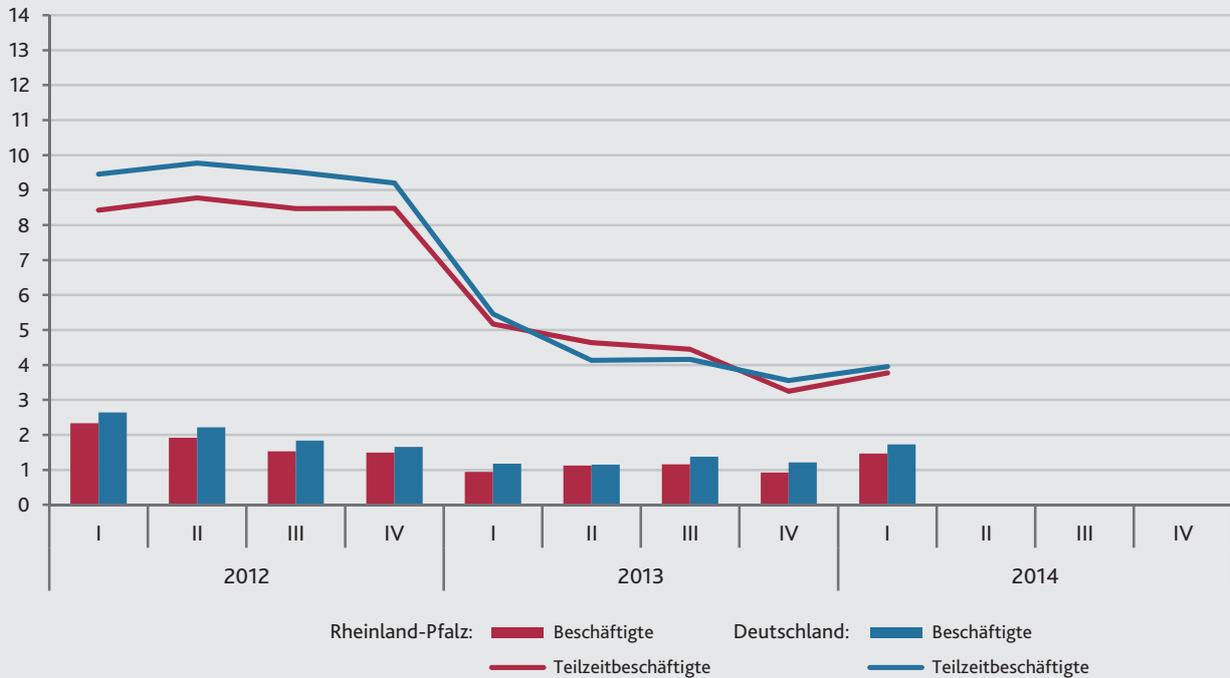


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

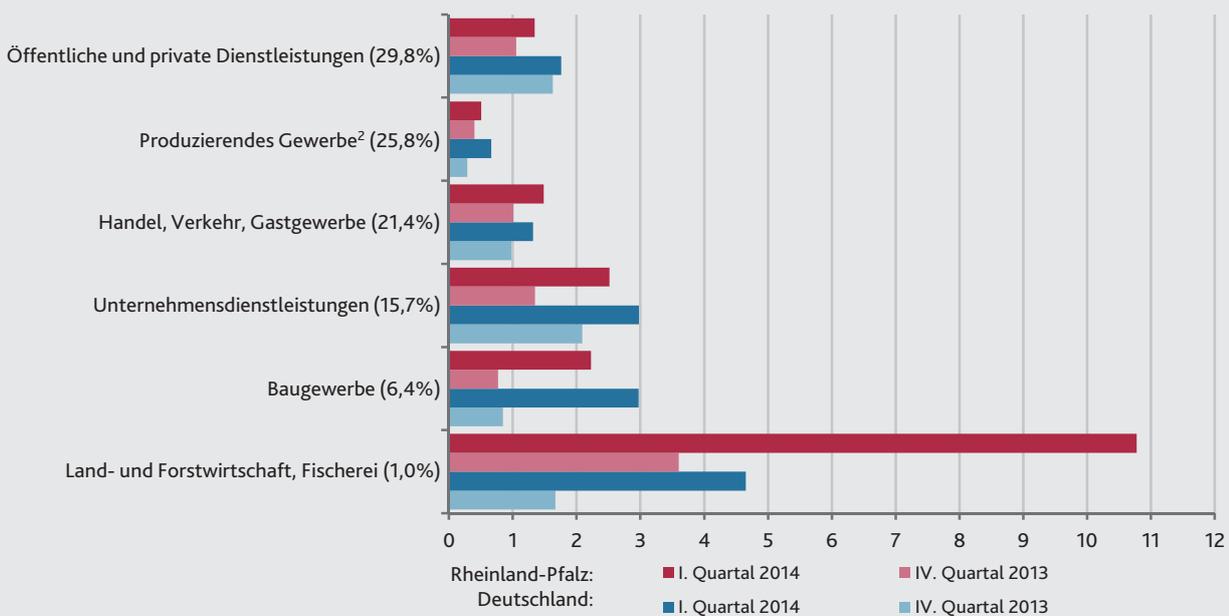


Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

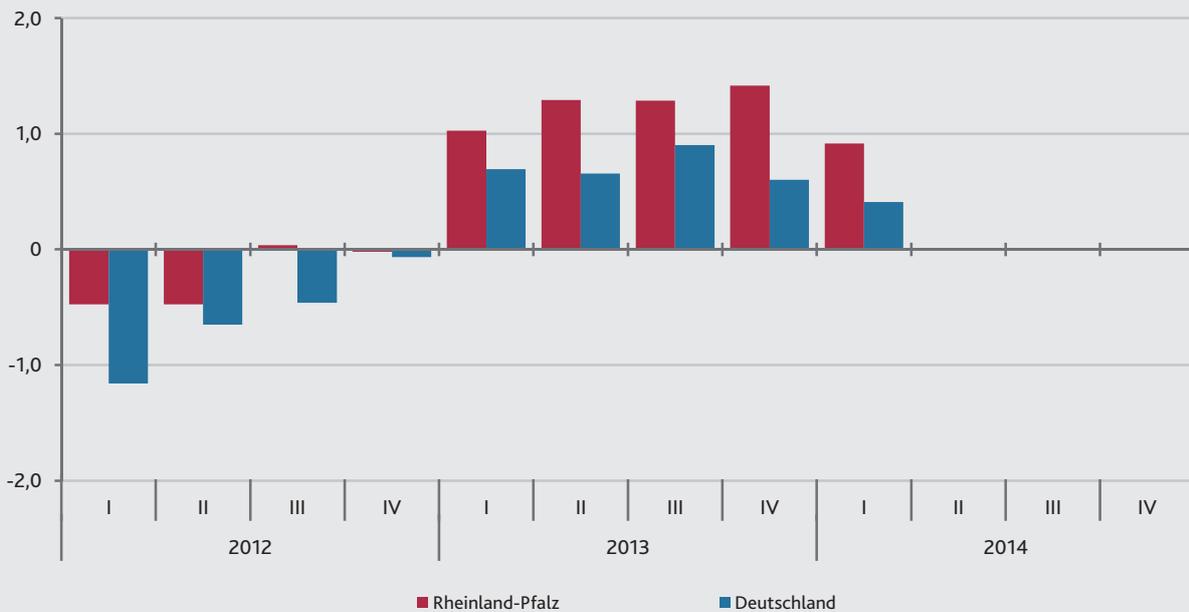
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

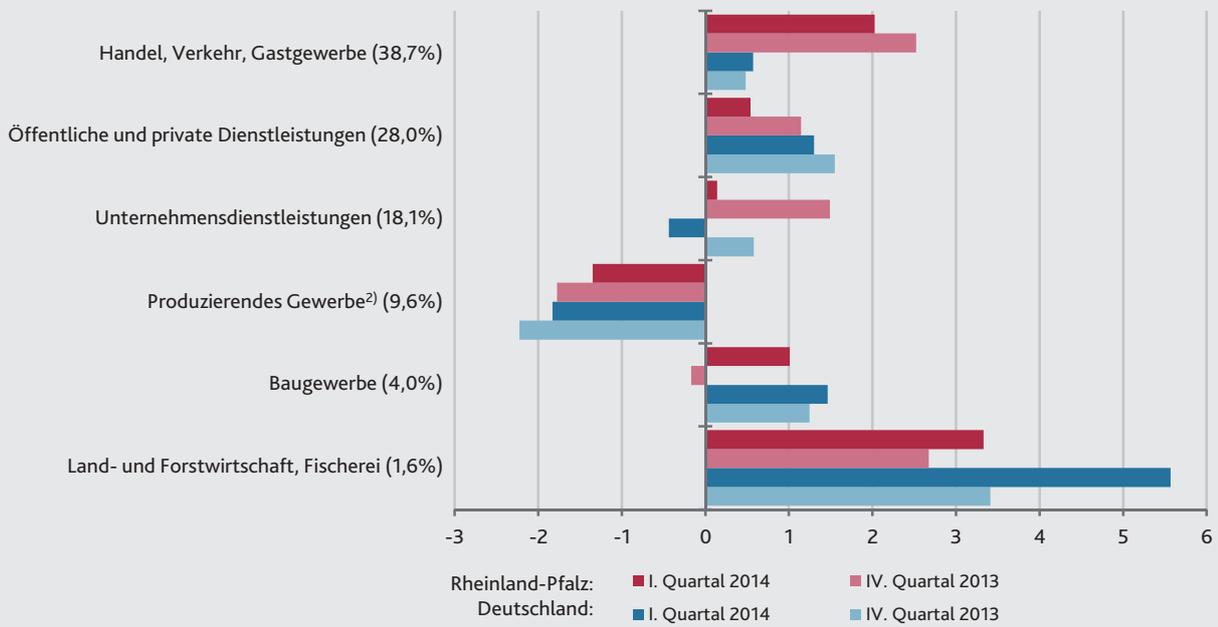
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Dezember 2014.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim

Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten

mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle

Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

A close-up photograph of a statistical table with various numerical values. The numbers are arranged in a grid pattern, with some rows and columns highlighted in a light gray color. The numbers are: 20, 129 151, 130 953, 127 842, 752, 134 121, 128 093, 129 432, 6 058, 126 824, 133 450, 133 520, 134 628, 134 545, 157 264, 110 138, 157 811, 157 827, 111 776, 77 052, 113 466, 113 035, 80 756, 87 007, 84 980, 63 568, 65 282, 64 829, 77 648, 78 320, 78 146, 92 396, 95 409, 94 429, 125 873, 125 677, 103 800, 87 027, 69.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ^{1,2}	3 994 ^{1,2}	3 989	3 989	3 991
darunter Ausländer ^{r3}	1 000	290 ^{1,2}	306 ^{1,2}	296	297	300

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 687	1 602	2 078	2 308	2 862
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 597	2 666	2 601	3 149	2 901
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	7,9	9,3	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 700	3 794	3 447	3 947	3 359
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,4	10,5	11,7	9,9
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	8	11	8	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	3,1	4,2	2,5	4,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 103	-1 129	- 846	- 798	- 458
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,3	- 3,4	- 2,6	- 2,4	- 1,4

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 262	9 962	8 763	11 539	12 433
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 739	4 305	3 795	4 884	5 518
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 197	8 538	7 320	10 112	10 129
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 430	2 630	2 394	3 084	2 922
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 065	1 424	1 443	1 427	2 304
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 154	13 592	12 272	15 332	16 002

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2011	2012			2013			2014	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 261	1 285	1 309	1 296	1 291	1 299	1 325	1 308	1 310
* Frauen	1 000	575	589	601	600	598	599	611	607	607

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Ergebnis vorläufig. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2011	2012			2013			2014	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	83	90	92	88	90	96	100	94	100
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	300	326	331	334	335	341	346	345	348
* darunter Frauen	1 000	254	275	278	282	283	286	289	290	292
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	12	12	10	11	13	13	10	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	418	425	416	416	418	425	418	420
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	269	274	280	279	276	278	285	282	280
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	194	199	202	199	198	204	206	202	203
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	375	382	390	392	390	387	395	396	396

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	111 079	116 353	109 286	109 623	112 778	111 694	108 009	107 830	110 332
* Frauen	Anzahl	52 306	54 039	52 131	52 120	52 549	53 082	50 942	50 585	51 018
Männer	Anzahl	58 774	62 314	57 155	57 503	60 229	58 612	57 067	57 245	59 314
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 428	46 247	40 802	41 285	43 694	41 986	39 904	39 819	41 495
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	68 651	70 106	68 484	68 338	69 084	69 708	68 105	68 011	68 837
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,3	5,5	5,1	5,1	5,3	5,2	5,0	5,0	5,1
* Frauen	%	5,3	5,4	5,2	5,2	5,3	5,3	5,0	5,0	5,1
* Männer	%	5,2	5,5	5,0	5,1	5,3	5,1	5,0	5,0	5,2
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	5,1	4,3	4,3	4,4	5,1	4,3	4,2	4,3
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,2	2,7	2,7	2,8	3,7	2,9	2,8	2,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,7	5,8	5,5	5,5	5,7	5,3	5,3	5,3	5,4
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	6,4	6,1	6,1	6,2	5,9	5,9	5,8	5,9
* Ausländer/-innen	%	12,0	12,2	11,4	11,7	12,1	11,5	11,2	11,5	11,9
Deutsche	%	4,8	4,9	4,6	4,6	4,7	4,6	4,5	4,5	4,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 447	3 423	1 878	1 587	2 686
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 513	20 154	20 993	20 280	19 117	24 416	23 960	24 283	23 591

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 183	218 942	218 675	217 728	217 298	222 301	221 206	220 476	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 591	113 107	113 176	112 818	112 473	114 834	114 357	114 102	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	154 825	155 110	154 842	153 953	153 523	157 154	156 147	155 322	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 359	63 832	63 833	63 775	63 775	65 147	65 059	65 154	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 950	61 451	61 450	61 406	61 374	62 620	62 546	62 658	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	528	552	584	545	580	601	495	512	539
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	507	539	508	515	549	450	459	482
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	3	2	1	...	5	5	6	2
Unternehmen	Anzahl	48	64	37	53	117	117	57	105	96
private Haushalte	Anzahl	478	485	545	491	463	479	433	401	441
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	867	1 025	1 637	844	1 224	1 122	875	953	967
* Umbauter Raum	1 000 m ³	590	633	702	588	714	676	571	593	610
* Wohnfläche	1 000 m ²	110	119	133	112	135	130	109	109	116
Wohnräume	Anzahl	4 399	4 783	5 559	4 490	5 459	5 177	4 153	4 517	4 563
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	162	180	204	169	201	199	170	172	179

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	124	126	154	131	149	120	110	135	139
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	11	15	19	17	10	10	15
Unternehmen	Anzahl	102	99	121	105	120	80	78	90	98
private Haushalte	Anzahl	11	14	22	11	10	23	22	35	26
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	31	42	5	12	14	9	28	38
* Umbauter Raum	1 000 m ³	882	739	796	654	708	751	450	551	1 461
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	105	115	99	107	106	71	84	174
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	89	111	59	96	95	63	72	201

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	979	1 120	1 850	985	1 445	1 273	1 045	1 260	1 227
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 006	5 500	6 418	5 104	6 543	5 893	4 936	5 465	6 043

Landwirtschaft

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 983	10 747	9 996	11 073	11 430	11 239	10 646	11 531	12 882
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 010	1 847	1 558	1 793	2 460	1 935	1 680	1 937	2 771
darunter										
* Kälber ²	t	9	8	6	7	7	5	3	7	10
* Jungrinder	t	9	10	4	4	11	2	6	3	10
* Schweine	t	8 924	8 852	8 398	9 241	8 873	9 260	8 934	9 550	10 021
* Eierzeugung ³	1 000	14 494	14 522	16 070	13 540	13 657	15 907	15 581	15 500	14 587

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 004	984	983	983	984	983	983	982	983
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	248 907	248 561	250 246	250 195	250 088	251 661	252 967	253 642	253 043
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 600	31 499	30 792	32 063	33 017	34 004	29 316	32 950	33 455
* Entgelte	Mill. EUR	974	1 002	990	925	934	959	941	952	964
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 047	7 045	6 577	6 968	7 472	7 456	6 590	7 122	7 334
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 981	3 945	3 687	3 792	4 183	4 230	3 746	3 913	3 999
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 769	1 839	1 627	1 903	1 982	1 905	1 637	1 932	2 029
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	98	85	71	86	95	82	65	95	97
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 199	1 176	1 192	1 186	1 212	1 238	1 143	1 182	1 208
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 340	2 337	2 101	2 098	2 421	2 489	2 248	2 223	2 254
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	901	961	856	968	1 142	984	863	1 041	1 089
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 798	3 812	3 415	3 701	3 916	4 075	3 584	3 880	4 101
Exportquote ⁷	%	53,9	54,1	51,9	53,1	52,4	54,7	54,4	54,5	55,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,4	103,0	98,1	103,6	103,8	104,7	89,9	96,7	104,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	99,3	100,2	91,0	96,5	104,0	103,4	87,5	90,3	97,1
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	105,9	111,2	112,3	115,5	108,0	112,8	98,5	106,7	123,2

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	98,7	75,5	48,5	55,1	56,2	51,0	47,0	53,6	52,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	95,6	89,5	87,6	101,9	93,8	87,3	74,8	97,3	76,9
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	99,3	102,5	90,8	98,3	104,9	103,7	86,0	86,6	95,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	107,7	119,3	138,3	128,9	107,0	122,8	102,6	109,7	132,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	172	171	172	172	174	175	174	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 669	9 694	9 775	9 748	9 718	9 612	9 697	9 772	9 739
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 208	1 188	1 186	1 227	1 239	1 291	1 070	1 233	1 233
* Entgelte ³	Mill. EUR	39	41	36	36	47	40	38	38	48
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	448	474	419	449	511	318	263	286	343
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	433	459	405	436	496	304	250	274	329

Baugewerbe⁶
Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 505	38 342	39 098	39 157	38 764	38 937	39 009	39 243	39 011
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 816	3 791	4 212	4 314	4 349	4 679	3 861	4 552	4 596
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 610	1 562	1 703	1 708	1 714	1 990	1 562	1 851	1 858
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	906	911	971	1 042	1 061	1 106	984	1 099	1 124
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 300	1 319	1 538	1 564	1 574	1 583	1 315	1 602	1 614
darunter Straßenbau	1 000 h	626	646	768	809	811	784	653	821	801
* Entgelte	Mill. EUR	90	92	97	95	99	100	98	99	100

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹Bauhauptgewerbe²

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	382	405	449	466	480	468	409	432	490
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	138	145	154	157	162	164	137	148	171
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	112	116	131	127	125	117	117	130
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	149	179	178	191	179	155	167	189
darunter Straßenbau	Mill. EUR	69	73	89	96	105	88	78	90	98

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	395	415	416	415	415	414	414	411	411
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	14 919	15 506	15 297	15 479	15 737	15 511	15 412	15 555	15 862
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 814	4 948	4 628	4 988	5 170	5 004	4 831	4 827	5 111
* Entgelte	Mill. EUR	111	119	114	117	118	126	114	118	120
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	446	412	327	390	425	507	343	387	422

Handel⁶Großhandel^{6,7}

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Beschäftigte	2010=100	103,0	104,7	105,5	105,3	105,3	106,1	106,9	107,0	107,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	107,8	112,7	113,3	112,1	111,5	118,5	118,8	118,3	118,5
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,7	101,2	100,6	108,1	111,9	106,1	94,5	107,4	108,7
* Umsatz real ⁹	2010=100	95,8	94,0	93,4	100,3	104,5	99,0	88,2	100,2	102,2

Einzelhandel^{6,9}

* Beschäftigte	2010=100	102,9	102,7	103,5	103,6	104,0	104,1	104,8	105,3	106,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,0	103,3	103,7	103,7	104,5	104,9	104,7	105,9	106,9
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	104,3	101,5	101,9	97,7	105,7	104,2	99,1	101,0	107,6
* Umsatz real ⁸	2010=100	100,9	96,8	97,4	92,9	100,4	99,3	94,5	95,7	102,2

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtszeitraums. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1,2}**

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Beschäftigte	2010=100	104,0	104,0	105,2	105,1	104,9	103,6	105,5	106,1	106,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	110,2	115,2	116,2	115,8	115,8	120,4	120,0	120,0	120,4
* Umsatz nominal ³	2010=100	97,4	94,7	88,8	94,7	112,6	103,2	94,8	101,0	113,9
* Umsatz real ³	2010=100	94,8	92,2	86,4	92,3	109,2	100,3	92,1	97,8	110,6

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	104,9	99,4	103,0	103,2	102,5	106,0	105,5	104,5	106,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,8	100,9	104,5	104,8	103,4	109,7	107,5	106,7	109,2
* Umsatz nominal ³	2010=100	92,4	80,4	97,2	92,7	89,1	96,6	97,9	96,2	92,3
* Umsatz real ³	2010=100	89,3	75,9	92,0	86,6	83,6	89,4	90,7	88,1	84,4

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	669	672	965	930	836	902	947	943	871
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	276	203	163	275	270	205	167
* Gästeübernachtungen	1 000	1 758	1 748	2 756	2 346	2 183	2 451	2 702	2 394	2 245
* darunter von Auslandsgästen	1 000	443	435	917	555	433	879	909	574	453

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 858	1 779	2 024	1 996	1 977	1 967	2 031	1 779	1 791
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 191	1 524	1 483	1 383	1 499	1 502	1 252	1 288
* Getötete Personen	Anzahl	17	15	17	18	15	21	18	16	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	9	8	7	9	4	2	9	7	7
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	6	6	4	13	5	6	3
Radfahrer	Anzahl	2	1	2	1	3	3	1	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	-	4	-	1	1	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 620	1 547	1 925	1 939	1 765	1 887	1 949	1 613	1 642

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwere-wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	302	296	442	405	329	412	362	340	329
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	136	137	151	155	134	137	154	159	121
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	72	70	143	119	94	131	115	88	92
Radfahrer	Anzahl	48	46	106	87	63	83	63	63	67
Fußgänger	Anzahl	32	29	26	28	27	21	18	17	30

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 263	11 881	11 256	11 384	12 418	13 307	10 263	12 014	12 368
darunter										
Kraftträder	Anzahl	593	589	741	484	309	882	575	559	391
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 321	9 973	9 251	9 627	10 714	11 120	8 552	10 306	10 758
* Lastkraftwagen	Anzahl	943	904	867	858	1 023	876	750	782	931
Zugmaschinen	Anzahl	334	339	337	340	302	342	300	274	257

Personenbeförderung

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	52 780	53 338	53 786	55 824	48 007	55 733	58 819	56 317	46 755
Personenkilometer ³	Mill.	454	479	437	522	444	512	546	530	439

Binnenschifffahrt

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gütereingang	1 000 t	1 058	1 094	1 166	1 061	1 130	1 039	1 154	1 099	996
* Güterversand	1 000 t	815	821	886	879	769	715	883	819	870

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 858	3 876	4 054	3 663	3 884	4 002	4 342	3 772	4 237
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	296	294	313	298	303	311	300	266	296
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 529	3 540	3 702	3 324	3 537	3 621	3 937	3 423	3 813

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	22	26	19	19	23	22	18	21
* Halbwaren	Mill. EUR	175	170	188	156	175	158	154	130	167
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 332	3 348	3 489	3 148	3 343	3 440	3 761	3 275	3 624
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	954	944	1 036	867	901	879	984	883	939
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 378	2 404	2 452	2 281	2 442	2 561	2 778	2 392	2 685
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 584	2 653	2 842	2 405	2 757	2 796	2 916	2 471	2 906
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 197	2 283	2 475	2 043	2 379	2 478	2 562	2 161	2 564
Belgien	Mill. EUR	179	187	175	179	187	223	183	191	202
Luxemburg	Mill. EUR	57	54	59	48	64	59	60	47	57
Dänemark	Mill. EUR	38	35	34	36	34	35	39	38	38
Finnland	Mill. EUR	31	31	28	34	32	30	30	27	30
Frankreich	Mill. EUR	407	430	491	349	445	428	459	358	455
Griechenland	Mill. EUR	35	41	95	24	48	31	39	23	30
Großbritannien	Mill. EUR	223	240	264	252	287	279	305	273	300
Irland	Mill. EUR	10	12	13	12	15	11	12	12	11
Italien	Mill. EUR	226	218	246	166	227	251	268	161	246
Niederlande	Mill. EUR	218	225	227	197	215	223	229	206	244
Österreich	Mill. EUR	146	148	155	143	147	153	166	146	155
Schweden	Mill. EUR	65	63	56	59	62	67	61	79	78
Spanien	Mill. EUR	173	172	180	150	175	191	213	171	218
Portugal	Mill. EUR	21	33	36	24	35	36	29	27	28
* Afrika	Mill. EUR	94	98	104	95	96	88	113	100	105
* Amerika	Mill. EUR	559	530	489	582	463	507	620	562	521
darunter nach USA	Mill. EUR	369	342	300	385	279	347	427	385	347
* Asien	Mill. EUR	572	563	581	554	536	580	661	604	675
darunter nach China	Mill. EUR	154	147	144	138	134	175	198	184	186
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	49	31	38	28	31	32	33	35	30

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 616	2 599	2 788	2 318	2 600	2 683	2 942	2 496	2 749
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	267	272	248	260	266	274	274	254
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 263	2 222	2 408	1 969	2 221	2 233	2 484	2 057	2 262
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	82	44	43	41	50	45	53	39	34
* Halbwaren	Mill. EUR	324	310	325	244	264	272	362	282	287
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 857	1 868	2 040	1 684	1 907	1 916	2 069	1 735	1 941

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	532	537	619	506	549	532	630	532	512
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 325	1 331	1 421	1 178	1 359	1 384	1 439	1 204	1 429
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 904	1 911	2 005	1 690	1 899	1 995	2 188	1 829	2 065
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 612	1 680	1 753	1 479	1 666	1 741	1 875	1 560	1 857
Belgien	Mill. EUR	284	297	300	270	302	296	305	295	295
Luxemburg	Mill. EUR	42	42	45	38	46	43	49	47	47
Dänemark	Mill. EUR	17	18	20	19	20	20	18	18	20
Finnland	Mill. EUR	11	7	8	10	6	6	8	8	11
Frankreich	Mill. EUR	241	241	269	210	248	259	276	225	255
Griechenland	Mill. EUR	7	9	9	7	6	9	12	8	8
Großbritannien	Mill. EUR	86	99	84	84	87	114	114	97	134
Irland	Mill. EUR	11	21	29	28	47	20	9	19	27
Italien	Mill. EUR	154	163	188	134	159	175	199	129	169
Niederlande	Mill. EUR	264	255	265	194	222	238	275	206	311
Österreich	Mill. EUR	89	84	88	67	76	85	96	80	83
Schweden	Mill. EUR	35	41	41	43	44	44	44	40	47
Spanien	Mill. EUR	95	109	103	97	102	100	111	86	116
Portugal	Mill. EUR	16	16	16	14	12	18	18	13	14
* Afrika	Mill. EUR	49	70	90	46	66	37	71	41	55
* Amerika	Mill. EUR	286	251	267	217	226	246	269	233	227
darunter aus USA	Mill. EUR	201	186	209	165	163	169	173	148	160
* Asien	Mill. EUR	371	363	423	360	404	403	410	389	395
darunter aus China	Mill. EUR	158	161	185	175	163	181	182	178	175
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	4	4	5	3	5	5	6

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 039	3 017	3 056	3 065	3 115	3 062	2 640	2 975	3 105
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	475	449	467	504	497	418	442	504
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 971	2 005	2 111	2 111	2 061	1 946	1 681	1 962	2 020
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 086	2 985	2 737	2 702	2 893	2 772	2 324	2 517	2 785
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	470	452	392	398	426	397	307	371	361
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 089	2 027	1 894	1 848	1 954	1 868	1 563	1 658	1 941

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Insgesamt	Anzahl	578	567	530	598	541	610	578	454	544
davon										
* Unternehmen	Anzahl	91	90	92	86	88	97	98	67	84
* Verbraucher	Anzahl	377	354	327	375	322	367	347	262	331
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	91	103	96	109	118	125	104	109	114
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	19	20	15	28	13	21	29	16	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	144	91	81	176	85	105	143	82	98

Handwerk²

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,5	98,7	97,5	97,9	100,6	98,2	97,7	98,1	99,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	101,2	100,0	81,0	100,8	105,2	113,1	87,5	101,2	104,0

Preise

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	104,3	105,8	106,0	106,1	106,7	107,2	106,9	106,8	106,9
* Nettokalmieten (Teilindex)	2010=100	102,1	103,4	103,7	103,9	104,1	104,9	105,3	105,3	105,6

Verdienste⁷

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 677	3 790	3 417	3 455	3 458	3 495	3 426	3 472	...
* Frauen	EUR	3 147	3 268	3 006	3 026	3 023	3 044	3 006	3 021	...
* Männer	EUR	3 891	4 003	3 585	3 631	3 635	3 681	3 593	3 651	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 509	6 925	5 986	6 113	6 125	6 166	6 254 ^r	6 360	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 209	4 352	3 956	4 005	4 023	4 058	4 015 ^r	4 053	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 165	3 183	2 878	2 919	2 929	2 963	2 933	2 975	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 653	2 641	2 400	2 444	2 462	2 496	2 416	2 470	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 026	2 047	1 911	1 935	1 951	1 975	1 885	1 921	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 939	4 078	3 525	3 623	3 636	3 681	3 622	3 716	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 748	3 899	3 338	3 497	3 626	3 584	3 448	3 587	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 077	4 245	3 670	3 734	3 734	3 792	3 756	3 836	...
* Energieversorgung	EUR	4 963	4 955	4 239	4 380	4 374	4 433	4 344	4 462	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 138	3 207	2 956	3 003	2 988	2 989	3 114	3 230	...
* Baugewerbe	EUR	3 207	3 156	2 684	2 985	3 095	3 086	2 922	3 090	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 503	3 596	3 343	3 343	3 338	3 371	3 298	3 312	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 425	3 535	3 206	3 166	3 162	3 214	2 998	3 019	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 994	2 978	2 822	2 711	2 747	2 775	2 570	2 608	...
* Gastgewerbe	EUR	(1 955)	(2 026)	1 949	1 948	1 955	2 003	2 030	1 986	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 742	4 870	4 342	4 465	4 452	4 553	4 537	4 663	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 771)	4 907	4 121	4 104	4 152	4 222	4 086	4 114	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 762	3 739	3 345	3 411	3 366	3 301	(3 712)	(3 849)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 263	(4 670)	4 134	4 053	4 033	4 088	4 170	4 190	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 064)	/	2 048	2 087	2 114	2 113	2 059	2 080	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 385	3 450	3 333	3 354	3 361	3 368	3 389	3 389	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 030	4 105	4 009	4 040	4 032	4 033	4 034	4 035	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 563	3 678	3 403	3 465	3 461	3 491	3 430	3 473	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 401	4 257	3 997	4 072	3 897	3 926	(3 565)	(3 339)	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 037	3 059	2 872	2 886	2 899	2 905	3 070	3 064	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	118 975	121 674	118 904	118 137	125 085	124 568	125 584	124 657	124 257
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 024	12 174	12 085	11 935	12 668	12 008	12 333	12 369	11 869

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2012	2013				2014		
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	15 080	14 002	14 273	13 753	14 474	13 508	13 476	13 295	13 232
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	91 871	95 498	92 546	92 449	97 943	99 052	99 775	98 993	99 156
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 263	113 342	110 469	110 111	116 437	116 350	117 767	117 623	117 462
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	99 772	102 470	99 940	99 761	104 866	105 312	106 449	106 566	106 600
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 492	10 872	10 529	10 350	11 571	11 038	11 318	11 057	10 862
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 712	8 332	8 435	8 026	8 648	8 218	7 817	7 034	6 795

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	113 249	113 014	112 938	112 603	111 883	114 631	112 837	112 942	114 661
Sichteinlagen	Mill. EUR	46 913	51 536	50 117	50 925	51 526	53 576	53 185	53 933	56 215
Termineinlagen	Mill. EUR	29 481	26 577	27 314	26 702	25 866	26 426	25 455	25 226	24 928
Sparbriefe	Mill. EUR	7 744	6 639	6 985	6 710	6 445	6 414	6 059	5 884	5 687
Spareinlagen	Mill. EUR	29 112	28 262	28 522	28 266	28 046	28 215	28 138	27 899	27 831
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 671	110 380	110 206	109 800	109 433	112 081	110 316	110 550	112 240
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 602	107 492	107 236	107 139	106 814	108 780	107 664	107 716	109 307
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 069	2 888	2 970	2 661	2 619	3 301	2 652	2 834	2 933
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 578	2 634	2 732	2 803	2 450	2 550	2 521	2 392	2 421

Steuern

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 533	3 515	3 719	3 126	3 610	3 819	3 455	3 241	3 906
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 088	1 104	1 204	634	978	1 126	967	631	1 170
Lohnsteuer	Mill. EUR	728	761	555	554	957	1 076	523	620	1 041
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	147	149	-	-	402	485	-	-	461
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	161	157	516	3	- 22	- 30	465	4	- 4
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	78	72	22	31	31	47	26	36	37

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	32	8	11	43	43	7	8	43
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	16	-	-	29	32	0	-	34
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	87	83	103	35	- 30	- 11	- 54	- 37	53
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 1	- 4	-	-	- 5	- 2	-	-	65
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 444	2 411	2 515	2 492	2 632	2 693	2 488	2 610	2 736
Umsatzsteuer	Mill. EUR	462	480	522	524	569	525	542	412	541
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 982	1 931	1 993	1 968	2 063	2 167	1 946	2 198	2 195

Zölle

Mill. EUR	193	184	218	207	195	237	230	233	215
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	111	113	128	98	92	61	82	52	48
-----------	-----	-----	-----	----	----	----	----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	27	31	34	32	23	22	18
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	45	46	66	31	27	29	59	30	30

Landessteuern

Mill. EUR	55	66	67	63	68	60	76	66	69
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	18	14	15	19	17	20	21	27
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	25	31	33	33	34	28	37	31	28
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	11	13	15	11	12	11	15	11	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	1	1	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	2	3	3	3	3

Einheit	2012	2013				2014		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern

Mill. EUR	601	603	576	641	632	561	524	655	599	
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	122	125	116	125	144	115	113	141	144
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	462	458	443	497	465	426	390	491	430
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	12	15	13	15	17	17	17	17	19

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
Mill. EUR	889	909	632	962	935	1 107	593	1 017	919	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	377	379	432	421	373	290	380	425	346
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	336	348	65	362	352	614	70	391	361
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	38	37	2	35	42	68	8	39	43

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
Mill. EUR	809	851	1 018	764	803	844	624	619	898	
Landessteuern	Mill. EUR	55	66	67	63	68	60	76	66	69
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	411	418	464	218	358	424	350	208	452
Lohnsteuer	Mill. EUR	249	262	180	180	350	399	167	207	390
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	68	67	219	1	- 10	- 13	198	2	- 2
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	34	9	15	14	24	10	15	18
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	14	3	5	19	19	3	3	19
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	43	41	52	17	- 15	- 5	- 27	- 19	26
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	320	344	488	424	370	353	197	284	376
Umsatzsteuer	Mill. EUR	225	255	379	344	278	264	87	207	271
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	95	89	109	80	92	89	111	77	105
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	0	16	2	2	-	16	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	-	5	1	1	-	6	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	12	-	32	4	4	-	32	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	2	-	7	1	1	-	7	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 871	1 845	1 946	1 673	1 866	1 933	1 768	1 690	1 962
Bundessteuern	Mill. EUR	111	113	128	98	92	61	82	52	48
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	475	480	520	274	416	481	408	267	504
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 279	1 246	1 298	1 286	1 356	1 388	1 277	1 355	1 410
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	- 0	16	2	2	-	16	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Dezember 2014

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsqualifikationsfeststellungsverfahren 2013 – Erhebung nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Kennziffer: B2033 201300

Weiterbildung 2013

Kennziffer: B4013 201300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Vorläufige Weinmosternte 2014 – Abschließendes Ergebnis der Ernteberichterstattung im November

Kennziffer: C2043 201400

Agrarstrukturerhebung 2013 – Personal- und Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe

Kennziffer: C4653 201301

Agrarstrukturerhebung 2013 – Ergebnisse für Betriebe mit Weinbau

Kennziffer: C4783 201301

Agrarstrukturerhebung 2013 – Bewässerung, Berufsbildung, Einkommenskombinationen, Förderprogramme, erneuerbare Energien und Maschinen der landwirtschaftlichen Betriebe

Kennziffer: C4793 201301

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im September 2014

Kennziffer: D1023 201409

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2014 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201410

Index des Auftragseingangs für das

Verarbeitende Gewerbe im Oktober 2014

Kennziffer: E1033 201410

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2013

Kennziffer: E1063 201300

Bauhauptgewerbe im September 2014 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201409

Bauhauptgewerbe im Juni 2014 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau – Ergebnisse der jährlichen Ergänzungserhebung

Kennziffer: E2033 201400

Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2014 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe – Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E3023 201443

Ausbaugewerbe im Juni 2014 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe – Ergebnisse der jährlichen Erhebung bei Betrieben von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E3033 201400

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im September 2014

Kennziffer: E4023 201409

Stromabsatz und Erlöse 2013 – Ergebnisse der Jahreserhebung bei Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Kennziffer: E4053 201300

Gasabsatz und Erlöse 2013 – Ergebnisse der Jahreserhebung bei Gasversorgungsunternehmen

Kennziffer: E4063 201300

Energieverwendung des Verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 2013

Kennziffer: E4083 201300

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2014

Kennziffer: F2033 201410

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im September 2014
Kennziffer: G1023 201409

Aus- und Einfuhr 2013
Kennziffer: G3013 201300

Aus- und Einfuhr im September 2014
Kennziffer: G3023 201409

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2014
Kennziffer: 1023 201409

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2013
Kennziffer: B3063 201300

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 3. Quartal 2014
Kennziffer: J1033 201443

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 3. Vierteljahr 2014 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201443

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2011
Kennziffer: L2083 201100

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2014
Kennziffer: L3033 201400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im November 2014
Kennziffer: M1013 201411

Umwelt

Bestimmte klimawirksame Stoffe 2013
Kennziffer: Q4013 201300

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2014
Kennziffer: Z1013 201409

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Dezember 2014
Kennziffer: Z2201 201412

Die Landwirtschaft 2013 – Mit Vergleichszahlen seit 1949
Kennziffer: C2002 201300

Statistisches Jahrbuch 2014
Kennziffer: Z2101 201400

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Steuern regional – Ergebnisse der Steuerstatistiken – Ausgabe 2014
Kennziffer: L4025 201401

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Iris Stadler
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte
2. korrigierte Fassung vom 29.01.2016, Änderungen auf S. 104, 105